

Wegpreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, Pommern, Ost- und Westfalen, Schlesien, Elsaß, Lothringen, Baden, Württemberg, Bayern, Österreich, Ungarn, Rumänien 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erläuterungen und Kleinigkeiten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierzeile 70 Pfennig, Kleinzeile 4. Reichsmark, „kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 20 Pfennig (zwei festgedruckte Wörter, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 30 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnung von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: 2306-2307
Verlag: 2306-2307

Dienstag, den 12. Mai 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vollstreckkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direktion der Distanz-Gesellschaft, Teplitzener Straße 3

Hindenburgs Eid.

Die Sozialdemokratie und der neue Reichspräsident.

Hindenburg wird heute in sein Amt eingeführt. Nach amtlicher Feststellung und nach dem Spruch des Wahlprüfungsgerichts ist er der verfassungsmäßige Präsident der Deutschen Republik.

Der Eid, den er als Reichspräsident abzulegen hat, hat folgenden Wortlaut:

Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.

Die Verfassung des Reiches bestimmt:

Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Die Reichsfarben sind Schwarz-Rot-Gold.

Durch seinen Eid verpflichtet sich der Reichspräsident, diesen wie den anderen Bestimmungen der Verfassung Geltung und Achtung zu verschaffen. Es sei denn, sie würden auf dem Wege, den die Verfassung vorschreibt, das heißt durch die Zweidrittelmehrheit des Reichstags oder durch die Mehrheit aller wahlberechtigten Staatsbürger in direkter Abstimmung abgeändert. Solange das nicht geschieht, ist es die beschworene Pflicht des Reichspräsidenten, zu ihnen zu stehen und sie gegen jeden verfassungswidrigen, gewaltsamen Angriff zu schützen.

Für den Schutz der Verfassung ist aber nicht nur der Reichspräsident da. Für ihn ist vor allem auch das Volk da!

Das Volk muß die Republik schützen mit jedem, der ihm dabei hilft, gegen jeden, der es dabei im Stich läßt.

Für Hindenburgs Wahl waren Kräfte tätig, die in der Republik und im System der demokratischen Volksregierung ihre Todfeinde erblicken und die die verfassungsmäßigen Farben der Nation, die Farben der Republik, lässlich bespöten und beschimpfen.

Gegen sie rufen wir heute, und heute erst recht, zum Kampfe auf!

Vor der Wahl versicherten alle Organe des sogenannten „Reichsblocks“, die Frage „Republik oder Monarchie“ stehe gar nicht zur Debatte, und niemand denke daran, der Republik ein Leid anzutun.

Nach der Wahl gratulierte ein Teil der Reichsblock-Presse dem Kronprinzen zum Geburtstag und sprach den Wunsch aus, daß das Geburtstagskind nach dem Sturz der Republik und die Wiederauferstehung des Kaiseriums erleben möge. Die „Kreuz-Zeitung“ nannte bei dieser Gelegenheit die Wahl Hindenburgs ein Geburtstagsgeschenk, das die deutschen Wähler dem Kronprinzen gemacht hätten.

Lernen wir aus der Geschichte!

Im Jahre 1848 errang das preussische Volk unter den Farben Schwarz-Rot-Gold eine konstitutionell-freiheitliche Verfassung. Der König Friedrich Wilhelm IV. beschwor sie.

Raum aber hatten sich die Kräfteverhältnisse wieder zugunsten des Junkertums geändert, da schrieb dieselbe „Kreuz-Zeitung“, für die heute die Wahl Hindenburgs ein „Geburtstagsgeschenk an den Kronprinzen“ ist, Artikel auf Artikel, in denen sie auseinandersetzte, daß der König an seinen Eid nicht gebunden sei. Denn der König, der bei Gott geschworen habe, sei selber „von Gottes Gnaden“ und könne auf direktem Wege von Gott aus seinem Eid wieder entlassen werden.

Wer zweifelt daran, daß auch an Hindenburg, den Ermählten des Reichsblocks, solche Versuchungen herantreten werden?

Wie er sich zu ihnen verhalten wird, ist seine Sache. Aber wie wir uns zu ihnen verhalten wollen, ist unsere Sache.

Jede Verfassung, mag sie noch so feierlich beschworen sein, ist weiter nichts als ein Stück Papier, wenn sie nicht ein Ausdruck der tatsächlichen Machtverhältnisse ist, wie sie im Staate bestehen.

Wenn nicht das schaffende Volk, das republikanisch-freiheitlich gefinnene Volk eine Macht darstellt, und wenn sich diese Macht nicht hinter die Verfassung stellt, dann schwindet — so oder so — die Verfassung kraftlos dahin.

Die „Kreuz-Zeitung“, das Organ des reaktionären Junkertums, nennt die Demokratie „ein landfremdes System, in das wir wider unseren Willen eingezwängt sind“.

Das ist nicht wahr! Jedes Volk, das auf Ehre hält, hält auch darauf, sich demokratisch selbst zu regieren. Die ganze Welt ist republikanisch geworden. Wo noch ein Rest von Monarchie besteht, da besteht er nur noch als Schein, ohne Schatten von tatsächlicher Macht. Amerikaner und Franzosen und zahlreiche andere Völker regieren sich selbst, ohne Könige und ohne Junker.

Es ist eine Herabwürdigung des deutschen Volkes, wenn man behauptet, es könne nicht, was andere können und es müsse auf das verzichten, was der nationale Stolz der anderen ist.

Nirgend mehr ist die Monarchie eine tatsächliche Macht. Aber der Großgrundbesitz und das Großkapital, das sind tatsächliche Mächte. Sie sind es vor allem bei uns in Deutschland. Und sie sind vor allem bei uns in Deutschland Feinde der Republik und der Demokratie, weil sie die wachsende Macht der schaffenden Volksmassen fürchten.

Noch können sie im Reich Steuern machen, die sie entlasten und die Masse des Volkes belasten, noch hoffen sie auf den Schutzzoll, der ihnen Macht und Gewinn, dem Volk verteuerten Lebensunterhalt bringen soll, noch verstehen sie aus der Zersplitterung der arbeitenden Massen, aus dem Nachläuferium der nationalen Phrase und aus der Hilfe, die ihnen die Kommunisten leisten, Nutzen erzielen.

„Teile und herrsche!“ ist ihre Parole.

Was folgt daraus für uns? Daß es ein Ende haben muß mit jeder Zersplitterung, daß wir uns fester denn je zusammenschließen müssen, um die Republik nicht nur zu schützen, sondern sie auch mit dem Geiste sozialer Gerechtigkeit zu erfüllen!

Den Kampf für die Republik in diesem Geiste weiter fortzuführen, das ist unser Ziel und unser heutiger Tag.

Die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung Berlins hat den Sieg Hindenburgs nicht gewollt. Sie hat ein klares, unzweideutiges Bekenntnis zur Republik abgelegt.

Es gilt jetzt aber, nicht nur zu bekennen mit dem Stimmzettel in der Hand, sondern in festgefühten Verbänden zu dem zu stehen, wozu man sich bekennt.

Es gilt, bereit zu sein zum Schutz der Republik! Es gilt, zu rüsten für die Festigung der Republik durch ihren sozialen Ausbau! Es gilt, zu kämpfen gegen die Feinde der Republik und ihren Uebermut zu dämpfen.

Jedes neue Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, jeder neue Leser der sozialdemokratischen Presse bedeutet eine Wahrung an die „Sieger“ vom 26. April, eingedenk zu sein der Grenzen ihrer Macht.

Sie mögen sehen, daß wir da sind, daß wir wachsen und daß wir wachsen!

In diesem Sinne begrüßen wir den neuen Reichspräsidenten mit dem Rufe:

Es lebe die Republik! Es lebe die Sozialdemokratie!

Der Reichspräsident in Berlin eingetroffen.

Begrüßung durch den Reichskanzler.

Amlich wird mitgeteilt: Reichspräsident v. Hindenburg ist gestern nachmittags 5.32 Uhr am Bahnhof Heerstraße eingetroffen. Nach der Begrüßung durch die Spitzen der Behörden fuhr der Reichspräsident in Begleitung des Reichskanzlers im Automobil über Kaiserdamm und Charlottenburger Chaussee nach dem Reichskanzlerpalais.

Vom Brandenburger Tor an gab eine Abteilung berittener Schuttpolizei das Geleit, auf dem ganzen Wege wurde Reichspräsident v. Hindenburg von einer hunderttausendköpfigen Menge begrüßt.

Die Wilhelmstraße war schon in den frühen Nachmittagsstunden dicht besetzt. Um 6.20 Uhr trat Reichspräsident v. Hindenburg unter den dräuenden Hoch- und Hurraufrufen einer gemäßigten Menge im Palais des Reichskanzlers ein, die, als er dem Kraftwagen entstieg, entzückten Houpies „Deutschland, Deutschland über alles“ sang.

Der Präsident begab sich dann mit seiner Begleitung in das Palais.

(Näherer Bericht siehe Beilage.)

Amnestie.

Verhandlungen, aber keine Entscheidung.

Aus Anlaß des Amtsantritts Hindenburgs als Reichspräsident wird die Reichsregierung am Dienstag den Entwurf einer Amnestie anknüpfen. Sie soll in Form eines Gesetzes erfolgen, das vom Reichsrat und Reichstag zu verabschieden ist. Ehe die Reichsregierung den Entwurf zu diesem Gesetz den gesetzgebenden Körperschaften vorlegen wird, sind noch abschließende Verhandlungen mit den Regierungen der Länder nötig, damit die allgemeine Reichs-

Beschlüsse der Internationale.

Genfer Protokoll. — Achtstundentag. — Koalitionspolitik.

Paris, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Von den Beschlüssen, die das Exekutivkomitee der sozialistischen Internationale in seiner außerordentlichen Tagung in Paris gefaßt hat, sind die wichtigsten folgende: Zum Genfer Protokoll wurde auf Antrag der Vertreter Englands, in Bestätigung der im Januar d. J. in Brüssel beschlossenen Richtlinien, einstimmig eine Entschlieung angenommen, in der es heißt:

„Ohne die Mängel des Genfer Protokolls zu verkennen, erklärt die Konferenz der beiden Internationalen, daß dieses Protokoll nichtsdestoweniger einen bemerkenswerten Fortschritt in der Sache des Friedens darstellt. Wenn das Protokoll nicht vermittelnd würde und die Abrüstungskonferenz nicht stattfände, würden die Nationen die Garantie ihrer Sicherheit in einzelnen Verträgen suchen und notgedrungen zum System der rivalisierenden Allianzen zurückkehren, wodurch die Gefahr neuer Kriege wächst. Es ist deshalb die Pflicht der sozialistischen Arbeiterbewegung aller Länder, die größten Anstrengungen zur Ratifizierung des Genfer Protokolls zu machen und für die schnellste Einberufung der in diesem Protokoll vorgesehenen Abrüstungskonferenz zu arbeiten.“

Weiter hat das Exekutivkomitee beschlossen, daß am 21. August an dem Kongreßorte der Internationale auch eine sozialistische Frauenkonferenz zusammenzutreten soll. Ferner soll in dieser Zeit eine sozialistische Konferenz über die Agrarfrage stattfinden. Zur Vorbereitung der Erörterung der Frage der nationalen Minderheiten soll von der Verwaltungskommission ein dreigliedriger Ausschuss ernannt werden.

Ueber den Achtstundentag hat das Exekutivkomitee folgende Entschlieung gefaßt: Die sozialistische Internationale fordert

besonders die französische, englische und deutsche Arbeiterschaft auf, sofort eine tatkräftige Aktion zur Erlangung der Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag zu unternehmen. Diese Frage muß Gegenstand der großen Anstrengungen aller Arbeiterkreise sein und deshalb ist es angebracht, sich mit der Gewerkschafts-Internationalen in Einklang zu setzen.

Ueber die Beteiligung der sozialistischen Parteien an bürgerlichen Regierungen, eine Frage, die von den Vertretern Frankreichs angeschnitten wurde, hat das Exekutivkomitee nach eingehender Diskussion folgende Entschlieung angenommen: Das Exekutivkomitee erinnert daran, daß die Sozialistische Internationale eine auf dem Kongreß von Hamburg konstituierte, neue internationale Organisation darstellt und demgemäß nur Beschlüsse anzuerkennen vermag, die sie selbst gefaßt hat. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, aufs neue die Haltung der Sozialisten zu dem fundamentalen Programm, der Arbeiterklasse festzulegen und angesichts der häufig schwankenden äußeren Umstände zu ihnen Stellung zu nehmen. Diese große und schwere Aufgabe kann nur allmählich gelöst werden. Um einen neuen Schritt in dieser Richtung zu tun, beschließt das Exekutivkomitee, alle ihm angehörenden Parteien aufzufordern, ihm schriftlich ihre Auffassung darzulegen über die Frage der Ausübung der Regierungsgewalt durch die sozialistischen Parteien in den Ländern mit kapitalistischem Regime. Wo dies nicht bereits geschehen ist, sollen die Parteien diese Frage auf ihren eigenen Parteitagungen zur Erörterung stellen und insbesondere über die Erfahrungen in den Ländern berichten, wo die sozialistische Partei bereits in der Regierung war. Diese Berichte sollen der Sozialistischen Internationale als Grundlage für die Prüfung der angeführten Frage dienen.

annestie, um die es sich handelt, auch ohne weiteres im Einverständnis mit den Ländern erfolgt. Einstweilen ist noch nicht einmal eine Entscheidung über den Umfang der Amnestie gefallen, so daß noch geraume Zeit vergehen wird, ehe die Amnestie zur Tatsache wird.

## Die Opfer von Oberberg.

Die Stahlhelmsgruppe Eberswalde als Nordhaube.

Aus Oberberg wird uns mitgeteilt: Bei dem Blutbad, das die Stahlhelmsgruppe Eberswalde in Oberberg angerichtet hat, wurden folgende Personen gefesselt oder verletzt:

Bruno Volkmann, Schwerverletzt, kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus.

Hotelwirt Tieleke, Schwerverletzt.

Reichsbannerkamerad Georg Stolzmann, Schwerverletzt. Die beiden Schwerverletzten liegen in hoffnungslosem Zustand im Krankenhaus Eberswalde.

Reichsbannerkamerad Walter Schwente, Schwerverletzt. Er erhielt drei Schüsse, als er dem tödlich verwundeten Bruno Volkmann zu Hilfe eilen wollte.

Gustav Sangerhausen, Schulterschuss.

Invalide Paul Becker, Beinbruch.

Willy Kommeel, Beinbruch.

Die Stahlhelmsleute waren in keiner Weise vom Reichsbanner provoziert worden. Die Mehrheit der Verwundeten gehört dem Reichsbanner nicht an. Die Stahlhelmsgruppe Eberswalde war nicht nur mit Schusswaffen, sondern auch mit Handgranaten bewaffnet, nach Oberberg gekommen. Es handelt sich um ein wohlüberlegtes und vorbereitetes Verbrechen.

## Die Zollvorlage.

Bringt die Reichsregierung die Agrarzölle?

Seit vielen Monaten beabsichtigt die Reichsregierung die Einbringung der Zollvorlage mit den den Agrariern zugehörigen Zöllen auf Brot, Fleisch, Zucker, Gemüse usw. Man hat jedoch nicht den Mut gehabt, diese Vorlage zu veröffentlichen, weil man davon die größten politischen Schwierigkeiten befürchtete, vor allem vor der Präsidentenwahl. Nun aber ist der neue Präsident gewählt und die Entscheidung der Reichsregierung steht unmittelbar bevor. Erst am Sonnabend hat der Reichswirtschaftsminister Neuhaus dem Reichstage die Mitteilung gemacht, das Reichskabinett habe die Zollvorlage in ihren Grundzügen durchberaten, die endgültige Beschlussfassung sei demnächst zu erwarten.

Dr. Neuhaus hat aber gleichzeitig hinzugefügt, bei dem Entwurf handele es sich um eine Uebergangs-Lösung. Sie stelle in erster Linie ein Instrument für die Handelsvertragsverhandlungen dar, es wäre deshalb unangebracht, wenn bei ihrer Beratung der grundsätzliche Meinungsstreit über die künftige Zollpolitik ausgetragen würde. Jetzt soll nur die Aufgabe ermöglicht werden, den seit Monaten schwebenden Handelsvertragsverhandlungen eine sichere Grundlage zu geben.

Diese Erklärung versucht den Eindruck zu erwecken, als ob die Reichsregierung in der neuen Vorlage die Agrarzölle nicht vorschlagen werde. Wenn das der Fall wäre, so würde die Regierung die Erfordernisse des Wirtschaftslebens höher gestellt haben, als die der deutschnationalen Parteipolitik. Nun weiß man aber gerade von Herrn Neuhaus, Herrn Schäfers und Herrn Kanig, daß sie ihren deutschnationalen Agrariern die Agrarzölle zugelegt haben. Die Erklärung des Ministers Neuhaus scheint also nur der Versuch zu sein, die Öffentlichkeit einzulullen, um sie später um so leichter mit den Agrarzöllen überrumpeln zu können.

Diese Spekulation aber wird sich als falsch erweisen. Niemand verkant, daß für den günstigen Verlauf der Handelsvertragsverhandlungen die kleine Zollvorlage notwendig ist. Und mag man im einzelnen auch über ihren Inhalt verschieden urteilen, so ist doch die Möglichkeit vor-

handen, daß der Abschluß von Handelsverträgen auf diesem Wege gefördert werden kann. Ganz anders aber ist die Situation, wenn die kleine Zolltarifvorlage die Agrarzölle enthalten wird. Die Agrarzölle sind verderblich. Sie erschweren den Abschluß von Handelsverträgen. Sie belasten die große Masse des Volkes. Sie erhöhen die Preise für die notwendigen Lebensmittel, steigern die Produktionskosten und verschärfen die Wirtschaftskrise. Sie stoßen deshalb auf den erbitterten Widerstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten, sowie der Mittelschichten unseres Volkes. Die Sozialdemokratie wird deshalb alles daran setzen, diese Agrarzölle zu Fall zu bringen. Jede Veroppelung des kleinen Zolltarifs mit den Agrarzöllen wird deshalb die stärksten politischen Auseinandersetzungen hervorrufen und viele dauernde Kämpfe heraufbeschwören.

Dieser Tatsache sollte sich die Reichsregierung bewußt sein, besonders gegenüber den Ansprüchen der Agrarier. Erst vor wenigen Tagen hat der Reichslandbau eine Resolution zur Zollfrage angenommen. Diese Resolution verlangt neben der völligen Beseitigung der landwirtschaftlichen Ausfuhrverbote und sonstigen zwangswirtschaftlichen Maßnahmen die Einbringung einer Zollvorlage,

die den Schutz und die Entwicklung der nationalen Produktion, auch der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sicherstellt und das Rüstzeug schafft, ohne das die wirtschaftlichen Schwankungen auf dem Weltmarkt nicht ausgeglichen werden können.

Die Entschliebung wendet sich ferner gegen das freigiebige Anbieten der unbedingten Meistbegünstigung. Der Beschluß des Reichslandbundes zeigt also die widerspruchsvolle Haltung, in der sich die von den Deutschnationalen geführte Reichsregierung in der Zollfrage befindet. Handel und Industrie verlangen seit Monaten dringend von ihr, daß die kleine Zollvorlage schleunigst Gesetz wird, damit die Handelsverträge abgeschlossen werden können. Großagrariere und Deutschnationale aber verlangen in erster Linie die Agrarzölle, wodurch der Abschluß von Handelsverträgen nicht nur erschwert, sondern unabwehrbar verzögert wird.

So ist also die deutschnationale Bereicherungspolitik das stärkste Hemmnis für die Befundung der deutschen Wirtschaft.

## Chamberlains Memorandum.

Englands Europa-Politik.

London, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der amerikanische „New York World“ hat kürzlich das Befehlen eines geheimen Memorandums behauptet, das Chamberlain dem Kabinett im Februar vorlegte und das damals vom Kabinett zugunsten eines auf den deutschen Vorschlägen aufgebauten Sicherheitspakt abgelehnt wurde. Im Unterhaus von Macdonald darüber befragt, erklärte Chamberlain: Er beklage, daß er gestagt werde, ob das Dokument diesen Inhalt habe. Er könne über das vertrauliche Dokument nichts sagen. Aber jede Feststellung politischer Absichten Englands, die seinen Erklärungen vom 24. März widerspreche, sei ohne Autorität. Diese gewundene Erklärung bestätigt also die Richtigkeit dieses Dokuments.

Das hier erwähnte Memorandum, dem angeichts der durch die Hindenburg-Wahl geschaffenen neuen politischen Situation erhöhte Bedeutung zukommt, stellt laut einem Rem Porter Bericht der „Boschischen Zeitung“ fest, daß in Europa drei Mächtegruppen zu unterscheiden wären, nämlich Sieger, Besiegte und Ruhland. Rußland wird als Problem bezeichnet, das in keine Rechnung eingestuft werden kann und das deswegen die größte Gefahr in den vorstehenden Ungewissheiten darstellt. Bezüglich Deutschlands Lage heißt es: Obgleich Deutschland augenblicklich völlig unfähig wäre, aggressive Handlungen zu unternehmen, sei es sicher, daß es durch militärische Ausnutzung hemischer Möglichkeiten früher oder später wieder ein mächtiger militärischer Faktor würde. Augenblicklich wünschten intelligentere Deutsche sicherlich den Frieden. Sie wissen, daß Deutschland erst wirtschaftlich und finanziell

die frühere Stellung wieder erobern müsse. Andererseits wissen sie aber auch, daß Deutschland eines Tages wieder stark sein werde. Allerdings gäbe es nur wenige Deutsche, die die wiederzugewinnende Macht gegen England anwenden möchten. Es sei zweifelhaft, ob die Majorität den Rachefrieg gegen Frankreich wünsche, das müsse zugegeben werden, daß mit der zunehmenden Erholung der Bewegung auf Revision zweier Entscheidungen sich verstärken wird, nämlich bezüglich des polnischen Korridors und Ober-Ostschlesien.

Das Memorandum schildert dann ausführlich die Rechtslage und gibt dabei zu, daß, obwohl für Polen nur 40 Proz. Oberschlesien gestimmt hätten, Polen durch Schiedspruch des Völkerbundes dennoch 80 Proz. erschloßener und 85 Proz. unerschloßener Mineral-schätze erhalten habe und große deutsche Winderheiten geschaffen wurden. Es bestehe offenbar die Gefahr, sagt das Memorandum, daß ein Schatzmillionenvoll nicht dauernd die Trennung von der Wiege des preussischen Staates oder den Raub der wichtigsten mineralischen Hilfsquellen, auf denen der nationale Wohlstand zum großen Teil basiere, ruhig hinnehmen werde.

Das Memorandum zieht für England folgende Schlüsse:

Erstens: Eine Isolierungspolitik wie in Amerika ist für England unmöglich.

Zweitens: Umgekehrt ist auch die Uebernahme von Verantwortlichkeiten, die nicht im Interesse der englischen Verteidigung notwendig sind und Englands Volk nicht zuzugun, ungesund.

Drittens: Es ist besser, begrenzte Verpflichtungen einzugehen, von denen Europa weiß, daß England sie auf alle Fälle halten wird, als unbegrenzte, die Zweifelhaft ausgelegt sind.

Zum Schluß heißt es im Memorandum, daß nur die öffentliche Bekanntgabe dieser englischen Politik notwendig sei, um zu erreichen, daß Europa die Lage richtig betrachte. Frankreich werde dann wissen, daß letzten Endes seine Sicherheit direkt im Interesse Englands liege und deswegen eher geneigt sein, die provokatorische Politik im Rheinland aufzugeben, das Rheinland zu räumen und die keine Entente abzurufen. Es wäre dann imstande, die finanzielle Stabilisierung und die Schuldentregulierung einzuleiten. Die Kleinstaaten würden einsehen, daß sie Frieden mit den Nachbarn machen müßten. Das Gefühl der Sicherheit würde geschaffen, und es spräche nichts gegen einen Anschluß Deutschlands in derartige aufgestellte Sicherheitsgarantien. Wenn Deutschland mit Frankreichs Einverständnis Mitglied des Völkerbundes werde und etwa sich im Rat erhalte, würde es vielleicht möglich sein, allmählich die gefährlichen Verhältnisse in Ostschlesien und im polnischen Korridor durch europäische Uebereinkommen abzulandern. Ohne Beruhigung Frankreichs wäre aber ein europäisches Gleichgewicht unmöglich, und Frankreich könne nur beruhigt werden, wenn England mit der Autorität eines Verbündeten zu ihm sprechen könne. Deswegen seien die englischen Interessen so eng verbunden mit der europäischen Sicherheitspolitik, und deswegen liege die erste Hoffnung auf eine Befriedung Europas in einer neuen Entente zwischen Frankreich und England.

## Troški — kein Troskist.

Sozialistischer Erklärung auf dem kommunistischen Kongress

Moskau, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Troški hat bei seinem Erscheinen im Allrussischen Kongress in längeren Erklärungen seine Sozialist gegenüber den Parteigrundfragen und seine Solidarität mit der kommunistischen Partei versichert. Gleichzeitig hat er die Gerichte, daß er für die bürgerliche Demokratie und für die völlige Freiheit des Handels eintrete, entschieden demantiert.

## Todesurteile in Sofia.

Sofia, 11. Mai. (WB.) Im Prozeß wegen der Affente auf den König und auf die Hofbediente wurde heute vom Appellationsgericht das Urteil verkündet. Der Kaiser Jagoditsch und die Angeklagten Friedmann, Abadjeff, Stanke, Dimitroff, Granitscharoff, Petzini, Kossowitsch und Kocfi wurden zum Tode, Daskaloff zu sechs Jahren und Kam-buroff zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung der Angeklagten Abadjeff, Dimitroff, Granitscharoff, Petzini und Kossowitsch erfolgte in Abwesenheit.

## Otto Köster

Einen schweren, unerföhllichen Verlust hat die deutsche Demokratie, hat die sozialdemokratische Presse und vor allem die Redaktion des „Vorwärts“ erlitten. Genosse Dr. Otto Köster, der geniale Satiriker und Karikaturist, ist gestern nach langem schwerem Leiden gestorben. Als Sohn eines westfälischen Landgerichtspräsidenten schlug er zunächst die juristische Laufbahn ein, die jedoch seinen Neigungen wenig entsprach. Nachdem er es zum Referendar gebracht und als Dr. jur. promoviert hatte, gab er die Karriere auf und widmete sich als freier Schriftsteller seinen künstlerischen, philosophischen und politischen Interessen. Ein Idealist, dem alle praktischen Talente mangelten und der lieber hungerte, als daß er auch nur um Haarsbreite von dem Wege seiner Ueberzeugung abwich, führte er jahrleang ein hartes Leben. Mit Hilfe der tapferen und eiferbereiten Gattin gelang es ihm indes, das Lebensschiff über Wasser zu halten. Nachdem Otto Köster schon in den ersten Kriegsjahren als Mitglied der USPD-Führung mit sozialistischen Kreisen genommen hatte, trat er etwa vor Jahresfrist mit dem „Vorwärts“ in Verbindung, um hier mit der Feder und mit dem Zeichenstift für die großen Ideen der Demokratie, des Sozialismus und des Weltfriedens zu wirken. Was er geschaffen und geleistet hat, wissen unsere Leser. Die von ihm gezeichneten Blätter und die kleinen formvollendeten und scharfpintierten Spottverse, die er manchmal Zeichnungen als Unterschrift gab, sind in ihrer Klarheit und Klassik zu nennen. Leider sollte diese Tätigkeit nur von allzu kurzer Dauer sein. Anfang April erkrankte Dr. Köster an einer Grippe, in deren Gefolge sich eine schwere Lungenentzündung und ein Gallensteinleiden einstellte, dem er, nachdem vor wenigen Tagen eine Besserung eingetreten zu sein schien, jetzt erlegen ist. Um den hochbegabten Schriftsteller und Künstler, den vornehmen Menschen, den stets lebenswichtigen und hilfsbereiten Kameraden trauert mit der Redaktion des „Vorwärts“ der große Kreis seiner Freunde und Verehrer.

Die Straße in der Dichtung. Großstadtdrehten! Sie zwingen jeden sensiblen Menschen zur Stellungnahme. Sie zwingen jeden Künstler zur Gestaltung. Und nur wenige können hindurch ins Freiland des Geistes und der Sinne. Manchen besiel Unmündigkeit schon in unseren letzten, kantigen Redereien aus Holz und Stein und Eisen. Städte müssen sein, aber unsere Städte verbösern die Menschheit.

Die Straßenbildermatinee, die Edith Eicher Corten am Sonntag in der „Tribüne“ veranstaltete, wies durch Auswohl, Geschlossenheit und Tempo. In stimmungsvoller Reifung blieb die Sprecherin der ungewein schwierigen Aufgabe noch wenig schuldig, im Geistigen, Sinnlichen, kurz im Dramatischen, nichts. Man schmeckte, man anguckte, man gitterte, spannte, wartete, ruhle aus, schelte auch — man lebte mit. Mit der temperamentsvollen Künst-

lerin, mit dem Publikum, mit Hördern, Bächner, Riechse, Bisen-cron, Hildendbrand, Kerr, Hirsch, Risch, Ripper, Wischer, Vöstenstein, Sherman, Toller, Goll, die sie neben anderen las. Rest hörte man Worte der Begeisterung, denn das 20. Jahrhundert zerlegt des Dichters Seele. Und viele Trambahnen werden noch an der „Tribüne“ vorbei die Berliner Straße hundertfahren, bevor Straßen-dichtung Fremdenbüdung wird.

„Vom Segel bis zum Flötner-Rotor“ war der Titel des Vortrags, den Student Dr. Meyer im Auftrag der Humboldt-Hochschule in der Aula Dorotheenstr. 12 hielt. Seit 1000 Jahren, bis zum Flötner-Rotor, haben alle schiffahrtstreibenden Nationen die Windausnutzung nach gleichem Prinzip betrieben. Das zeigte recht deutlich die im Bildmaterial vorgeführten Schiffshaupttypen, die mit dem ägyptischen Rundschiff ihren Anfang nahmen. Die alten Ägypter, auf mathematischem Gebiet nicht unbewandert, hatten ihr Segelschiff schon sehr geschickt konstruiert. Man sah im Bilde die römische Bieme und konnte vergleichend feststellen, daß die römische Handelsflotte sich den Wind nutzbar machte, die Kriegsschiffe hingegen sich vornehmlich des Ruders bedienten. Wädgerschiff, Normannenschiff und venezianische Galeere zeigen Fortschritte in der Windausnutzung. Mit der hohen Hanfacke erreichte der Segler seine größtmögliche Bedeutung, dann zog das Zeitalter der Maschinen heraus und es fuhr der erste Raddampfer „George Washington“. Es wurde die Schiffschraube erfunden, es folgten die Turbinendampfer. Die moderne Entwicklung strebt dahin, die Naturkräfte nach Möglichkeit zu benutzen. Öl und Kohlen, unsere Hilfsmaterialien, werden in ausrechenbarer Zeit erschöpft sein. Mit einem neuen Ruder machte Flötner bei dem holländischen Dampfer „Trigido“ Versuche. Ueberhaupt sind es die Holländer gewesen, die für die Flötnerischen Versuche Geld hergaben. Doch muß dabei erwähnt werden, daß dasgumal in Deutschland die Inflation die Hilfsmittel lähmte. Die Lehre von den Strömungen und den inneren Reibungen hatte seit Hunderten von Jahren die Mathematiker gereizt. Flötner ist durch und durch ein Mann der Praxis und dank Beachtung des Magnusseffekts, geringere Geschwindigkeit größerer Druck, große Geschwindigkeit kleinerer Druck, der jedem Artisten und Tennispieler aus der Praxis heraus bekannt ist, kam er zu einem Rotor. Das Rotorischiff kann von einem Mann bedient werden. Bei Stürmen wird, nach an Modellen vorgenommenen Versuchen, das geteilte Schiff eher festern als das Rotorischiff. Flötner will jetzt auf der Klaus ein großes Windrad bauen. Sehr eindringlich hat der Redner darum, man möge über den großen Praktiker Flötner nicht den Theoretiker Brandt vergessen, der erst die Theorie schuf, die als sichere Grundlage nachher von der Praxis benutzt wurde.

Erkennungsmarken für Walfische. Gegen Ende des Monats wird eine vom britischen Kolonialamt ausgerüstete Forschungs-expedition an Bord der „Discovery“, des alten Schiffes des Südpolarfahrers Scott, von Portsmouth aus die Kuareise nach den Falklandsinseln antreten. Die Expedition hat die Aufgabe, auf Grund ihrer Studien Maßnahmen vorzuschlagen, die dazu dienen können, die Industrie des Walfischfangs zu unterstützen. Die britische Regierung hat in den letzten zwanzig Jahren zwar zahlreiche Verordnungen erlassen, die diesem Zweck dienen sollten. Aber trotz allen Schutzmaßnahmen, die daraufhin getroffen wurden, beginnen

die Walfische aus den arktischen Gewässern zu verschwinden. Man will sich deshalb jetzt über die Lebensgewohnheiten der Tiere besser unterrichten, um auf Grund dieser Erkenntnisse dann geeignete Schutzmaßnahmen zu treffen. Vor allem soll die Expedition folgende Probleme studieren und lösen: Sind die Walfische polygam veranlagt? Wie sind die Fortpflanzungsverhältnisse und wie lang ist die Lebensdauer der Tiere? Welche Wege bevorzugen sie bei ihren Wanderungen und welche schwimmenden Organismen bilden ihre Nahrung? Um die letzte Frage zu beantworten, wird es notwendig sein, eine gewisse Anzahl von Walfischen zum Zweck der Untersuchung ihres Mageninhalts zu töten. Andererseits bedingt die Notwendigkeit, das Jagdgebiet zu begrenzen, die Klärung der Frage, ob die Walfische, die man zur Zeit ihrer Fortpflanzung in den arktischen Gewässern antrifft, wirklich dieselben sind, die man zu anderen Zeiten in den Polarregionen beobachtet. Zu diesem Zweck sollen einige Walfische mit einer Erkennungsmarke versehen werden. Sie wird die Form einer als Etikette dienenden Metallscheibe haben, die an einem gefiederten Fiehl befestigt ist. Der die Platte tragende Fiehl soll an einer Harpune befestigt, durch ein Harpunengeschütz in die Fettschicht des Rückens der kontrollierte eingeschossen werden. Wenn diese eigenartige Zeichnungsmethode den gewünschten Erfolg hat, so wird man zuverlässig feststellen können, ob die Walfische tatsächlich, wie man bisher nur vermutet, die Gewohnheit haben, zu bestimmten Zeiten auszuwandern. Danach wird man dann auch die Epochen bestimmen können, in denen die Jagd auf den Walfisch in den arktischen Gewässern bzw. in den arktischen Meeren freigegeben werden kann.

Ein wiederaufstehendes Dorf. Ein kleines Pompeii der Alpen ist zur großen Ueberrolchung aller Einwohner an der schweizerischen Grenze oberhalb von Domodossola entdeckt worden. Es handelt sich um ein vor fast 300 Jahren untergegangenes Dorf, das plötzlich aus den Wassern des Antronafes auftauchte. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurde eines Sonntags nachts das Dorf Antrona Biava durch einen gewaltigen Erdbeben zerstört, der von dem Gipfel des Monte Pozzoli herabberstürzte und die ganze Ansiedlung begrub. Die 42 Häuser des Dorfes verschwanden, und von den 250 Bewohnern, die alle im festen Schlaf lagen, entging nicht ein einziger dem Erdbeben, der von einer Ueberstimmung gefolgt war, durch die der jetzige Antronafee entstand. Allmählich hat sich nun der Spiegel dieses Sees gesenkt, und plötzlich erschienen die Dächer der Häuser des begrabenen Dorfes über dem Wasser. Man hofft, daß allmählich das ganze Dorf wieder auftauchen wird und daß hier interessante Reste der Vergangenheit gefunden werden.

Lehrgang in der deutschen Einheitssturzzeit für Vorkinder. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht beschäftigt in seinem Großen Vortragssaal einen Anknüpfungslehrgang zur Einführung in die deutsche Einheitssturzzeit zu veranstalten. Redungen und Aufträge sind an das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Abteilung: Einheitssturzzeit zu richten.

Eine Ainderoper. Der zwölfjährige Schüler der holländischen Musikschule in Moskau Fabius Walfisch hat eine einstufige Oper geschrieben, die den Namen „Apta“ trägt. Bei einer Aufführung dieser Oper in der Schule fand diese großen Erfolg. Sie soll demnächst in einigen der von der Sowjetregierung eingerichteten Kindertheatern zur Aufführung kommen.

# Dr. Thieles Geständnisse.

Ein dramatisches Kreuzverhör.

Gegen die geplante längere Vertagung des Höfles-Ausschusses ist hier am Sonnabend entschieden Stellung genommen worden, weil eine solche Maßnahme geeignet sein würde, in der Öffentlichkeit den Eindruck einer absichtlichen Abwägung jener Untersuchung zu erwecken, die schon jetzt so skandalöse Zustände im Bereich des Preussischen Justizministeriums aufgedeckt hat. Dieser Alarmruf ist nicht ohne Wirkung geblieben. Wie am Schluß der gestrigen Sitzung beschlossen wurde, die sich bis in die späten Abendstunden hinzog und die eine Fülle weiterer schwerwiegender Tatsachen an den Tag brachte, wird der Ausschuss in den nächsten Tagen regelmäßig weiter zusammentreten, so daß die Gefahr einer — auch unbeabsichtigten — Verschleppung und Vertuschung endgültig beseitigt zu sein scheint. Einleitend hatte der Zentrumsabgeordnete und Berichterstatter Dr. Westler unter Bezugnahme auf den Artikel des „Vorwärts“ folgende Erklärung auch im Namen seiner Fraktionsfreunde abgegeben:

„Gegenüber dem Inhalt dieses Artikels geben die dem Untersuchungsausschuss angehörigen Mitglieder der Zentrumsfraktion folgende Erklärung ab:

1. Die Zentrumsfraktion wünscht nach wie vor die schnelle und umfassende Aufklärung des Falles Dr. Höfle.
2. Die Fraktion wird deshalb für ausreichende und geeignete Besetzung des Ausschusses in Zukunft Sorge tragen.
3. Die der Zentrumsfraktion angehörenden Mitglieder des Ausschusses werden sich bei ihrer Arbeit durch fernest mögliche oder persönliche Rücksichtnahme irgendwie behindern lassen.“

Wir begrüßen diese Erklärung, deren Formulierung nicht nur für den Eingeweihten deutlich genug ist, und freuen uns, sie veranlaßt zu haben.

Daß diese Erklärung kein leeres Versprechen enthält, das sollte Dr. Westler gleich danach selber beweisen. Als Berichterstatter des Ausschusses richtete er nämlich an den als Zeugen erschienenen Medizinrat Dr. Thiele Fragen, die wesentlich dazu beizutragen, noch mehr Licht in die grauenhafte Tragödie Höfles zu bringen.

Es waren mehr als vierzig Fragen, die der Zentrumsabgeordnete, der selber Arzt ist und die ganze Materie nach allen Richtungen hin vorzüglich beherrscht, sorgfältig vorbereitet hatte. Und fast an jede Frage knüpfte er, je nach der Beantwortung, eine oder mehrere Nebenfragen an. Sehr bald geriet Dr. Thiele in Noth. Ausweichende Antworten ließ der Fragesteller nicht zu, Widersprüche deutete er schonungslos auf, faule Ausreden brachen unter der zähen Dialektik des geschulten Parlamentariers schnell zusammen. Es war ein höchst dramatisches Verhör, dem Dr. Thiele schon deshalb nicht gewachsen war, weil er eben angesichts des erschreckenden Tatfahnenmaterials kein gutes Gewissen haben konnte. Immer wieder ging durch den ganzen Saal, der wiederum mit zuhörenden Abgeordneten, Presseberichterstattern und Publikum dicht gefüllt war, lebhafteste Bewegung, so daß der Vorsitzende wiederholt zur Ruhe mahnen mußte. Diese Erregung war allerdings in Anbetracht der fürchterlichen Geständnisse, die der Leiter des Moabit-Gefängnislazarets nach und nach machen mußte, durchaus erklärlich.

Im großen und ganzen mußte Dr. Thiele die Richtigkeit aller ihn so schwer belastenden Befundungen der Pfleger zugeben. Es ergab sich daraus, daß Dr. Höfle tatsächlich mit einer fast unglaublichen Oberflächlichkeit von einem Arzte behandelt wurde, der zugestandenermaßen an den Ernst seines Zustandes nicht glaubte und der obendrein als blindes, herzloses Werkzeug der Justiz die Haftfähigkeit systematisch bejahte, weil er die theoretische Haftfähigkeit erst dann verneinen „durfte“, als der Untersuchungseingekerkerte in den letzten Tagen lag.

Um nur einige Tatsachen hier hervorzuheben — im übrigen verweisen wir auf den ausführlichen Bericht in einem anderen Teil des Blattes — ist gefestigt worden:

1. Auch nachdem die wesentliche Verschlimmerung im Zustand Höfles vom Arzt bemerkt worden war, erfolgte von seiner Seite keine Eintragung in das Krankenblatt.
2. Auch nachdem am Nachmittag des 18. im Zusammenhang mit der Entdeckung einer Lominaltablette in der Hand des bewußtlosen Dr. Höfle der Arzt an die Möglichkeit einer Vergiftung durch Narkotika glaubte, unternahm er nichts, um diese Vermutung nachzuprüfen, noch um die Folgen dieser unterstellten Vergiftung zu bekämpfen. Weder Urinentnahme noch Regensprüfung, noch sonst etwas. Angeblich wäre der Zustand des Kranken damals schon zu ernst gewesen.
3. Auch in diesem Zustand hielt es Dr. Thiele nicht für nötig, den Kranken nach der Charité bringen zu lassen, obwohl er an anderer Stelle selbst zugeben mußte, daß das Gefängnislazarett für Schwerverranke nicht geeignet sei. (Dr. Thiele behauptete fogar gegenüber einer Frage des Genossen Dr. Böpl, daß er nicht einmal die Möglichkeit gehabt hätte, eine Kochsalzeinspritzung vorzunehmen!)
4. Der Untersuchungsrichter, Dr. Rohmann, hegte sich allerdings wiederholt gegen eine Ueberführung in die Charité erklärt, aber Dr. Thiele hielt es mit seinem ärztlichen Gewissen für vereinbar, sich einem solchen Bescheid zu fügen.
5. Die für jeden Laien erschreckende Gewichtsabnahme Dr. Höfles hielt der Arzt deshalb für relativ unbedenklich, weil er der Auffassung war, Höfle sei ursprünglich überernährt gewesen.
6. Nach seinen eigenen Angaben mußte Dr. Thiele die theoretische Haftfähigkeit Höfles im Sinne der Kammergerichtsentscheidung um, noch bis zum Sonnabendabend bejahen. Dabei lag Höfle nach den übereinstimmenden Befundungen der Pfleger, des Gefängnislehrers und des Geistlichen bereits seit vier Tagen vorher entweder in benommenen oder in bewußtlosen Zuständen. Aber noch in den Mittagstunden dieses Sonnabends, also wenige Stunden vor dem eigentlichen Beginn der Agonie, war Dr. Thiele in seiner Auffassung, daß Höfle seinen Zustand absichtlich übertreibe, durch die mehr als rätselhafte Behauptung des Oberstaatsanwalts Vinde bestärkt worden, er hätte sich mit Höfle ausführlich über verschiedene unterhalten und ihn recht fröhlich gefunden. Diese höchst eigenartige „Unterredung“ mit dem „frischen“ Dr. Höfle hat allerdings unter vier Augen stattgefunden. Es ist aber recht merkwürdig, daß nach übereinstimmenden Befundungen alle anderen Zeugen Dr. Höfle sowohl lange vorher, wie erst recht unmittelbar nachher in einem an Bewußt-

# Der Linkssieg in Frankreich.

Die kühnsten Erwartungen übertroffen.

Paris, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Ergebnis der am Sonntag stattgefundenen Stichwahlen für die Gemeinderäte, die den Sieg des Kartells vom 3. Mai auf der ganzen Linie verewollständigt haben, übertrifft die kühnsten Hoffnungen, die man im Lager der Linken selbst gehegt hatte. Nicht nur daß in Paris, der Hochburg der Reaktion, drei Sitze von der Linken gewonnen werden konnten; die genaue Prüfung der nunmehr vorliegenden Ziffern zeigt auch, daß in mehreren Bezirken von Paris, wo der Nationale Bloch nicht mehr über erdrückende Mehrheiten verfügt hat, seine Kandidaten nur mit ein paar Stimmen ihren Besitz zu behaupten vermochte. So haben im 10. Arrondissement dem sozialistischen Kandidaten nur 30 Stimmen gefehlt, um den Vertreter der Rechten aus dem Felde zu schlagen.

Wider Erwarten groß ist der Sieg des Kartells in der Provinz, die ihren Willen zur Fortführung der Politik der Demokratie, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit am Sonntag nicht minder unzweideutig bekundet hat, als genau vor einem Jahre bei den Neuwahlen zur Kammer. Außer den bereits im ersten Wahlgang eroberten größeren Gemeinden hat das Kartell in der Stichwahl nach den bisher vorliegenden Ergebnissen in etwa 40 neuen Kreishauptstädten, in denen bisher der Nationale Bloch die Vorherrschaft hatte, den Sieg an sich zu reißen vermocht. Von den 398 Gemeinden mit dem Sitz einer Präfektur oder Unterpräfektur, deren vollständiges Wahlergebnis nunmehr vorliegt, haben in 42 die Sozialisten, in 190 die Radikalsozialisten, in 26 die republikanischen Sozialisten und in 60 die Union Republicaine et Democratique, in 50 die gemäßigten Republikaner und in 10 die äußerste Rechte die Mehrheit erhalten. Den 120 Gemeinden mit reaktionärer Mehrheit stehen demnach weit mehr als die doppelte Zahl von Gemeinden mit Linksmehrheiten gegenüber. In der Pariser Banneille ist die Zahl größerer Gemeinden, in denen die Rechte die Mehrheit hat, von 47 auf 33 zurückgegangen, die des Kartells von 27 auf 37 gestiegen.

Die Kommunisten, die sich anheischig gemacht hatten, Paris mit einem „roten Gürtel“ kommunistischer Gemeindeverwaltungen zu umgeben, haben nur in sieben Vororten die Mehrheit an sich zu reißen vermocht. Der größte Teil ihrer politischen Führer, wie Cachin und Vaillant-Couturier, sind nicht wieder gewählt worden.

Losigkeit grenzenden Zustände daniiederlag. Dieses Rätsel wird sich vermutlich niemals lösen lassen, da der eine tot ist, und der andere Oberstaatsanwalt. Es bleibt nur die eine Erklärung übrig, daß Dr. Höfle ein außerordentliches Interesse daran hatte, sich körperlich und geistig für diese Begegnung zusammenzuraffen, um den Herrn Oberstaatsanwalt ja von seiner Haftfähigkeit zu überzeugen. . . .

Um schließlich auf einen letzten Punkt besonders hinzuweisen, der in der gestrigen Sitzung eine aufsehenerregende Aufklärung fand: Es war allgemein aufgefassen, daß Dr. Thiele zwar in der Nacht vom Sonntag zum Montag, also vor dem Tod, in seinem Amtszimmer gewesen war, aber von etwa 1 Uhr nachts bis zum frühen Morgen die Zelle des nunmehr Sterbenden nicht mehr betreten, sondern alles weitere dem Pfleger überlassen hatte. Durch eine Frage des Genossen Kuttner erfuhren die tiefbewegten Zuhörer, daß dies darauf zurückzuführen war, daß Frau Dr. Höfle, die man endlich (nebenbei 33 Stunden zu spät!) benachrichtigt hatte, bei ihrem Eintreffen in Moabit und beim Betreten der Zelle ihres Mannes dem Dr. Thiele zugewandt hatte: „Da liegt Ihr Opfer!“ Dr. Thiele fühlte sich gekränkt und ließ sich daraufhin während der Nacht nicht mehr blicken. Daß ihm weitere Begegnungen mit der Frau des Opfers der preussischen Justizzustände und der gerichtsarztlichen Praktiken nicht besonders angenehm waren, kann man ihm nachfühlen. Aber man kann es ebensowohl der Frau Höfle nachfühlen, daß sie in dieser tragischen Nacht das ausgesprochen hat, was heute für alle Menschen feststeht, die nicht auf die Moabiter Clique eingeschworen sind.

Aus den Fragen der Vertreter der Rechtsparteien geht allerdings die Tendenz hervor, Dr. Thiele möglichst zu entlasten und das Ende Höfles auf das Konto eines Selbstmordes durch übermäßige Inanspruchnahme von Schlafmitteln zu setzen. Nun hörte man bisher von allen anderen Zeugen, daß von Selbstmordgedanken bei Höfle gar keine Rede gewesen sei. Dr. Thiele, der natürlich begierig diesen ihm zugeworfenen Rettungsring aufgriff, äußerte dabei die Möglichkeit, daß dieser Selbstmordentschluß eine unmittelbare Folge jener Unterredung mit dem Oberstaatsanwalt Vinde am Sonnabendmittag gewesen sei. Selbst wenn diese Vermutung zuträfe, so würde sie für die Staatsanwaltschaft vernichtend sein. Einstweilen aber vermögen wir noch immer nicht an jene Vergiftungstheorie zu glauben, die im höchsten Grade mysteriös erscheint. Wie die hohen Mengen von Narkotika in die Zelle Dr. Höfles hineingekommen sein mögen, das dürfte leider auch durch die peinlichste parlamentarische Untersuchung kaum aufzuklären sein. Für die weite Öffentlichkeit ist hier breiter Raum für die peinlichsten Kombinationen vorhanden.

Wie dem auch sei, eins ist klar: Dr. Höfle ist auch als totkranter Mann deshalb nicht aus der Untersuchungshaft entlassen worden, weil mit seiner Entlassung der ganze Barmat-Kummel zusammenbrach. Durch seinen Tod kann man ihn wenigstens eine Zeitlang noch weiterreiben.

## Barmat-Prozess!

Abschluß der Voruntersuchungen gegen Barmat und Kuttler.

Die Voruntersuchung gegen die Brüder Barmat ist, wie die B. S.-Korrespondenz meldet, gestern durch den Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Rothmann, abgeschlossen worden. Ebenso hat der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Schneider, die Voruntersuchung in der Kuttler-Affäre abgeschlossen. In beiden Fällen geben nunmehr die Akten an die Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage. Man rechnet damit, daß etwa in 14 Tagen die Anklageschriften den Beteiligten zugestellt werden können, so daß voraussichtlich noch vor den Gerichtsferien die Strafprozesse stattfinden werden.

Die Haftentlassungsanträge Ivan Kuttlers sind nunmehr endgültig, auch vom Kammergericht abgelehnt worden. In dem Haftentlassungsbescheid wird darauf hingewiesen, daß Kuttler in der Charité, in der er ein vorzügliches Zimmer zur Verfügung hat, und täglich zweimal von Geheimrat Krause besucht wird, besser aufgehoben sei, als in irgend einem Sanatorium.

Angesichts dieser erdrückenden Zahlen vermag selbst die Rechtspreffe ihren Lesern den Sieg des Kartells, den sie bis zuletzt mit allen Kräften der Wahl-Arbeitsmittel zu bestreiten und aus der Weiß zu leugnen versucht hat, nicht länger verheimlichen. Sie versucht ihn heute politisch zu diskreditieren, indem sie ihn wider besseres Wissen als das Ergebnis eines Wahlbündnisses zwischen den Linksparteien und den Kommunisten hinstellt. In Wirklichkeit ist daran kein wahres Wort. Das von den Kommunisten für die Stichwahl vorgeschlagene taktische Zusammengehen, ist von allen Seiten des Kartells einmütig abgelehnt worden. In der Linkspresse findet die Genugtuung über den davon getragenen Erfolg triumphalen Ausdruck. So steht der „Paris Soir“ nicht an, zu erklären, daß der Erfolg alle Voraussetzungen und alle Erwartungen weit hinter sich gelassen habe. Der Sieg des Kartells sei vollständig und vernichtend für die Rechte gewesen. Der Nationale Bloch besinde sich in voller Auflösung. Die Mehrzahl der Kreishauptstädte sei nunmehr im festen Besitz der Linken, die nicht einen einzigen Mißerfolg zu verzeichnen habe. Nie zuvor habe die demokratische und sozialistische Einstellung der großen Mehrheit des französischen Volkes ein so unzweideutiges Bekenntnis erfahren, wie am Sonntag. Darin liege mehr als ein Fingerzeig für die Regierung und das Parlament: Das Land habe seinem politischen Willen in einer jedes Mißverständnisses ausschließenden Weise Ausdruck gegeben.

## Das amtliche Wahlergebnis.

Paris, 11. Mai. (W.B.) In der abends vom Ministerium des Innern veröffentlichten Statistik wird das Ergebnis der Munizipalwahlen in 379 Arrondissementshauptstädten sowie eine Gewinn- und Verlustliste mitgeteilt. Die Statistik führt die Zahl der Städte an, in denen die einzelnen Parteien die Mehrheit haben. Von der Statistik sind ausgenommen die Städte des Seine-Departements. Das Ergebnis ist folgendermaßen: Kommunisten 1 Stadt (unverändert), Sozialisten 42 Städte (Gewinn 18), Sozialistische Republikaner 8 Städte (Gewinn 3), Radikale 192 Städte (Gewinn 57 Städte), Rechtsradikale 15 Städte (Verlust 7), Linkerepublikaner 51 Städte (Verlust 33), Demokratische-Republikanische Union 62 Städte (Verlust 27), Konservative 10 Städte (Verlust 11).

## Die Kleine Entente.

Die unantastbaren Friedendiktate.

Ueber die Konferenz der Kleinen Entente in Bukarest wird ein amtlicher Bericht ausgegeben, dem wir folgendes entnehmen: Die Tschechoslowaken, Serben und Rumänen, die in gleicher Weise daran interessiert sind, daß der Frieden an ihren Grenzen nicht gestört werde, stellen mit Genugthuung fest, daß die bolschewistischen Machenschaften in Bulgarien ihr Ziel nicht erreichen konnten, und sind infolgedessen einer Meinung, keinen Schritt zu unternehmen, der den endgültigen Sieg der Ordnung in Bulgarien aufhalten könnte. Nichtsdestoweniger würden sie keine Vermehrung der militärischen Streitkräfte dulden können, die nicht dem wirklichen Bedürfnis entsprechen und tatsächlich die einzige Folge herbeiführen würden, jenseits der Danau eine Lage zu schaffen, die den Grundlagen der Verträge widerspräche. Die Beziehungen zu Ungarn bilden den Gegenstand einer eingehenden Erörterung, in deren Verlauf festgelegt werden konnte, daß weder die Art, wie anscheinend die Durchführung der finanziellen Befundung fortgesetzt wird, noch die Anwendung bestimmter Friedensbedingungen, besonders diejenige betreffend die Entlassung, derartig war, um in den Beziehungen Ungarns zu seinen Nachbarn das für die Festigung des Friedens in Mitteleuropa notwendige Vertrauen herzustellen. Schließlich wurde die österreichische Frage gründlich besprochen. Man stimmte darin überein, daß die vom Völkerbund eingeleitete Politik der finanziellen Befundung fortgesetzt werden muß. Die Mächte der Kleinen Entente sind auch hinsichtlich Oesterreichs der Ansicht, daß es vor allem unbedingt notwendig ist, alle Bedingungen der Friedensverträge uneingeschränkt aufrechtzuerhalten.

## Das Stargarder Eisenbahnunglück.

Entschädigungsansprüche und Gastpflicht.

Polnisches Bureau meldet: Für die Regelung der Entschädigungsansprüche deutscher Reichsangehöriger, die durch das Eisenbahnunglück im polnischen Korridor in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai d. Js. Schaden erlitten haben, sind die polnischen Behörden zuständig, da sich der Unfall auf polnischem Gebiet und im Betriebe der polnischen Staatsbahn ereignet hat. Das Reichsverkehrsministerium hat sich jedoch bereit erklärt, die Entschädigungsansprüche zu sammeln und an die zuständigen polnischen Stellen weiterzuleiten. Allerdings ist bisher von polnischer Seite der Standpunkt vertreten worden, daß die Ursache des Unglücks ein Attentat sei und daher eine Haftung der polnischen Staatsbahn nicht in Frage komme. Von deutscher Seite ist demgegenüber auf den schlechtesten Zustand der Durchgangsstrecke hingewiesen und eine Untersuchung dieser Strecke bereits bei dem Korridorrichtersgericht in Danzig beantragt worden. Die Feststellungen, die als Ergebnis dieses Antrages zu erwarten sind, werden auch die Frage klären, ob die polnische Staatsbahn für den Unfall haftpflichtig zu machen ist.

## Rebellion gegen Moskau.

Die holländischen Kommunisten protestieren.

Amsterdam, 11. Mai. (W.B.) Aus dem hier abgehaltenen stark besuchten Kongreß der kommunistischen Partei Hollands wurde nach langer Debatte, in der ungefähr 50 Redner zu Worte kamen, mit 863 gegen 809 Stimmen eine Resolution angenommen, die die Wiederwahl des bisherigen, wegen bestimmter von der Moskauer Exekutive geforderter organisatorischer Maßnahmen kürzlich zurückgetretenen Parteivorstandes ausdrückt sowie die Moskauer Forderungen als undurchführbar abweist. Mit der Moskauer Exekutive sollen jedoch neue Verhandlungen aufgenommen werden, und es soll dahin gestrebt werden, in Moskau eine ständige Vertretung der holländischen kommunistischen Partei zu erhalten.

Die Reisekosten der Schutzpolizeibeamten. Dem Staatsrat ist vom Ministerium des Innern ein Entwurf zu den Vorschriften über die Reisekosten der Schutzpolizeibeamten zur Begutachtung vorgelegt worden. Der Entwurf, der eine einheitliche Regelung der Abfindung der Schutzpolizeibeamten bei Dienstfreilen und sonstigen auswärtsigen Tätigkeiten herbeiführen will, lehnt sich an das Gesetz über die Reisekosten der Staatsbeamten vom 3. Januar 1923 an und trägt im übrigen der Eigenart des Polizeidienstes in weitgehendem Maße Rechnung.

Die Zwischenlösung in Belgien besteht in einem Kabinett des holländischen Katholikenführers Vandervore, dem auch einige Beamte angehören.

# Die britisch-russische Einigungsaktion.

## Ratifizierung der beiderseitigen Erklärungen.

Auf der am 7. und 8. April abgehaltenen Sitzung der englischen und russischen Gewerkschaftsdelegation gab Tompkins zu Beginn im Namen der russischen Delegation eine Erklärung ab. Hierauf zog sich die russische Delegation zurück und das internationale Komitee des Britischen Gewerkschaftsbundes ging zur Besprechung dieser Äußerungen über. Die bis jetzt nicht veröffentlichte Zusammenfassung der britischen Antwort und die hierauf erfolgte Erklärung der russischen Delegation, die nun beide von den Exekutiven des britischen und russischen Gewerkschaftsbundes ratifiziert wurden, liegen jetzt im Wortlaut vor.

### Die britische Antwort.

Nach Beratung der Ausführungen Tompkins über die internationale Lage und der Frage des Anschlusses der russischen Gewerkschaften an den IGB, schlugen die Vertreter des Generalrates des britischen Gewerkschaftsbundes für die weitere Diskussion auf dieser Konferenz folgende Punkte vor:

1. Es wird vorgeschlagen, daß die russische Bewegung eine Antwort auf die Amsterdamer Resolution in Erwägung ziehen soll, des Inhalts, daß sie im Interesse der internationalen Einheit an einem internationalen Gewerkschaftsbund teilnehmen will, der u. a. die in den Statuten der Amsterdamer Internationale aufgeführten Ziele und in allgemeinen Linien Sagenen einschließen sollte, die von denjenigen der Amsterdamer Internationale nicht wesentlich verschieden sind. Da die Sagenen des IGB, zurzeit so gehalten sind, daß darin die Erfordernisse der ihm gegenwärtig angeschlossenen Länder berücksichtigt werden, diese Sagenen aber ohne eine ergänzende Revision den gerechten Ansprüchen der russischen Gewerkschaftsbewegung nicht entsprechen, sind Vorbesprechungen und Konferenzen eine unbedingte Notwendigkeit. Zweck solcher Besprechungen wäre, festzustellen, wie der bestehende internationale Bund am besten ausgebaut werden könnte, um die Einbeziehung der russischen und aller anderen gewerkschaftlichen Organisationen zu erleichtern.

2. Die Britische Abteilung wird die Amsterdamer Internationale davon in Kenntnis setzen, daß damit im Prinzip ihre Bedingungen für eine Konferenz erfüllt sind, soweit man es vernünftigerweise fordern kann, und sie wird entschlossen dafür eintreten, daß die speziellen Schwierigkeiten der russischen Gewerkschaftsbewegung, als Vertretung eines Landes mit zahlreichen voneinander sehr verschiedenen Nationalitäten, voll in Erwägung gezogen werden.

Die Britische Abteilung wird erklären, daß ein allumfassender internationaler Bund nicht voll ausgebaut werden kann, wenn nicht in jeder Hinsicht Rücksicht auf Besonderheiten in Tradition, historischen Zusammenhängen und politischen Einstellungen der verschiedenen Länder genommen wird. Die Britische Abteilung wird ferner noch einmal betonen, daß die Differenzen zwischen dem Allrussischen Gewerkschaftsrat und dem IGB, am besten von einer unverbindlichen Konferenz behandelt werden können.

3. Die Britische Abteilung wird dem Internationalen Gewerkschaftsbund, vorausgesetzt, daß über die obigen Klauseln ein gemeinsames Übereinkommen erzielt werden kann, folgende Vorschläge unterbreiten:

a) Der Vorstand des IGB, soll eine sofortige Konferenz mit Vertretern des Allrussischen Gewerkschaftsrates einberufen um über die durch den Beschluß der vom 5. bis 7. Februar in Amsterdam abgehaltenen Ausschusssitzung geschaffene Lage sowie über die auf Grund der gemeinsamen Diskussion dieser Konferenz erzielten Beschlüsse zu beraten. Sollte eine solche Konferenz einberufen werden, so wird die Britische Abteilung bestrebt sein, die weitgehendste Zusammenarbeit aller betroffenen Parteien zu sichern.

b) Falls der Vorstand des IGB, beschließen sollte, daß er nicht in der Lage ist, eine Konferenz, wie sie oben vorgeschlagen wird, einzuberufen, so wird der Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbundes die Einberufung einer Konferenz unternehmen und ver-

suchen, auf Grund seines Einflusses als Vermittler zwischen der russischen Gewerkschaftsbewegung und dem Amsterdamer Vorstand die internationale Einheit zu fördern. Bei diesem Bestreben wird sich der Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbundes der bestehenden Schwierigkeiten voll bewußt und vom Wunsche befeßt sein, eine vereinigte Gewerkschaftsinternationale zu schaffen, die imstande ist, die internationalen Interessen der Arbeiter in wirksamer Weise zu vertreten.

### Die Erklärung der russischen Delegation.

hierzu, ist wesentlich länger. Sie erkennt den guten Willen an, der in Punkt 2 der britischen Erklärung zum Ausdruck kommt. Sie betrachtet eine unverbindliche oder eine verbindliche Konferenz gleichermaßen für annehmbar und stellt fest, daß eine solche von größtem Nutzen sei und die heilsamsten Folgen haben werde, falls ihre Arbeiten den weitesten Kreisen der organisierten Arbeiter zugänglich sein werden.

Die russische Delegation wendet sich dann gegen den IGB, indem sie ferner feststellt, daß die gesamte Korrespondenz mit der Amsterdamer Internationale, die durch die Resolution der Ausschusssitzung vom 7. Februar 1925 abgeschlossen wird, den Eindruck erweckt, als ob die Mehrheit der Amsterdamer Internationale, die von den britischen Gewerkschaftsvertretern vorgeschlagene korrekte und gerechte Resolution abgewiesen hat die Absicht ist zu deutlich, als daß man sie nicht merkte. Red. d. A., dem ernststen Wunsch der Gewerkschaften der Union der Sowjetrepubliken betr. die Herbeiführung von Zusammenfassung und Einheit der internationalen Arbeiterbewegung nicht entgegenkommen will.

Nichtsdestoweniger würden die russischen Gewerkschaften eine Sitzung mit Vertretern des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes begrüßen. Ihre Delegation bestätigt erneut den Wunsch der höchsten leitenden Körperschaften der Gewerkschaftsbewegung der Sowjetunion, daß eine derartige Konferenz einen beträchtlichen Schritt nach vorwärts bedeuten könnte.

Es wird der erste sachliche Schritt zur Lösung der großen und sehr komplizierten Frage der Herstellung tatsächlicher Einheit in der internationalen Gewerkschaftsbewegung sein und er wird zur Zusammenfassung der Kräfte aller Arbeiterklassen-Organisationen auf der Grundlage des Prinzips des Klassenkampfes zwischen Arbeit und Kapital führen.

Die Definition dessen, was nach russischer Auffassung als Klassenkampf gilt, müßte genau fixiert werden, um zu erkennen, ob darüber eine Verständigung möglich ist. Bist die ganze bisherige „reformistische“ Tätigkeit der Gewerkschaften für die Russen nicht als Klassenkampf, dann bliebe nur der permanente Generalstreik übrig, gebildet aus der Summe jedes einzelnen Lohnkampfes auf allgemein „verbreiteter Kampfbasis“, gekrönt von der großen „Weltrevolution“.

Nachdem die russische Delegation nochmals ihre „vollste Bereitwilligkeit“ versichert, an der Konferenz teilzunehmen, die durch den Zwang der Notwendigkeit... stattfinden könnte, begrüßt sie den Wunsch des britischen Generalrats, „alles zu tun, um die internationale Einheit in der Arbeiterbewegung durch die Schaffung einer vereinigten industriellen Arbeiterorganisation herbeizuführen, die imstande ist, ein wirksames Organ für die Vertretung und Verteidigung der internationalen Interessen der Arbeiter zu werden.“

Mit spezieller Befriedigung stellt die russische Delegation fest, daß die russische Gewerkschaftsbewegung mit der Einheitsfront-Idee einig sei, eine Gewerkschaftsorganisation der ganzen Welt möge, die von jeglichem Einfluß der kapitalistischen Klasse unabhängig ist.

Wenn das keine Verdächtigung der im IGB, vereinigten Gewerkschaften ist, dann gibt es keine Verdächtigungen mehr. Eine Unterstellung, die nur in diesem Zusammenhange ist. Die Einheitskampagne habe zwar zu Angriffen der russischen und der englischen Gewerkschaften geführt, doch die russische Delegation erachte es als notwendig, daß die Konferenz als ganze, den Austausch von Meinungen und auf der Konferenz abgegebenen Erklärungen, in einer Zusammenfassung niederlege, in der die Absichten der Gewerkschaftsbewegungen beider Länder und ihre Hoffnungen zur Einheit zum Ausdruck gebracht werden.

wieder in den freien Gewerkschaften, stellt euch in Front. Schafft erst Ordnung unter euch, dann kommt auch wieder Ordnung in eure Verhältnisse.

### Streikabstimmung im Einzelhandel.

Der für die Handelshilfsarbeiter gefällte Schiedspruch mit einer Zulage von einer Mark pro Woche auf die bestehenden Lohnsätze für Arbeiter über 23 Jahre, bis Ende Oktober, ist abgelehnt worden. Die Funktionäre haben beschlossen, die Streikabstimmung in den Betrieben vorzunehmen. Bis jetzt läßt sich das Resultat der Abstimmung noch nicht feststellen. Die heute, Dienstag abend stattfindende Mitgliederversammlung wird zu dem Abstimmungsresultat Stellung nehmen und weitere Beschlüsse fassen.

Inzwischen haben sich die Parteien dahingehend verständigt, daß heute vormittag nochmals eine Aussprache vor sich gehen soll. Von dem Ergebnis dieser Verhandlung wird es abhängen, ob es im Einzelhandel zum Kampf kommt, oder im letzten Augenblick noch eine Verständigung möglich ist.

### Metallarbeiterausperrung in Niederschlesien.

Die bereits vor einer Woche zum 11. Mai angekündigte Ausperrung von 16 000 Arbeitern und Arbeiterinnen ist nach einem Bericht des WTB, gestern prompt erfolgt. Die Betriebe wurden geschlossen. Ihre Besitzer halten es aus, trotz schwer daniederliegender Wirtschaft, trotz der Unentbehrlichkeit jeder Arbeitsstunde und der ständig behaupteten dringenden Notwendigkeit von Ueberstunden.

Die Arbeiter, die im Teilstreik standen, sollten bis zum 8. Mai erklären, daß sie unter den Bedingungen des für verbindlich erklärten Schiedspruches die Arbeit wieder aufnehmen. Sie taten es deshalb nicht, weil dieser Schiedspruch ihnen aufgibt, um 53 Pf. Stundenlohn zu arbeiten, also zu einem Nettoeinkommen von etwa 20 Mark in der Woche. Wer es fertig bringt, einen solchen Schiedspruch zu fällen und

gar es fertig bringt, ihn für verbindlich zu erklären, müßte zunächst einmal den ernstlichen Versuch machen, ob mit einem derartigen Lohnrückkommen bei redlicher Arbeit eine halbwegs menschenwürdige Existenz zu führen ist. Wenn er aber unterläßt, auch nur darüber nachzudenken, wie die Arbeiter bei solchem Lohn zurecht kommen sollen, dann darf er sich nicht wundern, daß die Arbeiter sich seinem unannehmbaren Schiedspruch auch dann nicht unterwerfen, wenn er für verbindlich erklärt ist.

Alle Bemühungen der Gewerkschaften, für verbindlich erklärten Schiedsprüchen unbedingte Geltung zu verschaffen, selbst wenn ihre Mitglieder nicht voll davon befriedigt sind, werden durch solche Sprüche, die die allerantwendigsten Forderungen der Arbeiter mißachten, außerordentlich schwer beeinträchtigt.

### Wie der Landarbeiterverband bekämpft wird.

#### Durch einen Lockspiegel zur Streike gebracht.

Vom Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns berichtet: Die Bekämpfung der Landarbeitersorganisation durch die Arbeitgeber wird immer rücksichtsloser und unverschämter. Gelingt es nicht, die Verbandsmitglieder zum Austritt aus ihrer Organisation zu nötigen, so versucht man, sie brotlos zu machen. Da die organisierten Arbeiter pflichtgemäß ihre Arbeit verrichten und sich auch im übrigen so betragen, daß man ihnen so leicht nichts anhaben kann, machen sie es den Arbeitgebern schwer, gegen die Mitglieder des Landarbeiterverbandes vorzugehen. So auch der Landarbeiter Karl Lange aus Bischendorf, Kreis Grevesmühlen in Mecklenburg. Obwohl er seit 1918 Kassierer der dortigen Ortsgruppe des Deutschen Landarbeiterverbandes ist, der Lohnkommission, der Amtsversammlung und der Gemeindevertretung angehört und dem Betriebsrat vorsieht, konnte ihm kein Reueß an den Tagen fahren. Um so unangenehmer war der Mann den Herrschaften und seinem Arbeitgeber. Da man wußte, daß dem Mann auf geradem Wege nicht beizukommen war, versuchte man es auf niederträchtige Weise. Der Landbund hat in Rostock ein Defektbüro eingerichtet, dem ein gewisser Martin Schmidt vorsteht. Der „Herr“ des Landarbeiters Lange wandte sich in seiner „Anlassigkeit“ an diese Stelle, und zwar, wie sich aus folgender „ungefährten Darstellung“ ergibt, mit vollem Erfolg.

Am 21. April stellte der Arbeitgeber Langes einen Freiarbeiter namens Adolf Müller ein. Er gab an, aus Mecklenburg zu stammen, lange ohne Arbeit zu sein und die Absicht zu haben, etwas Geld zu verdienen, um dann in die Industrie abzuwandern. Mit diesem Menschen, dem der Lunge nicht anzumerken war und der die Absicht äußerte, in den Deutschen Landarbeiterverband einzutreten, mußte Lange dauernd zusammen arbeiten. Es währte nicht lange und „Müller“ fing an, über die miserable Bezahlung zu schimpfen. Lunge meinte er, man müsse versuchen, etwas beiseite zu schaffen. Lange antwortete ihm, daß es so etwas nicht geben könne. „Müller“ ließ sich von diesen Worten nicht abschrecken. Immer wieder unternahm er den Versuch, Lunge zum Diebstahl zu verleiten. Lange winkte weiter ab. Am 28. April wurden beide wieder mit gemeinsamen Arbeiten beschäftigt. Bei dieser Gelegenheit ließ „Müller“ durchblicken, daß Kartoffeln angekommen wären, von denen sich Lange doch einige zur Saat nehmen konnte. Lunge reagierte nicht auf dieses „Angebot“ und machte im übrigen darauf aufmerksam, daß die Scheune dauernd verfallend sei. Sofort war Müller verschunden und als er nach einer Weile wiederkam, erklärte er, daß die Scheune jetzt offen sei und die Kartoffeln genommen werden könnten. Nach langem Widerstreben erfolgte Lunge den Lockungen und nahm sich circa 30 Pfund Kartoffeln mit nach Hause.

Am anderen Tage wurde Lange in die Inspektorenwohnung gerufen. Hier stellte sich ihm ein angeblicher Oberkriminalbeamter von der Landwirtschaftskammer in Rostock vor. Er sagte dem Lunge auf den Kopf zu, was er verbrochen habe. Lange gestand schon deshalb, um „Müller“ nicht mit hineinziehen zu lassen, daß er die Sache auf sich beruhen lassen werde, wenn Lange bereit sei, seine Wohnung zu räumen. Lange sträubte sich, worauf die Erklärung erfolgte, daß er sich nunmehr als striflos entlassen zu betrachten habe. Auf dem Nachhausewege traf Lange mit einem Landwirtschaftsbeamten zusammen. Dieser sagte ihm, daß der angebliche Arbeiter „Müller“ kein Arbeiter, sondern ein Detektiv sei, den die Gutsverwaltung extra zu diesem Zwecke angeheißelt habe, um Lunge los zu werden. Am Nachmittag desselben Tages reiste „Müller“ wieder nach Rostock ab.

Dies ist der Tatbestand. Die „ritterliche Handlungsweise des Gutsbesitzers Herrn von Mecklenburg charakterisiert sich von selbst. Sie wird keine Schule machen können, wenn alle organisierten Landarbeiter darauf bedacht sind, den Worten und Lockungen ihnen nicht ganz genau bekannter Arbeitskollegen mit dem größten Mißtrauen zu begegnen und sich unter keinen Umständen dazu verleiten lassen, irgend etwas zu nehmen oder sonst eine Handlung zu begehen, die gegen sie ausgeklüffelt werden kann. Nachdem man weiß, mit welcher schmutzigen Mitteln die „edlen Ritter“ in Mecklenburg jetzt arbeiten, da die früher wirksame Methode, die Arbeiter mit Schnaps zu fangen, nicht mehr zieht, haben die Arbeiter es in der Hand, auch der Lockspiegel zu begegnen.

### Achtung, SPD-Bekleidungsarbeiter!

Am Freitag, den 15. Mai, abends 7½ Uhr, in den Wellenstraße 11, Versammlung aller SPD-Bekleidungsarbeiter. Stellungnahme zur Gewerkschaftsangelegenheit. Es ist Pflicht aller Genossen, zu erscheinen! Der Fraktionsvorstand.

Genantw. für Politik: Eberhard Schiff; Wirtschaft: Wilhelm Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Gehrman; Familien: Dr. John Schlotmann; Entlohnung und Sozial: Fritz Korb; Waisen: A. Gieser; Jüdisch in Berlin: Berling; Dorndorf-Berling G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermanns-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 4, Lindenstraße 2, Distanz 2, Berlin und „Unterhaltung und Wissen“.

# Das beste Küchenhilfsmittel ist und bleibt

Nicht überwürzen! Wenige Tropfen genügen, da sehr ausgiebig.

— Man verlange ausdrücklich Maggi's Würze. —

# MAGGI'S Würze!

MAGGI's gute, aromatische Küche

# Zum Einzug des neuen Reichspräsidenten in Berlin.

## Mit Schwarz-Rot-Gold durch das Spalier der Schwarz-Weiß-Noten.

Hast lag es an diesem gerade nicht sehr freundlichen Valentage wie wilhelminische Paradedestimmung über den schwarzweißrotgeschmückten Straßen im Westen Berlins. Die Republikaner hatten sich taktvoll zurückgehalten und ließen der reaktionären Fahnen-demonstration das ersehnte Vergnügen. Heerstraße! Wem kamen nicht allerhand unzeitgemäße Erinnerungen in den Sinn, als er hörte, der neue Reichspräsident würde von hier aus seinen Einzug antreten, wer dachte nicht an das Lager von Döberitz, das in einer einzigen, ziemlich geraden Straßenlinie vom Schloß aus zu erreichen war — einst, als die schönen Straßen von Säbelfasseln und Pferdehufen widerhallten. Wer sich besonders in das Bild von damals vertiefte, der mochte eine Döberitzer Kanonade vermissen. Sonst war der „alte Geist“ (was man preußisch so Geist zu nennen beliebt) wie aus Gräben gestiegen, zur Stelle — nur mit dem Unterschied, daß der Generalfeldmarschall des Kaisers seinen Einzug als Staatsoberhaupt der Republik hielt. Auch über die Heerstraße ist Geschichte gegangen, da draußen in den Hochburgen des Militarismus ist es stille geworden — und es wird bei den Erinnerungen bleiben müssen, so wenig es den Heerschaften gefallen mag, die sich an diesem Tage am alten Geist berauschten. . . .

### Begrüßung auf dem Bahnhof.

Der Bahnhof Heerstraße war eine Stunde vor dem Eintreffen des fahrplanmäßigen D-Zuges, der den neuen Reichspräsidenten mitbringen sollte, für das Publikum gesperrt worden. Weder auf den Zugängen, noch auf dem Bahnsteig irgendein Schmuck. Lediglich auf dem Dach eine kleine schwarzrotgoldene Fahne und auf dem ersten Treppendeck einige immergrüne Blaupflanzen. Nach und nach erschienen Reichswehrminister Gehler mit General v. Seekt und Admiral Zentler, einige Herren der Reichsregierung, Staatssekretär Reichner, der Chef des Bureaus des Reichspräsidenten, und Polizeipräsident Friedensburg mit dem Kommandeur der Schutzpolizei Raupisch. Oberbürgermeister Böhm war mit dem Stadtverordneten Dr. Caspari gekommen. Als letzter traf Reichskanzler Luther auf dem Bahnsteig ein. Pünktlich um 5,52 Uhr nachmittags fuhr der Zug in die Halle. Dem Salonwagen entstieg, gestützt auf seinen Stock, Hindenburg, in Begleitung seiner Tochter, seines Schwiegersohnes und seines Sohnes. Als erster begrüßte ihn das Tochterchen des Reichskanzlers mit einem Blumenstrauß. Hindenburg nahm den Gruß entgegen. Dann wechselte er mit dem Reichskanzler, den anderen Mitgliedern der Regierung, dem Oberbürgermeister und dem Polizeipräsidenten einen Hände-druck und ohne daß auch nur ein Weniges mehr als diese einfache Formelhaftigkeit gesehen wäre, betrat der neue Reichspräsident den Boden der Reichshauptstadt. In vier Minuten war auf dem Bahnhof alles vorbei; Hindenburg stieg die Treppe hinauf, setzte sich in das bereitstehende Auto, das die schwarzrotgoldene Reichspräsidentenflagge trug, und fuhr in Begleitung des Reichskanzlers in außergewöhnlich rascher Fahrt von dannen. — Die schnelle Fahrt des Autos, in dem der Präsident saß, ließ den Gedanken aufkommen, als ob der schwarzrotgoldene Wimpel sich auf der Fahrt befände vor den Anblick der unpassenden und in diesem Moment geradezu grotesk wirkenden schwarzweißroten Fahnen. Und mancher kriegsalterne Hakenkreuzler mag gegeistert haben: Verdammte, schon wieder eine Fahrt in die Republik!

### Heerstraße und Kaiserdamm.

Motorräder begannen zu knattern, die vor dem Bahnhof postierte Kraftfahrzeugabteilung der Polizei bestieg ihre Räder, um den eben eingetroffenen neuen Reichspräsidenten nach der Wilhelmstraße zu bringen. Auch die vor dem Bahnhof stehenden Pressephotographen gerieten in die bekannte „fieberhafte Erregung“, Kommandorufof erlösen, lautlose Stille herrscht. Der alte Herr im Gehrock und Zylinder bestieg das Auto, das mit der schwarzrotgoldenen Standarte des Präsidenten geschmückt ist, und im Fluge geht es durch die Straßen, die Menge zu beiden Seiten ist vielfach enttäuscht, weil alles so schnell geht, denn stundenlang haben sie tapfer ausgeharrt. Hakenkreuzverbände, ähnliche reaktionäre Ci-

quen, die Adelsgenossenschaft, der Evangelische Frauenbund, schwarzweißrot bekränzte und weißgekleidete Jungfrauenvereine, die Krieger- und Schützenvereine nicht zu vergessen, harrten des großen Augenblicks. Angströhrenschwenker, moderne und vorwärtsblühende, kamen noch einmal zur Geltung. Keine gewaltige „Lokal-Anzeiger“-Begeisterung und keine „zehn Glieder tiefe Kette nationaler Bevölkerungskreise“ war zu sehen, wie das Hugenberg-Blatt prophezeit hatte. Tatsächlich war überall noch viel, viel Platz, Hunderttausende auf beiden Seiten der Straße unterzubringen. Aber wo die Massen hernehmen. Auch die vielen Wagen — nämlich einige sich besonders geschäftstüchtig dünkende Wagenlenker wollten für teures Geld erhöhte Plätze vermieten, standen undelecht und fuhrten, betrübt ob der schlechten Konjunktur, teils schon früher nach Hause. Der eigentliche nationale Spuk begann dann erst, als nach dem Passieren Hindenburgs die Verbände — ihre gemieteten Kapellen und lärmend durch die Straßen nach dem Kurfürstendamm und dem Berliner Westen zog, um dort noch Extravortellungen zu geben. Auch an der Edeß-Bismarck- und Wilmersdorfer Straße hatte sich das übliche Publikum eingefunden: sehr viel junge und alte Frauen sowie Schulkinder, wenig Männer, aber keine aus dem arbeitenden Volk. „Sie“ waren ganz „unter sich“. In diesem Viertel ging es teilweise ost hoch her. Schon in den frühen Nachmittagsstunden, also in einer Zeit, wo an Hindenburgs Einzug noch nicht zu denken war, konnte man hier verschiedene Gruppen trunkenen Nationalisten eifrig ihr schwarzweißrotes Papierfändchen schwingend, beobachten. So amüsierte sich jeder auf seine Art und war bereit zum Empfang. Erwähnenswert ist, daß viele „Herrschaffen“ ihre Balkons geschickt auszunutzen verstanden hatten. So türmte hartnäckig das Gerücht, daß so ein Balkonplatz erst gegen Zahlung einiger Mark zu haben wäre. Als das Gerücht des neuen Präsidenten gemeldet wurde, setzte ein eifriges Schwärmen mit schwarzweißroten Fahnen ein. Eine Kuffkapelle irgendeines Kriegerverbandes, die dem Hause Bismarckstraße 79 gegenüberstand, empfing den Wagen mit dem Hohepriesterberger Marsch! Unseres Wissens bestand für den gestrigen Tag eine polizeiliche Verfügung, wonach das Aufmarschieren von Kuffkapellen in der Nähe der Einzugstraßen zu verhindern war. Verbände, die sich diesem Verbot nicht fügten, sollten von der Teilnahme des Empfangs ausgeschlossen werden. Wir stellen fest, daß die hier zahlreich vorhandene Polizei die Verfügung des Polizeipräsidenten mißachtete und nicht einschritt. Zur Bervollständigung des Bildes sei noch erwähnt, daß nachdem der Wagen mit Hindenburg vorbei war, einige Reichswehrmilitanten wiederum im Hause Bismarckstraße 79, vorn drei Treppen erschienen und nun das Deutschlandlied hinabschmetterten.

### Vom Knie bis Brandenburger Tor.

Auch auf dieser äußerst langen Strecke hatte man durchweg den Eindruck, daß die sogenannten vaterländischen Verbände sich in der Zahl ihrer parabolierenden Anhänger bedeutend geirrt haben. Starker Andrang herrschte nur an den Hauptverkehrs Punkten, wie am Großen Stern und am Knie, wo aus mehreren Richtungen die Straßenzüge zusammenstießen. Am Knie hatte man „Räffe“ vor allem dadurch zu markieren versucht, daß dort offenbar der Deutschnationale Bundband zusammengezogen war. Auch sonst waren höchst merkwürdige Typen von vollendeten und werdenden Hindenburgern zu sehen! Alte Frauen, die den großen Moment, einem richtigen Generalfeldmarschall ins Auge zu schauen, schon seit Ausbruch des „großen Krieges“ ersehnt haben, junge Mädchen, deren Frühlingsstausch daher stammt, daß sie einen Landesvater viel romantischer finden als einen simplen Reichspräsidenten ohne alles nationalfamiliäre Drumrum, Studenten, brave Bürger, die aus ihrer „Lokal-Anzeiger“-Bekürre ganz genau wissen, wie rot der Ketter uns tat, junge Burchen, die mit „sieghlühenden Augen“ und ferndeutschen Eidenswürden dem neuen Präsidenten der Republik bedingt beweisen wollten, daß sie der Stolz und die Avantgarde der völkischen Organisationen seien. Aber wie gesagt: Es war nur voll von diesen

Knäppeln, nicht aber war es knäppelvoll. Und dennoch werden nicht alle der Besucher auf ihre Kosten gekommen sein, denn unerwartet pünktlich und überaus schnell passierte der Wagen Hindenburgs, dessen schwarzrotgoldenes Banner mit fürchterlichem Grimm von den wilden Leuten des Tiergartens beobachtet wurde, die schnurgerade Straße. Voraus fuhr ein Trupp von Motorrädern der Schutzpolizei und das Dienstauto des Polizeipräsidenten Friedensburg. Hindenburg, neben dem noch der Reichskanzler Luther Platz genommen hatte, reagierte nur wenig oder gar nicht auf die Größe seiner spalterbildenden Anhänger, die allerdings sein Kommen fast durchweg zu spät bemerkten. So wird manches treudeutsche Herz wieder einmal enttäuscht worden sein. Der Andrang, der bereits 47 Uhr in den Zelten und in den anderen Bierlokalen in der Nähe des Tiergartens herrschte, ist uns unter Beachtung der alkoholischen Eigenschaften des deutschen Nationalismus wohl verständlich; man wollte seinen Schmerz wegschwemmen.

### Ankunft in der Wilhelmstraße.

Am Brandenburger Tor waren von der Polizei sehr umfangreiche Abperrungen vorgenommen worden. Sowohl berittene Polizei als mehrere Hundertschaften der Fußmannschaft hatten den Sicherungsdienst übernommen. Es war etwa 10 Minuten nach 6 Uhr, als der Zug in der Ferne sichtbar wurde. Boran berittene Schutzpolizei. Hinterher folgten in einigem Abstand, jedoch in recht schneller Fahrt, die Wagen der Reichsregierung und des Reichspräsidenten. Das Publikum reagierte z. T. mit Beifallstimmungskundgebungen und Lächerlichkeiten, verhielt sich aber zum andern Teil auffallend reserviert. Auch war der Andrang des Publikums nicht sonderlich groß. Es hatten sich kaum 800 bis 1000 Menschen eingefunden. Die beiden Kraftwagen bogten in die Wilhelmstraße ein und machten vor dem Reichskanzlerpalais halt. Nicht vor diesem hatte sich die ausländische Presse postiert. U. a. bemerkte man Jules Sauerwein vom „Matin“. Sehr stark war auch die englische Presse vertreten. Kaum hatte der Wagen vor dem Garteneingang halt gemacht, als auch schon die Photographen in fieberhafte Tätigkeit traten. Der Reichspräsident saß neben dem Reichskanzler Dr. Luther. Er trug einen schwarzen Gehrock und sah ein wenig angegriffen aus. Ueber dem Köhler flatterte die schwarzrotgoldene Reichspräsidentenstandarte. Die Autos fuhren in den Garten, wo sich Reichspräsident von Hindenburg von dem Polizeipräsidenten Dr. Friedensburg, der die Fahrt vom Bahnhof Heerstraße aus mitgemacht hatte, mit einigen Dankesworten verabschiedete. Polizeipräsident Dr. Friedensburg trat darauf von dem Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Raupisch, begleitet, die Rückfahrt an. Auf dem Reichspräsidentenpalais wehte die schwarzrotgoldene Fahne der Republik als Hindenburg mit den Mitgliedern der Reichsregierung und seinem Schwiegersohn das Haus betrat. Als von einigen Leuten versucht wurde, vor dem Haus eine monarchistische Demonstration durch Ab-singen von Liedern zu veranstalten, fanden diese Versuche nicht den geringsten Resonanzboden und wurden im Keime erstickt.

### Zusammenstöße mit den Kommunisten.

Die Kommunisten hatten ihre Anhänger auf den Bülowplatz zusammengerufen, da die Kundgebungen im Westen der Stadt von der Polizei unterjagt waren. Nach Verlauf dieser Kundgebung, in der u. a. Scholem und Lorzgerer Ansprachen hielten, formierten sich mehrere Jüge, deren Teilnehmer geschlossen nach dem Westen der Stadt zu ziehen beabsichtigten. Die Polizei forderte die Kommunisten auf, sich zu zerstreuen, da wegen der sehr akuten Gefahr von Zusammenstößen mit heimkehrenden nationalistischen Verbänden die Umzüge der Kommunisten unterdrückt werden sollten. Da die Kommunisten sich weigerten auseinanderzugehen, machte die Polizei von ihren Gummitrübepistolen Gebrauch. Es kam z. T. zu recht erheblichen Zusammenstößen. Zu einem heftigen Zusammenstoß kam es am Magdeburger Platz, wo ein Zug von etwa 250 Kommunisten sich der Polizei entgegenstellte. Hier griff sogar die Feuerwehr ein, um die Vinsraditalen auseinander zu bringen. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Gegen 8 Uhr hatten sich auf dem Winterfeldplatz etwa 2500 Kommunisten, zum größeren Teil Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes, eingefunden. Es wurden

## Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

Aber das, was er von ihr verlangt, ist so gar nicht heldenhaft. Die Geringsfügigkeit, die Alltäglichkeit der Sache werden sie abstoßen; ihr Sinn für Humor wird sich dagegen aufheben. Kann man denn Christus und der Sache des Volkes nicht anders dienen, als wenn man in einem Armenviertel als kleiner Rechtsanwalt praktiziert? Und noch dazu als Rechtsanwalt, von allen Berufen gerade dieser! Ein Geschäft, das gar so sehr an den Schriftgelehrten und Phariseer gemahnt! Würde nicht das ganze Vorhaben in höhngeächter untergehen? Und hier, in Millsborough, wo ihn jeder kennt? Sie würden angestarrt, auf der Straße fotografiert, durch die ganze lokale Presse gezerzt werden; man wird ihnen auf der Straße Spottverse nachrufen. Sie werden zum Gegenstand der Bächerlichkeit für die Stadt werden, eine Last und Beschämung für Freunde und Bekannte. Und die Karriere des Sohnes, — alle Kameraden werden ihn verlassen. Korahs Verlobung wird zurückgehen; welcher Mann will die Tochter eines Narren heiraten? Hat es einen Sinn, wenn sich die Nachfolger Christi lächerlich machen?

Anthony hatte beschlossen, bei seinem Beruf zu bleiben, weil ihm dies als das einfachste erschien. Eine Zeitlang freilich hatte er daran gedacht, Mathew Wilcox in seiner Werkstatt zu helfen. Seine alte Geschäftlichkeit als Mechaniker war ihm nicht verloren gegangen; er würde nur etwas Übung brauchen. Die Arbeit hätte ihm Freude gemacht, das Schwingen des Hammers, das Sprühen der Funken, die Harmonie zwischen Hand und Gehirn. Die Schreibleisheit hatte ihn stets gelangweilt. Der Gedanke an die Werkstatt schien verlockend; dort würde er wieder dem kleinen Knaben begegnen, der er einmal selbst gewesen, und der Wanderpeter würde, auf dem Hocker sitzend, mit ihm plaudern. Aus dem Schatten wäre der Vater hervorgetreten, hätte mit ihm geschertzt. Und der starke gültige Mathew mit den verträumten Augen wäre ein lieber, hilfreicher Kamerad gewesen. Zusammen hätten sie den vorüberkommenden Schritten gelauscht. Und dorthin wäre vielleicht der Meister gekommen. Es hatte Anthony große Ueberwindung gekostet, diesen Wunsch aufzugeben. Aber er wollte ja das Praktische, das Rationelle verkünden. Wir können nicht alle Schloffer werden. Vermögen nicht alle große, helden-

hafte Taten zu vollbringen. Aber wir können, wo immer und in welchem Beruf auch immer, für das Gute wirken: diesen Gedanken will er verkünden. Er will den Menschen begreiflich machen, daß für alle das Christus-Leben möglich sei: für den Krämer, den Handwerker, den Arzt, den Arbeiter. Man arbeite wieder in seinem Beruf, tut jene Dinge, auf die man sich am besten versteht, wechselt nur den Arbeitgeber, nicht die Arbeit, nimmt anderen Lohn. Und diese Lehre will er gerade in Millsborough verkünden, weil er sich hier Gehör verschaffen kann. An keinem anderen Ort vermüchte er die gleiche Aufmerksamkeit zu erwecken. Und dies will er tun, er will sozusagen für seine Idee Reklame machen. Der Geschäftsmann in ihm bestand aus Millsborough; hier würde sein Schritt eine Zeitlang das allgemeine Gesprächsthema bilden. Die Leute würden darüber reden, debattieren, darüber nachdenken, wenn sie allein waren. In Millsborough hatte er Einfluss, hier durfte er hoffen, Anhänger zu finden. Seit zwanzig Jahren wurde er der Jugend dieser Stadt als Beispiel vorgehalten, als der Mann, der emporgekommen, der „vorwärts-gekommen“ war, der Mann, der alle Gaben erhalten hatte, die der Teufel jenen verspricht, die niederfallen und ihn anbeten: Reichtum, Ehre, Macht — die Königreiche der Erde. Er war der Typus des Helden von Millsborough; der geschickte, erfahrene, erfolgreiche Mensch, der Mensch, der immer ein gutes Geschäft machte, immer an die Spitze gelangte, der Mensch, der, was auch immer anderen zustieß, stets auf die Füße fiel. „Haltet euch an Anthony Strong'nth'arm“, das war in Millsborough fast zum Lehrsatz geworden. Mit diesem Mann muß man gehen, auf ihn muß man sein Geld setzen, auf den Mann, dem Gott bei seinen Unternehmungen beisteht. Er glaubte, die Leute reden zu hören, ihre runden, starrenden Augen zu sehen, und konnte ein Grinsen nicht unterdrücken. Anthony Strong'nth'arm schlägt den Adelsitel aus. Anthony Strong'nth'arm gibt den Direktorposten bei diesem oder jenem blühenden Unternehmen aus. Anthony Strong'nth'arm veräußert die hohe Dividenden abwerfenden Aktien von zwanzig soliden, einträglichen Betrieben, er gibt sein Bureau auf, schreibt an seine reichen Klienten einen höflichen Abschiedsbrief, besetzt ein kleines Haus in Bruton Square, dessen Miets in Jahre zweieinunddreißig Pfund ausmacht, nagelt an die Tür eine Tafel: „Anthony John Strong'nth'arm, Rechtsanwalt und Notar. Sprechstunden von zehn bis vier.“ Was soll das bedeuten? Der Mann ist kein Idiot. Was fällt ihm ein? Was

bezweckt er? Wenn er an Gott denkt, weshalb genügt ihm dann nicht die Kirche, oder die Dissidentenkapelle, oder auch der Papst, falls er nach Abwechslung verlangt? Will er denn eine igeiuelle Religion für sich allein? Oder beunruhigen ihn die Armen? Er würde ihnen mehr nützen, wolle er weiterhin Geld verdienen und ihnen zehn, zwanzig, ja fünfzig Prozent vom Reingewinn zukommen lassen. Wie ist das Ganze zu erklären? Was sagt er selbst, Anthony Strong'nth'arm, darüber?

Sie werden seine Worte hören müssen, wenn auch nur aus Neugierde. Dann wird der Ratich die Leute langweilen, das Gelächter verstummen. Doch das geht ihn nichts an. Er will helfen und erachtet dies für sich persönlich als die beste Art.

Anthony hatte nicht gemerkt, daß sich die Tür öffnete; Eleanor stand vor ihm. Sie zog sein Gesicht zu sich nieder und küßte ihn. „Ich danke dir“, flüsterte sie, „für einen der glücklichsten Tage meines Lebens.“

Er drückte sie einen Augenblick stumm an sich, vernahm das Pochen ihres Herzens.

„Ich muß dir etwas sagen“, sprach er. Sie legte ihm die Hand auf die Wippen. „Ich weiß es. Noch drei Minuten, dann kommst du sprechen.“

Sie standen umarmt, bis die alte französische Uhr auf dem Kamin leise schlagend die zwölfte Stunde verkündete. Dann löste sich Eleanor aus seinen Armen, setzte sich auf ihren Lieblingsplatz, blickte zu ihm auf und wartete.

18.

Er verlangte von ihr keine Antwort; sie versprach, sich die Sache zu überlegen. Vielleicht würde sie es auch mit Jim besprechen; Eleanor und ihr Sohn standen einander besonders nahe. Auch die Kinder mußten befragt werden. Anthony ließ ihr völlig freie Wahl; alles würde nach ihrem Beschluß geregelt werden. Er hatte nicht versucht, sie zu überreden, hoffte vielleicht, sie durch die Erklärung seiner Ansichten zu beeinflussen. Bis auf ein paar Fragen hatte sie stumm seinen Worten gelauscht. Beschämt, wie ein Mensch, der ein sündhaftes Geheimnis bekenn, sprach er zu ihr. Der Ton seiner Stimme, der Blick seiner Augen war ein unbewusstes Fiehn, sie möge mit ihm kommen. Aber ob sie ihm nun folgen werde oder nicht, er würde keinem Entschluß treu bleiben. Und das beharrte sie. (Fortsetzung folgt.)

von vier verschiedenen Stellen aus Ansprachen gehalten. Am den Weg waren 5 Postautos mit Polizei aufgestellt, um entl. Ausbreitungen zu verhindern.

**Straßenbahnleitungen am heutigen Tage.**

Entschieblich der Einführung des Reichspräsidenten am heutigen Dienstag, den 12. Mai ds. Js., werden die von der etwa 11 Uhr vormittags beginnenden Verkehrsperre betroffenen Linien in beiden Verkehrsrichtungen wie folgt umgeleitet:

Die Linien 1, 14, 15, 21, 23 und 25 über Prinz-Albrecht-Straße, Zimmerstraße, Charlottenstraße, Französische Straße, Lindentunnel, Dorotheenstraße, Weidendammbrücke, Friedrichstraße, Chausseestraße (Linien 14, 15 und 21 weiter über Invalidenstraße — Noabit, Linie 23 weiter über Chausseestraße — Weddingplatz); — die Linien 24, 31 und 37 über Potsdamer Straße, Potsdamer Platz, Leipziger Straße, Wauerstraße, Französische Straße, Lindentunnel, Weidendammbrücke, Friedrichstraße, Chausseestraße; — die Linien 13 und 113 ab Spittelmarkt über Leipziger Straße, Charlottenstraße, Französische Straße, Lindentunnel, Weidendammbrücke, Friedrichstraße, Chausseestraße, Invalidenstraße, Noabit. — Die Linien 75 und 78 verkehren zwischen Bahnhof Herestraße bezw. Rosener und Behrenstraße im Zuge der Linie 53.

Die Umleitungen erstrecken sich voraussichtlich bis in den Nachmittag hinein, sie werden durch die Verkehrspolizei aufgehoben.

**Frühe deutschnationaler „Erziehung“.**

In Nr. 265/266 berichtet wir, daß ein Schüler des staatlichen Prinz-Heinrich-Gymnasiums zu Schöneberg die Farben der deutschen Republik auf offener Straße zu verhöhnen sich erdreistete. Als er mit seiner zu einem Ausflug gerufenen Klasse am Wannseebahnhof Großgörschenstraße wartete, rief er einem vorübergehenden Republikaner beim Anblick des von ihm getragenen Reichsbannerabzeichens zu: „Schwarz-Rot-Rösch!“

Zu dieser Mitteilung und zu den von uns daran geknüpften Bemerkungen schied uns der Leiter des Prinz-Heinrich-Gymnasiums, Oberstudienrat Sorof, eine seltsame Erwiderung. Daß ein Junge seiner Ansicht jene Freuekerung getan hat, muß er bestreiten. Aber er bestreitet, daß der Lehrer, der bei dem Vorfall nach nicht selber zugegen gewesen sei, dem sich beschwerenden Herrn auf sein Verlangen, den Jungen zurechtzuweisen, geantwortet habe, darin brauche er sich nichts vorzuschreiben zu lassen. Der Lehrer habe abgesehen, sich auf offener Straße vom Publikum zur Verantwortung ziehen zu lassen. Mit welchen Worten er das getan hat, sagt der Brief nicht. Die von uns wiedergegebene Darstellung, die unser Gewährsmann übrigens aufrecht erhält, paßt unserm Erachtens durchaus zu dem Wunsch des Lehrers, dem Publikum das Recht der Einmischung zu bestreiten. Der Junge sei, schreibt Oberstudienrat Sorof, auf der Stelle verworren worden, und er habe nachträglich noch eine Stunde Arrest erhalten. In dem Brief steht nichts darüber, ob der Lehrer dem sich beschwerenden Herrn mitgeteilt hat, daß der Junge, wie behauptet wird, sofort verworren worden sei. Selbst die kleine Benugung, von dieser „Verwarnung“ in Kenntnis gesetzt zu werden, ist dem Herrn, der (nebenbei bemerkt) Kriegsbeschädigter ist und noch jetzt unter den Folgen seiner Verwundung leidet, verlagert worden. Der Brief behauptet auch, der Beleidigte habe dem Jungen ein paar Ohrfeigen gegeben. Dieser Nebenstand ist für das Verhalten des Lehrers belanglos, denn der erzählt, wie der Brief angibt, erst nachträglich davon. „Aufschließend“ findet es Herr Direktor Sorof, daß wir die behauptete Ohrfeigenverabreichung, die er uns jetzt meldet, nicht erwähnt haben.

Sollen wir ihm sagen, was uns auffällt? Wir wundern uns, daß er über das Verhalten des Jungen sich in so milden Ausdrücken äußert. Er spricht nur von einer „ungehörigen Verwundung“, von einem „gewiß nicht zu billigen Benehmen“, von „Entsetzungen“. Abwehrend sagt er, daß „derartige Ungezogenheiten auch bei Schülern schwarzrotgoldener Einstellung vorkommen“. Schließlich dreht er sogar den schwarzen Spiegel um und sagt, daß die Schulpolitik der Republik an solchen Dingen schuld sei. Er schreibt: „Mit Ihnen bedauert auch unsere Schule lebhaft die Hineinzerren der Schulpolitik in die politischen Kämpfe der Erwachsenen“. Wer aber die Entwicklung der Schulpolitik seit dem 9. November 1918 kennt und sich die Fähigkeit, objektiv zu urteilen, erhalten hat, weiß ganz genau, daß wir diese Hineinzerren nicht den „Schwarz-Weiß-Noten“ zu verdanken haben, sondern der am 9. November inaugurierten Schulpolitik überhaupt und deren unausbleiblichen Nachwirkungen.“ Das weiß der Herr Oberstudienrat „ganz genau“! Weniger „genau“ scheint er zu wissen, ob ein Klassenunfall als Teil des Schulbetriebes anzusehen ist, so daß — wie wir betonen — es den Jungen verboten wäre, sich dabei mit schwarzweißroten Abzeichen zu „schmücken“. Er geht auf diese Streitfrage, die für uns gar keine Streitfrage ist, mit seiner Silbe ein, sondern beschränkt sich auf das Eingeständnis, daß „nur einige“ Jungen solche Abzeichen getragen haben. Da er dem Lehrer bezeugt, es sei falsch, zu behaupten, daß er „sich sonst irgendwie inoffiziell benommen habe“, so rechnet der Herr Oberstudienrat wohl die Duldung solcher Abzeichen nicht zu den „Autoritäten“.

**Die Feuerwache für Deutschnationale.**

Deutschnationale, geküßt auf die Sportgruppe Grünwald-Schmargendorf der „Olympia“, veranstaltete am Sonnabend für Hindenburg einen Fackelzug. Er endete auf dem Hof der Feuerwache Grünwald, wo Ansprachen gehalten und wieder darunter das unermessliche „Wir treten zum Beten“ gesungen wurde. Da angeblich tausend Personen an dem Fackelzug teilgenommen haben sollen, so kann man sich denken, wie der Hof fest war. Durch ihn müssen die zur Brandstelle ausrückenden Fahrzeuge ihren Weg nehmen, so daß bei plötzlichem Feueralarm die Schlagfertigkeit der Feuerwehr durch die verformte Menge sehr beeinträchtigt werden würde. In den Kreisen der Feuerwehrleute wird die Hergabe des Hofes für die Demonstration der Deutschnationalen auch deshalb als eine Ungehörigkeit empfunden, weil die Feuerwehr als eine Einrichtung zum Wohle der Gesamtheit sich völlig neutral halten muß und ihre Grundstücke nicht zu parteipolitischen Kundgebungen mißbrauchen lassen darf. Die Feuerwehrleute, die zu der Zeit im Dienst waren und daher das Grundstück nicht verlassen durften, waren gezwungen, unfreiwillig Zeugen dieser Kundgebung zu sein. Man verlangte sogar Hergabe von Dienstfackeln, aber dieses dreiste Ansinnen wurde selbstverständlich zurückgewiesen. Erzählt wird, daß zu der Benutzung des Hofes der Leiter des Feuerbezirks seine Zustimmung gegeben habe. Wir können das nicht recht glauben, aber ganz ohne Erlaubnis irgendeiner seitens der Personalität werden die deutschnationalen Sportleute ja wohl nicht den Hof der Feuerwehr in Anspruch genommen haben. Wir erwarten, daß die zuständige Stelle sehr nachdrücklich gegen diesen Mißbrauch einschreitet.

Ein Vergnügen des Reitervereins in Glindow, das am Sonntag stattfand, hat infolge eines Zusammenstoßes mit den Kommunisten, die den letzten Teil des Reiterzuges umgingt und überfallen hatten, einen blutigen Abbruch gefunden. Weit über 100 Mann hatten jede Reiter vom Juge abgelenkt und mit Stöcken auf sie eingeschlagen. Die Landfahrer ritten der aufgeregten Menge entgegen, um die sechs Mitglieder des Reitervereins zu befreien. Infolge des Widerstandes zogen sie blut und die Beamten hielten mit blanker Waffe auf die Kommunisten ein, von denen drei mit erheblichen Verletzungen am Platze liegen blieben. Ueber den Vorfall ist sofort eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.

Blindenarbeiten. In der Städtischen Blindenanstalt in Berlin SO, Oranienstraße 26, sind von den dort beschäftigten Blinden auch in diesem Jahre für die Reizeit Hängematten aus besten Hochstoffen gefertigt worden, die in der genannten Anstalt verfertigt

worden sind und 2 bis 5 Uhr in großer Auswahl zum Verkauf stehen. — Zu jeder gewinschten Auskunft ist die Geschäftsleitung stets bereit. Anruf: No. 265 und No. 972.

**Gequälte Kinder.**

**Bringt graujame Erzieher zur Anzeige.**

Das Jugendamt der Stadt Berlin teilt mit: Oft wird von den Quälen berichtet, die unglückliche Kinder von ihren Eltern zu erdulden haben und, was man nicht für möglich halten sollte, diese Totlachen waren bei Nachbarn und anderen Hausbewohnern bereits seit längerer Zeit bekannt, ohne daß etwas geschah. Die meisten Menschen scheuen die Mühe der Meldung und noch mehr die Unannehmlichkeiten, die ihnen selbst daraus erwachsen könnten; sie bedenken aber nicht, was für Folgen das Kind zu tragen hat. So wurde während von einem zwölfjährigen Mädchen gemeldet, das an einem Sonnabend nach sorgfältigen Mißhandlungen durch den Vater bei Nachbarn Schutz gesucht und gefunden hatte, dann aber wieder nach Haus gelassen wurde, wo es weiter mit Spazierstock und Hundepöttele bearbeitet wurde. Erst am Montag wurde das Kind endlich mit schweren Verletzungen am ganzen Körper dem Jugendamt zugeführt. Die Mühe der Meldung ist wirklich nicht so groß. Man wende sich in vorkommenden Fällen sofort — auch telefonisch — an das zuständige Jugendamt, dessen Adresse jeder Polizeibeamte angeben kann, auch der Verein zum Schutz der Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung, Poststraße 13, nimmt sich solcher Fälle an. Auf Wunsch kann die Geheimhaltung des Namens des Anzeigenden erfolgen. Es darf nicht gesehen, daß ein Kind auch nur eine Stunde länger, nachdem die Tatsache einer Mißhandlung festgestellt worden ist, ohne Schutz bleibt.

Bannerweihe in Budow. Das Fest der Bannerweihe wird die Kameradschaft Budow (Märkische Schweiz) des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am 23. und 24. Mai begehen. Die Kameradschaft, die hier auf hartem Pflaster gegen die schwarzweißroten Verbände steht, hat alles vorbereitet, um die einzelnen Berliner Kameradschaften zu empfangen. So findet am Sonnabend, den 23. Mai, in später Abendstunde ein Fackelzug statt. Ein gemütliches Beisammensein, ausgefüllt mit ernstem und heiterem Darbringen, schließt sich dem an. Sonntag mittags wird das reizend gelegene Budow einen mächtigen Aufmarsch der republikanischen Schutzorganisation erleben. Um 1 Uhr mittags geht die Bannerweihe vor sich. Franz von Püttlamer hält die Weisrede. Die Kameradschaften, die sich zur Teilnahme bis jetzt noch nicht gemeldet haben, werden gebeten, die Zahl der Teilnehmer dem Kameraden Gottfried Schreier, RD. 43, Gollnowstr. 30, sofort mitzuteilen.

**3. Rassen-Segelflug-Wettbewerb.**

Köflitz, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Grenzleistung von Fuchs-Darmstadt mit seinem Dauersegelflug von 7 Stunden 45 Minuten auf der „Alte Dessauer“ konnte am 7. Mai Mariens auf „Worik“ einen neuen weiteren Erfolg für Köflitz beifügen. Mariens umflog viermal 2 ausgelegte Wendemarken — mußte dabei mit seinem Segelflugzeug — also ohne Hilfsmotor — ein völlig windleeres Loch von etwa 2 km Länge auf diesem Wege bei Willkopp zwischen zwei Bergen überwinden. 33 km Entfernung konnten ihm zugeschrieben werden. Somit haben wiederum Fuchs als Dauerflieger und Mariens als Streckensegelflieger ihre Weiserschaft bewiesen, zumal Fuchs auf „Konul“ am 7. Mai erneut 2 Stunden 51 Min. 15 Sek. segelte, bis ihn völlige Windstille zum Landen zwang.

Schweinfurt, 11. Mai. (M. A. Z.) Das hiesige Schwurgericht verurteilte den ledigen 19jährigen Kaufmannsohn Karl Schwarz aus Gerolshofen zum Tode. Schwarz hat am 22. Februar die bei seinen Eltern im Dienst stehende 17jährige Wilhelmine Schleich, die von ihm seit sieben Monaten gequält worden war, ermordet.

**Parteinachrichten für Groß-Berlin**

Einzelne für die Partei sind: 1. So. 2. Treu. rechts, zu richten.

12. Kreis Schöneberg, Marienbad, Westliche, Südliche, Mittel, den 12. Mai. 7 Uhr, Parteiverammlung in Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.

**Heute, Dienstag, den 12. Mai:**

- 1. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 2. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 3. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 4. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 5. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 6. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 7. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 8. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 9. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 10. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 11. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 12. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 13. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 14. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 15. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 16. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 17. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 18. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 19. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 20. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 21. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 22. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 23. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 24. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 25. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 26. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 27. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 28. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 29. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 30. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 31. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 32. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 33. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 34. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 35. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 36. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 37. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 38. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 39. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 40. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 41. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 42. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 43. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 44. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 45. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 46. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 47. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 48. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 49. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 50. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 51. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 52. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 53. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 54. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 55. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 56. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 57. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 58. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 59. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 60. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 61. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 62. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 63. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 64. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 65. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 66. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 67. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 68. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 69. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 70. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 71. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 72. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 73. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 74. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 75. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 76. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 77. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 78. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 79. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 80. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 81. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 82. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 83. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 84. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 85. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 86. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 87. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 88. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 89. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 90. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 91. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 92. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 93. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 94. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 95. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 96. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 97. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 98. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 99. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 100. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 101. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 102. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 103. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 104. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 105. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 106. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 107. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 108. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 109. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 110. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 111. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 112. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 113. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 114. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 115. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 116. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 117. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 118. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 119. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 120. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 121. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 122. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 123. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 124. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 125. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 126. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 127. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 128. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 129. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 130. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 131. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 132. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 133. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 134. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 135. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 136. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 137. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 138. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 139. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 140. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 141. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 142. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 143. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 144. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 145. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 146. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 147. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 148. 7 Uhr bei Niderl. Gasmehlmühl. 149. 7 Uhr im Jugendheim Dorfstr. 10. 150. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.

11. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.

- 1. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 2. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 3. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 4. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 5. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 6. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 7. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 8. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 9. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 10. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 11. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 12. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 13. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 14. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 15. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 16. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 17. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 18. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 19. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 20. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 21. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 22. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 23. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 24. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 25. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 26. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 27. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Tempelhof trifft sich um 8 Uhr am Reichsgericht zur Besichtigung der Demarbeitsstellen.
- 28. 7 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Ensemble, Germanische, Friedrichs-Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Wille-Brandt durch den Oberbürgermeister und Begrüßung durch unsere Genossen. Arbeits



**Leiterwagen**  
u. alle ander. Transporter  
liefert



billigst.  
Großer Vorrat.  
Georg Wagner  
Köpenicker Str. 71.  
Tele. Lohmühl.  
Keine Schaukästen.  
Reklame, für wesentlich  
billigere Preise



**Knorr**

## Hahn-Makkaroni Hahn-Spaghetti

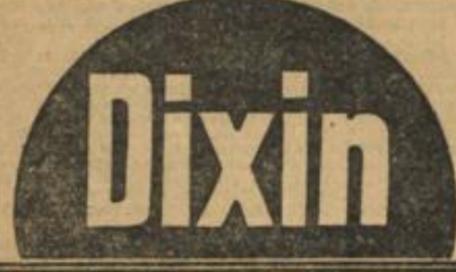
aus bestem Hartgrieß hergestellt.  
Die Fabrikation geschieht nach modernstem Verfahren  
und unter Wahrung hygienischer Grundsätze, deshalb  
der ausländischen Ware vorzuziehen.  
Hoher Eiweißgehalt, deshalb nahrhaft u. wohlschmeckend.  
Außerordentlich ergiebig im Kochen, dadurch billig im  
Verbrauch

**Hosen-Anders**  
Beusselstraße 25

**Geflügelfutter**  
billigst abzugeben  
Kekert, Spreestr. 43

## Marken-Zigaretten

kaufen Sie am billigsten  
Berlin, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, 1 Treppe



Das dankbare Seifenpulver

Größte Ergiebigkeit und  
hervorragende Waschwirkung!  
Dixin ist für jedes  
Waschverfahren geeignet.  
Besonders vorteilhaft für  
Maschinenwäsche zu verwenden!

Ohne Chlor.

Unserem Onkel Hermann  
Müller nebst Frau, Vermögensberater  
Straße 9, die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.  
Die Genannten u. Genossen  
der 21. Abteilung.

**Bekanntmachung**  
Die Aktienbeiträge sind mit Wirkung  
vom 1. Mai d. J. von 7% auf 6,5%  
ermäßigt worden.  
Der Beitrag zur Erneuerung der Aktien  
wurde durch Beschluß des Aufsichtsrates  
am 1. Mai d. J. von 1/4% auf  
1% erhöht.  
Der Restbetrag  
Mag Knapp, Vorsitzender.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Donnerstag, den 14. Mai, abends  
8 Uhr, im „Dresdener Garten“,  
Dresdener Straße 45:

**Branchenversammlung**  
aller in den Schwarzblech-  
schlossereien beschäftigten Kollegen.  
Tagesordnung: 1. Stellungnahme  
zum Tarifvertrag 2. Branchenanliegen  
3. Beihilfen.  
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung  
muß jeder Kollege anwesend sein.

**Schwarzblech-, Eisenmöbel- und  
Möbelfabrikbetriebe - Schlosser!**  
Die Funktionärskonferenz findet am  
Donnerstag, den 14. Mai, nicht statt.

**Achtung! Gefunden Achtung!**  
Ein Paar Starthandschuhe sind  
in der Metallarbeiter-Versammlung der Metall-  
arbeiter im Ballhaus-Theater gefunden worden.  
Abzuholen im Verbandsbüreau, Hirt-  
straße 53/55, in der Zeit von 9 bis 7 Uhr  
im Zimmer 4.  
Die Ortsverwaltung.

**Erfolg**  
haben Inserate im  
**Vorwärts**

**Zähne**  
von 2 Markt an  
vorzüglich.  
Gebiß-Repaturen in 3 Stunden.  
Stützkrone & Kronen von 3 Markt an.  
Zahnziehen mit Betäubung.  
Schonendes Plombieren von 1 Markt an.  
Günstige Zahlungsbedingung. Garantie.  
Sonntags 9-7 Uhr, Sonntag 9-12 Uhr.  
**M. Müller**, 17 Ritterstraße 17  
nahe Brunnentempel.  
**Metallbetten**  
Stahlmattens-, Kinderbetten etc. an Priv.  
Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhi Thür.

**Achtung!**  
**Pfingst-Angebot!**  
**3 Ausnahme-Tage**

Heute bis inkl. Donnerstag, den 14. Mai  
**Ohne Anzahlung**  
Liefere ich an Beamte aller Behörden u. Privat-  
gesellschaften sowie an festbesoldete Kopf-  
u. Handarbeiter, die nachweislich schon längere  
Zeit in fester Stellung bzw. Arbeit stehen  
**Gardinen**  
Stores, Bettdecken, Madrasgarnituren,  
Tischdecken, Uebergardinen  
ferner Tischdecken, Diwanddecken, Bettvorleger  
in guten Qualitäten, in neuesten Mustern.  
Die Kaufsumme kann in bequemen Wochen- oder Monats-  
raten getilgt werden dem Einkommen des Käufers angepaßt.

**Heinrich Georg**  
Neue Schönhauser Str. 9, 1 Tr., im Hause der  
Witelin-Filiale  
Schöneberg, Hauptstr. 157, 1 Tr., nahe dem  
Grünwaldstr.  
Zwecks schnellerer Abfertigung wird gebeten, genügende  
Legitimationspapiere mitzubringen.  
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

**Gardinen**  
Sonderangebote &  
Gelegenheitskäufe  
in Resten  
Stores, Bettdecken  
Madras- und  
Küchengeräte.  
Special-Gardinenverkauf  
Heckhille, Bergstr. 67  
am Ringbahnhof.

**Betten-Reinigung**  
Aufarbeiten der Federn  
Waschen der Inlette  
Abholung u. Zustellung  
in Groß-Berlin kostenfrei  
Tel.: Moritzpl. 285, 286, 288.

**Bettfedern-Fabrik**  
**Gustav Lustig**  
Friedrichstraße 100  
Telefon 2100

# Spalio!



Hier ist die zweite  
unserer Dienstage-  
Anzeigen. Unsere  
erste hat eine un-  
geahnte Nachfrage  
wachgerufen.  
Kein Wunder! Denn  
was wir boten, war et-  
was ganz Ungewöhn-  
liches, genau wie un-  
ser heutiges Angebot  
und die folgenden, die  
wir an jedem Dien-  
stag bringen werden.

**Mai**  
**12**  
**Dienstag**  
Flott u. praktisch  
das typische Strapazier-  
Kostüm, ganz so wie Sie es  
brauchen und schon lange suchen,  
für Stadt und Reise. Modernes  
Sakkoform; reicher Treppen-  
besatz; prima Cheviot;  
Jacke ganz auf Futter  
**15<sup>00</sup>**

**Kostüme**  
Fantasie  
Jacke gefüttert ab **9<sup>75</sup>**  
Cheviot ab **12<sup>50</sup>**  
Gabard. ab **25<sup>00</sup>**  
Ripsware ab **35<sup>00</sup>**  
Imprägniert.  
Wollstoff ab **35<sup>00</sup>**  
Mouliné ab **42<sup>50</sup>**  
Complets ab **29<sup>75</sup>**  
Complets  
aus Ripsware ab **37<sup>50</sup>**

**Königstraße 33**  
Am Bahnhof Alexanderpl.  
**Chausseestr. 113**  
Beim Stettiner Bahnhof



Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

**Zwei**  
**Ausnahme**  
**Angebote**  
Soweit Vorrat!  
Auch für stärkste Figuren!  
Nur beste Qualitäten!  
Keine Reklame- oder Dutzendwaren!

Ottomane und Felderanzug (Modelle)	153,-	110,-	88,-	49,-
Kostüm, Rippe, Etoile, Mouliné	108,-	82,-	61,-	45,-
Kompletts, Mouliné, Ottomane	145,-	150,-	88,-	81,-
Gummimantel für Herren und Damen, zum Ausschicken	25,-			
Imprägnierter Mantel	18,-			
Sommerkleider, Volla, strickende Farb- u. Formen	52,-	40,-	27,-	18,-

Wie wieder so billig! **Kaufen Sie jetzt!** Wie wieder so billig!  
Fellmantele jetzt 85,- **Felljacken** jetzt 150,-  
Fellmantele jetzt 350,- **Krimmer- & Astrachanmäntel** 55,- 55,-

**Westmann**  
1. Geschäft: Berlin, Mohrenstr. 37a.  
2. Geschäft: Berlin, Gr. Frankfurter Str. 115.

**Heinrich Georg**  
Neue Schönhauser Str. 9, 1 Tr., im Hause der  
Witelin-Filiale  
Schöneberg, Hauptstr. 157, 1 Tr., nahe dem  
Grünwaldstr.  
Zwecks schnellerer Abfertigung wird gebeten, genügende  
Legitimationspapiere mitzubringen.  
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

**Gardinen**  
Sonderangebote &  
Gelegenheitskäufe  
in Resten  
Stores, Bettdecken  
Madras- und  
Küchengeräte.  
Special-Gardinenverkauf  
Heckhille, Bergstr. 67  
am Ringbahnhof.

**WESTERLAND**  
auf **SYLT** Nordseebad  
von unerreichter Heilkraft.  
Gewaltige Meeresbrandung.  
Man verlange Prospekte in den  
Reisebüros oder von  
der Stadt-Badverwaltung.

**Betten-Reinigung**  
Aufarbeiten der Federn  
Waschen der Inlette  
Abholung u. Zustellung  
in Groß-Berlin kostenfrei  
Tel.: Moritzpl. 285, 286, 288.

**Bettfedern-Fabrik**  
**Gustav Lustig**  
Friedrichstraße 100  
Telefon 2100

**Engros-Firma**  
verkauft Woll-, Sommer- und Seiden-  
stoffe, sowie fertige Kleider mit unter-  
Reihen- und Verbilligungspreisen.  
**Außerordentlich**  
**billiger Gelegenheitskauf!**  
Eindringstr. 68, Ecke Jerusalemstr. 1,  
portierlos. — Geöffnet von 10 bis 1/2 12 Uhr

**Ad. Zimmermann**  
Fernruf 83 Stglitz Fernruf 83  
Lindenstraße 40 und am Wanneseel.  
Fahrräder - Kinderwagen  
Ersatzteile - Reparaturen

**Marken-Zigaretten**  
kaufen Sie am billigsten  
Mi Ta Fa, Tegeler Straße 42.

Ziehung 15. und 16. Mai  
**OSTPREUSSEN**  
**GELD-LOTTERIE**  
210 182 Loos, 6584 Gew. 1 Gesamtbeitrag von R.-M.  
**2000000**  
**500000**  
**300000**  
**200000**  
**100000**  
Hauptgewinne  
u.v.w. u.v.w.  
**Lose zu 3,- RM.** (Postgebühr u. Liste 30 Pf.)  
erhältlich bei d. Staats-Lotterie-Einnahmern  
und allen Lotteriegeschäften.  
Staatl. Lotterie-Einnahmer  
**KRÖGER Berlin WS**  
Friedrichstraße 176/178.  
Postfach-Konto Berlin 21 040.

# Der Wirtschaftsetat im Reichstag.

Kohlewirtschaft. — Produktionsstatistik. — Heimarbeit. — Internationales Arbeitsamt.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. Die Regierungsetats sind leer.

Das Gesetz über den Beitritt Deutschlands zum Spitzbergenervertrag wird dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Das internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr wird angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung des Haushaltsplans des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt, und zwar bei der Kohlewirtschaft.

### Abg. Limberg (Soz.):

Zu derselben Zeit, in der sich der deutsche Kohlenbergbau in einer schwierigen Lage befindet, verlangt der schwerindustrielle Wirtschaftsdienst die Wiederherstellung der Vorkriegsarbeit. Ich mache das Reichswirtschaftsministerium auf das Gefährliche dieser Bestrebungen aufmerksam. Es ist festgestellt, daß die Förderleistung die Friedenshöhe erreicht, zum Teil überschritten hat. Die Förderung der Schwerindustriellen muß den Widerstand der gesamten Arbeiterschaft hervorrufen. Wir fordern vom Reichswirtschaftsministerium, daß es dagegen Stellung nimmt, wenn das Interesse der Arbeiterschaft so angegriffen wird wie es hier geschieht. Der Redner wendet sich dann der Lage im Kaliberbergbau zu. Die Verhältnisse in der deutschen Kaliberproduktion sind ein Beweis dafür, daß die Produktionskräfte der kapitalistischen Wirtschaft über den Kopf wachsen. An einzelnen Zahlen weist der Redner nach, wie stark die Förderung von Kali gesiegen und in welcher unrationeller Weise die Vermehrung der Produktion vorgenommen wurde. Im Gebiet von Hannover arbeiten von 70 Schächten nur 34, in Celle von 57 nur 17, in Halle von 31 nur 9, in Südhannover von 37 Schächten 16, im Werratal von 28 Schächten 13. Die im Kaliberbergbau bestehenden Mißstände haben die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt, in einem Antrag eine andere Fassung der Bestimmung des Kaliliegens zu fordern. Insbesondere muß die Entschädigung an die Arbeiter besser geregelt werden. Es ist festgestellt, daß als Grund für die Entlassung von Arbeitern nicht Übertragung der Beteiligungszyklen angegeben, sondern andere Gründe angeführt wurden. Aus formellen Gründen sind dann die Arbeiter vom Schiedsgericht abgemiesen worden. Wir fordern, daß die Entschädigung bis auf 52 Wochen ausgedehnt wird. Bei den Gewinnen, die bei der Übertragung der Beteiligung erzielt werden, ist das wohl möglich. Eine weitere Forderung wünschen wir in der Ermittlung des Gehalts- oder Lohnzahlungstages, und zwar muß dabei die Festsetzung der Entschädigung als Termin gelten.

Im Kaliberbergbau ist an sich die Entschädigung anerkannt, sie muß aber auch auf eine entsprechende Höhe gebracht werden. Wir fordern eine Mehrentschädigung auch für die Arbeiter, die zu weit von ihrem Wohnort entfernt arbeiten müssen und eine Verlängerung der Rückwirkung der Entschädigung auf zwei Jahre. Über die Entschädigungsansprüche muß das Schiedsgericht endgültig entscheiden, der Rechtsweg soll dabei ausgeschlossen sein. Bei den hohen Gewinnen, die die Kalilindustrie erzielt, ist sie wohl in der Lage, unseren Forderungen zu entsprechen. Wenn unsere Verträge, die Bestimmungen des Gesetzes zu verbessern, scheitern sollten, so werden wir es uns überlegen, ob wir nicht eine Forderung dahin stellen sollen, daß auf der einen Seite mühelose Gewinne bei Übertragung der Beteiligungszyklen erzielt werden, während auf der anderen Seite die Arbeiter unzureichend entschädigt werden.

Das Reichswirtschaftsministerium muß mehr mit den Arbeitgeberorganisationen in Verbindung treten, um deren Auffassungen besser kennen zu lernen. Es muß endlich mit dem „herr-im-haus-Standpunkt“ ein Ende gemacht werden. Entsprechend seiner Bedeutung im Produktionsprozess muß der arbeitende Mensch gewürdigt werden. Der alte Oberleitungsstaat, der die Mitarbeit der arbeitenden Klassen verhinderte, ist beseitigt, dafür machen sich aber Bestrebungen breit, die ähnlich auf wirtschaftlichem Gebiet durchzuführen wollen. In dieser Hinsicht verdienen die Bestrebungen der Unternehmer, die Arbeitszeit weiter zu verlängern, das ernsthafteste Interesse. Keine Ausführungen sollen eine Warnung in dieser Richtung sein. Wir erwarten, daß unsere Anträge angenommen werden. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Brüning (Z.) erklärt für seine Fraktion, daß kein Industriegewerkschaftsstreik so leicht, wie der Kohlenbergbau. Der Fördermangel der Jahre 1923 und 1924 ist überwunden worden, dagegen steht jetzt der Abstieg. Die Stillelegungen sind zum Teil nicht in dem kaufmännisch günstigsten Zeitpunkt erfolgt. Die Ausdehnung der Arbeitszeit ist zu lange durchgeführt worden, daher ist es gekommen, daß die Braunkohle jetzt der Steinkohle an der Ruhr Konkurrenz machen kann. Wir weisen auf das Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit hin. Die Stillelegungen bedeuten neben der entfallenden Arbeitslosigkeit zugleich einen dauernden Verlust von Anlagekapital. Wir stehen deshalb dem sozialdemokratischen Antrag wegen Entschädigung der Arbeiter der Kalilwerke freundlich gegenüber. Im Neuroder und Baldenburger Revier sind die sozialen Zustände geradezu unerträglich, verschärft durch ein unvernünftiges Verhalten der Zechenleitungen und der preussischen Behörden.

Abg. Koenen (Komm.): Immer wieder haben wir die Klagen von den hungernden Weibern in Badenburg bekommen. Die Kohlenleiste im Ruhrgebiet nimmt jetzt denselben katastrophalen Charakter an, wie die in Badenburg. Der Lohnausfall der Bergarbeiter wird schon auf 4 1/2 Millionen Mark in einem Monat geschätzt. Erst Überarbeit und Überproduktion, jetzt Förderungseinschränkung und Arbeitslosigkeit. Das sind die Folgen der Parole, daß Deutschland nur durch Mehrarbeit wieder hochkommen könne. Daß der frühere Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt mitschuldige ist an dem Geschehen von 715 Millionen an die Ruhrindustriellen und daß auch die übrigen damaligen sozialdemokratischen Minister dieser Entschädigung zugestimmt haben, halte ich trotz des Widerspruchs des Herrn Schmidt aufrecht.

Abg. Robert Schmidt-Berlin (Soz.) bestreitet in persönlicher Bemerkung nochmals die Behauptungen des Abg. Koenen in bezug auf die Stellungnahme der sozialdemokratischen Minister.

Abg. Koenen (Komm.) bleibt seinerseits bei seinen Behauptungen. Minister Schmidt habe im Ausschuss gegen die Bewilligung von Krediten an kleine Gewerbetreibende gestimmt, und da mache er hier freche Bemerkungen. (Präsident Löbe ruft den Redner zur Ordnung.)

Abg. Simon-Franken (Soz.) spricht darauf zu dem Kapitel Statistisches Reichsamt.

Er erklärt, wenn man heute die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft schätzen wolle, stehe man vor verschlossenen Türen. Unsere Statistik der Produktion sei sehr mangelhaft; es fehlten dabei so wichtige Produktionszweige wie die Maschinenindustrie, das Holzgewerbe, die Schuhindustrie usw.; und aus der Textilindustrie habe man nur einen kleinen Ausschnitt in die Statistik genommen. Der Redner bemängelt ferner die Berechnungsarten des Statistischen Amtes in bezug auf die Preisbildung. Notwendig sei besonders eine genaue Schätzung des Volkseinkommens und Volksevermögens im Interesse der Steuerbelastung. Eine Vermögenssteuer, Umsatz- und Erbschaftsteuerstatistik müßten ebenso eingerichtet werden, wie eine Geldverkehrs- und eine ausländische Finanz- und Steuerstatistik. Infolge mancher Fehlerquellen habe das Statistische Reichsamt es vermissen lassen, eine einwandfreie

Grundlage für seine Arbeiten zu schaffen. Es hätten sich manche Erschütterungen des deutschen Wirtschaftslebens vermeiden lassen, wenn vom Statistischen Amte nicht mit falschem Zahlenmaterial gearbeitet worden wäre.

Abg. Frau Behm (Dnat.) verbreitet sich über Fragen der Heimarbeit. Eine Besserung der Löhne der Heimarbeiterinnen sei erstrebenswert, denn durch eine gesunde Arbeitskraft werde auch gute Arbeit geleistet. Und das liege nicht zum mindesten im Lebensinteresse des deutschen Volkes. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Simon-Franken (Soz.) streift ebenfalls kurz die Frage der Heimarbeit und wendet sich gegen einzelne Ausführungen der Rednerin. Er erklärt, es müsse darauf hingewirkt werden, einen unerpriechlichen Konkurrenzkampf zwischen Heim- und Fabrikarbeiterinnen zu verhindern.

Einer Anregung der Abg. Frau Behm (Dnat.) entsprechend teilt Präsident Löbe darauf mit, daß den Mitgliedern des Reichstags Gelegenheit gegeben sei, am Donnerstag und Freitag die Berliner Heimarbeitsausstellung zu besichtigen.

### Abg. Krähig (Soz.)

begründet die Anträge seiner Partei auf Vorlegung eines Beschlusses, durch den die Errichtung eines Kartellregisters angeordnet wird und ein dem Gemeinwohl des Volkes dienendes unabhängiges Kartellamt eingesetzt wird zur Überwachung der Kartelle, Syndikate und Trusts, sowie auf Durchführung einer jährlichen Enquete über die Zahl und das Geschäftsgebahren der Kartelle, wofür 50 000 M. in den Etat eingestellt werden sollen. Redner kritisiert die Übergriffe der Kartelle, insbesondere die Zurücksetzung der Genossenschaften und deren Überverteilung durch die Kartelle, die den Genossenschaften Wucherpreise berechnen und die Großhändler bevorzugen. Man wolle zur Gesundung der Wirtschaft möglichst Verläufe vermeiden, aber nirgends gebe es mehr Leerlauf als im Handel und der Warenvermittlung zwischen Produzenten und Konsumenten. Bei manchen Waren koste die Vermittlung mehr als die Produktion. Die Vermittlung zwischen Produktion und Konsumtion muß möglichst verbilligt werden. Die Kartellverordnung nützt nichts.

Im Reichsverband der Deutschen Industrie hat man den Bod zum Gärtner gemacht; er führt die Einigungsstellen für Streitigkeiten lediglich zugunsten der Industrie, aber nicht zum Schutze der Konsumenten. Das Reichswirtschaftsministerium unterstützt noch die Monopolstellung der Kartelle, es hat z. B. eine Bauhütte auf den Bezug von Materialien aus dem Ausland, „wenn auch zu höheren Preisen“, hingewiesen, wenn sie sie von einem Kartell nicht bekommen könne. Auch beim Kohlenbezug herrscht eine ganz irrationelle Wirtschaft. Das Kohlen Syndikat reißt den Kohlenhandel an sich, um seine Monopolstellung zu verstärken. Das Reichswirtschaftsministerium hat aber noch keine Zeit gefunden, sich mit den Kartellanswüchsen zu beschäftigen.

Der Reichstag muß deshalb für die Errichtung eines unabhängigen Kartellamts sorgen.

Der Reichsverband der Industrie sucht systematisch unter Beiseite-lassung der Kartellverordnung durch Exklusivverträge auf Umwegen eine Sperre gegen die Abnehmer einzurichten.

Der Antrag auf Einsetzung von 50 000 M. in den Etat für eine jährliche Kartellenquete wird angenommen. Die Zustimmung über die Entschädigung wegen Errichtung eines Kartellamts wird bis zur dritten Lesung ausgesetzt.

Dann wendet sich das Haus der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über den Verwaltungsetat des Internationalen Arbeitsamtes

zu. In Verbindung damit wird beraten, das Washingtoner Abkommen vom 28. November 1919 über die Arbeitslosigkeit, das Genuever Übereinkommen über Stellenvermittlung für Seeleute und die Gesetzentwürfe betr. Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsunfällen.

Abg. Schirmer-Franken (Bayer. Volksp.) empfiehlt als Berichterstatter des Ausschusses die Annahme sämtlicher Vorlagen und folgender Entschliebung:

„Die Reichsregierung soll dahin wirken, daß 1. Deutschland in den verschiedenen Organen der Internationalen Arbeitsorganisationen in bezug auf Amtssprache und Anstellung von Beamten den übrigen Staaten von wirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedeutung gleichgestellt wird; 2. die Kinderheilsgruppen der Gewerkschaften (christlich-nationaler und neutraler Richtung) in den Organen des Internationalen Arbeitsamtes angemessen berücksichtigt werden.“

### Abg. Aufhäuser (Soz.):

Der deutsche Reichstag hat heute seinen Willen zur internationalen Verständigung kundzutun. Die Wirtschaftskrise, in der die Welt sich befindet, kann und wird nur eine Entspannung erfahren

können, wenn es gelingt, einen Arbeiterschuh auf internationalem Gebiete herbeizuführen. Dieser Augenblick der internationalen Verständigung auf diesem Gebiete ist jetzt gekommen und er ist jetzt auch besonders wichtig, weil das international organisierte Unternehmertum alle Kräfte anspannt, um gleichfalls eine internationale Verständigung herbeizuführen, aber im Sinne eines internationalen Abbaus der Sozialpolitik. Die Kartelle sind bestrebt, eine Verständigung über die Beibehaltung des 36 Stunden tages herbeizuführen.

Zu den Ausführungen des Reichswirtschaftsministers muß ich erklären: es genügt nicht, wenn man die Wirtschaftskrise beenden will, die Produktionskraft zu heben. Die Frage der Hebung des Bedarfs ist nicht weniger wichtig. Auch von dieser Auffassung der Dinge kommen wir zu dem Ergebnis, daß das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag endlich vorgelegt werden muß. Wenn man glaubt, die Ratifizierung noch weiter hinauszuschieben zu können, so wird die Arbeiterschaft den Weg des organisierten Kampfes gehen, um festzustellen, ob das Volk sie will oder nicht.

Die Vorlage, die den Willen zur internationalen Verständigung zeigt, ist im Ausschuss nicht so glatt durchgegangen, und

hier waren es die Regierungsparteien, die die von ihren eigenen Ministern eingebrachten Vorlagen ablehnten.

Es scheint hier eine gewisse Arbeitsteilung eingetreten zu sein, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei hat ihre Minister beauftragt, die Vorlagen zu machen und die Ausschussmitglieder beauftragt, dieselben Vorlagen abzulehnen. Die Vorlage der Regierung hat den Zweck, das Washingtoner Abkommen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu ratifizieren. Es muß aber festgestellt werden, ob die deutschen Gesetze zur Ausführung dieses Beschlusses ausreichen. Das Arbeitsnachweisgesetz bietet noch nicht die Gewähr dafür, daß die Zusammenarbeit im internationalen Rahmen gesichert ist. Das Arbeitsministerium darf es nicht bei der Ratifizierung belassen, sondern muß das Arbeitsnachweisgesetz den Erfordernissen anpassen. Ich hätte gewünscht, daß gleichzeitig die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag vorgelegt werden

würde. Wir müssen wieder zum Achtstundentag kommen, zum Siebenstundentag im Bergbau. Mit den bisher beschlossenen Palliativmitteln können wir die Arbeitslosigkeit nicht bekämpfen.

Es ist der Wunsch ausgesprochen worden,

den deutschen Einfluß im Internationalen Arbeitsamt zu steigern. Wir haben dafür gestimmt, aber nach unserer Meinung steigert man den deutschen Einfluß in den internationalen Körperlichkeiten nicht durch Obstruktion gegen internationale Vereinbarungen, wie die Deutschnationalen es in den Ausschüssen versuchen. Wir müssen dazu beitragen, die Atmosphäre in der Welt zu schaffen, damit das Vertrauen zu Deutschland wieder hergestellt wird. Wenn man glaubt, Bedingungen daran zu knüpfen, so ist das so verfehlt wie nur möglich. Es ist zuzugeben, daß im Internationalen Arbeitsamt nicht so viel deutsche Beamte wie Engländer und Franzosen sind. Man muß aber doch die Entwicklung berücksichtigen, die der Krieg verursacht hat und die jetzt von Deutschland erst nachgeholt werden muß. Es war deshalb auch falsch, die Beitragsleistung so lässig zu handhaben. Wenn wir Anerkennung beanspruchen, dann müssen wir aber auch mit gutem Beispiel vorangehen und bei der Ratifizierung internationaler Vereinbarungen nicht immer hinter anderen Ländern zurückbleiben. Unser Einfluß ist auch nicht gerade dadurch gestiegen, daß im vorigen Jahre in Genf die Arbeitszeit in Deutschland im Mittelpunkt der Diskussion standen und der Vertreter der deutschen Regierung als einziger sich gegen das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag gewandt hat. Der Redner wendet sich zum Schluß gegen die Hysterie II der vorgelegten Entschliebung, die eine bessere Vertretung der Rinderheilsgruppen der deutschen Organisationen im Internationalen Arbeitsamt verlangt. Bisher ist diese Frage zwischen den Freien Gewerkschaften und den anderen Gewerkschaftsgruppen total geregelt worden. Es wurde immer eine Verständigung erzielt. Es habe sich bisher auch keine Reibung ergeben. Der ADGB hat den Vertreter gestellt, die anderen Rinderheilsgruppen stellen technische Berater. Dieser Teil der Entschliebung verstoßt auch gegen den Friedensvertrag. Es ist keine Angelegenheit, die hier zu entscheiden steht. Wegen privatrechtlicher Interessen dürfe an dem einmal abgeschlossenen Friedensvertrage nicht gerüttelt werden. Oder wollen Sie (nach rechts) den Einzug Hindenburgs dazu benutzen, um eine Abänderung des Friedensvertrages zu beantragen? Ich glaube, das wäre ein Beginn, das sogar über die Kräfte der Regierung Luther-Stresemann hinausgeht. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Demnach wird die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt. Außerdem steht der Haushalt des Ministeriums für Volksernährung und Landwirtschaft auf der Tagesordnung. Schluß 5 Uhr.

# Fortsetzung der Höfke-Untersuchung.

Dr. Thiele schwer belastet.

Der Höfke-Ausschuss des Landtages setzte am Montagabend seine Untersuchung fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Abg. Dr. Wester (Zr.) eine Entschliebung der Zentrumsfraktion zu dem Artikel des „Vorwärts“ „Wird aus dem Höfke-Standal ein Untersuchungsstandal?“ ab. (Wir geben diese Entschliebung im Hauptblatt wieder. Red. d. „Vorwärts“.)

Hierauf wird die Vernehmung des Medizinalrats Dr. Thiele fortgesetzt.

Auf Befragen des Vorsitzenden über die Art der Sonntagsbehandlung — den Kranken z. B. soll einfach das, was Sonnabend verordnet war, auch am Sonntag weitergegeben werden — erklärt der Zeuge, er war der einzige behandelnde Arzt. Es würde darauf geachtet, ob die verordneten Schlafmittel auch Sonntags verordnet werden sollten. Gewöhnlich findet die Verordnung von Schlafmitteln für einige Tage im voraus statt. Bei Schwerkranken wurde besondere Meldung erstattet; dann wurden diese auch Sonntags besucht. Das geschah auch bei Höfke, der am Sonntag vormittags vom Zeugen gleichfalls besucht worden sei. Auch früher wurde so gehandelt. Die Krankenblätter würden bei Neuaufnahme durch den Zeugen durch Statusaufnahme eröffnet; sie würden dann durch Pfleger weitergeführt. Die Zahl der Pfleger — es waren 4 vorhanden — bei 80 bis 85 Kranken, wobei 10 bis 15 Proz. Schwerkranken waren — war knapp bemessen. Eine Überlastung war vorhanden, da die Pfleger auch noch an anderen Stellen im Krankenhaus zu Arbeiten herangezogen wurden. Er habe schriftlich auf diese Mängel hingewiesen. Die Zahl der Pfleger wurde nicht erhöht. Eine Reueinstellung sei nicht erfolgt während der Amtszeit des Zeugen. Pfleger mit staatlicher Prüfung wurden bevorzugt. Eingestellt wurden aber auch ungeprüfte Pfleger. So war einer von den 4

angestellten Pflegern nicht geprüft, dieser habe aber gerade am meisten geleistet. Persönliche Berechtigungen hätten die Pfleger nicht vorgenommen. Die Pfleger hätten leider keine unmittelbaren Vorgesetzten gehabt wie z. B. einen Oberspizer. Das sei ein Mißstand gewesen. Die Pfleger arbeiteten infolgedessen häufig ohne unmittelbare Aufsicht. Mit dem Wachtmeister seien Eiferprüfungen vorgenommen. Die Ausübung der Kontrolle sei dem Zeugen durch die weite Entfernung seiner Wohnung sehr erschwert worden. Eine Stunde Zeit sei für ihn immer erforderlich gewesen. Hier habe der Wohnungsmangel eine Rolle gespielt. Er habe wiederholt darauf aufmerksam gemacht. Eine zweite Arztstelle sei trotz wiederholter Berufungen ungehärtet der finanziellen Lage nicht eingeräumt worden.

Die Gutachterfähigkeit des Zeugen habe sich regelmäßig beschränkt auf Untersuchungsgefangene; Ausnahmen hierin seien sehr selten gewesen. Bei Einlieferung Dr. Höfkes war Dr. Strahmann der Vertreter des Zeugen. Die erste Untersuchung habe Dr. Hirsch gemacht, der die Lazarettverlegung anordnete. Anfang oder Mitte März habe der Zeuge die Behandlung selbst übernommen und sie beibehalten. Am letzten Sonnabend vor dem Tode Dr. Höfke sei er angerufen worden; man sagte, es ginge Dr. Höfke offenbar schlechter. Ich verordnete ein Schlafmittel und gab den Auftrag, daß mir bei Verschlechterung sofort Mitteilung gemacht würde. Als das geschah, sei er sofort nach Moabit gefahren.

Auf Befragen des Vorsitzenden sagt der Zeuge aus, daß sich verschiedene Anrufe getraut hätten. Röhrling habe zweimal angerufen, ebenso der Oberdirektor. Zwischen dem zweiten Anruf Röhrlings und dem Anruf des Oberdirektors sei seiner Erinnerung nach nur eine kurze Zeit verlossen.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß nach Aussage eines Pflegers selbst von diesen Untersuchungen vorgenommen seien. Zeuge bestreitet das. Die Pfleger hätten allerdings eigene Be-

obachtungen eingezogen, die beim Krankenblatt vermerkt, vorher aber von ihm freilich gemeldet worden seien.

Auf Befragen des Abg. Dr. Westler (3.), ob er vom 18. März ab die Behandlung übernommen habe, erwidert der Zeuge, es sei Mitte März gewesen. Die Pfleger hätten allerdings Gonokokkenpräparate ausnahmsweise gemacht. Auf Befragen erklärt der Zeuge, er habe sie auch kontrolliert, wenn er Gelegenheit dazu gehabt habe. (Lachen im Zuhörerraum. — Der Vorsitzende bittet, solche Rundgebungen zu unterlassen.)

Im Gefängnis haben Untersuchungen Schwerkranker sich schwierig gestaltet; die Einrichtungen im Lazarett hätten hier im allgemeinen nicht genügt.

Der Gesamtdienst des Zeugen im Lazarett, in den Frauenabteilungen, im Gericht, in der Gutachterstätigkeit habe ihn den ganzen Tag beschäftigt. Die Gutachterstätigkeit habe er auch abends noch zu Hause vorgenommen. — Ein Anstaltsarzt für innere Krankheiten sei nicht vorhanden gewesen; ihre Hinzuziehung müsste beantragt werden. Der Zeuge könne eine Ueberführung von Kranken in die Charité nur beantragen.

Abg. Westler (3.) hält dem Zeuge vor, daß ein Pfleger ausföge, dieser habe eine Ueberführung in die Charité des Nachts auf Anruf ohne Untersuchung angeordnet. Der Zeuge erwidert, ein solcher Fall sei ihm nicht bekannt. Bei Dr. Höfle habe der Chef der inneren Klinik und Dr. Störmer keine Anregung für Ueberführung in die Charité gegeben.

Abg. Westler (3.) macht auf die Aenderung des Zustandes aufmerksam. Der Zeuge erklärt, die alte Diagnose habe noch zugefallen. Erst als am entscheidenden Sonnabend das nicht mehr der Fall war, habe er Dr. Rothmann, den Untersuchungsrichter, angerufen und angefragt, was angesichts der Verschlimmerung geschehen könnte.

Dieser erwiderte, das Gericht habe sich ja bereits ablehnend entschieden.

Abg. Westler erklärt, Haftentlassung und Charité-Ueberführung sei auseinanderzuhalten.

Der Zeuge erklärt, der Untersuchungsrichter habe sich wiederholt gegen Ueberführung in die Charité erklärt, da eine solche einer Aufhebung der Haft als gleichbedeutend angesehen würde.

Abg. Dr. Westler (3.) macht darauf aufmerksam, daß der Zeuge dem Untersuchungsrichter gar keine Gelegenheit gegeben habe, den Antrag auf Ueberführung in die Charité abzulehnen, da er einen solchen nicht besonders gefordert habe. Warum habe der Zeuge dem Direktor gegenüber nicht eine Ueberführung verlangt?

Der Zeuge erwidert, am Sonnabend habe er sie nicht für notwendig gehalten. (Bewegung.) Am Sonntag abend 12 Uhr habe er sie erst für nötig gehalten. Auf die Frage, weshalb nunmehr nicht die Ueberführung stattgefunden habe, erwidert der Zeuge, die Direktion habe diese erst am nächsten Morgen angeordnet, eine Operation habe nicht in Frage gestanden.

Abg. Dr. Westler (3.) fragt, weshalb Frau Dr. Höfle erst in der Nacht vom Sonntag auf Montag benachrichtigt sei. Der Zeuge erwidert, er habe sich auch darüber gewundert; seiner Ansicht nach sei die Benachrichtigung zu spät erfolgt. Nach den einschlägigen Richtlinien habe er sich nicht als Sacharzt für innere Krankheiten bezeichnen dürfen. (So erklärt der Zeuge auf die Fragen weiter.)

Abg. Westler (3.): Hatte sich das Krankheitsbild nicht so geändert, daß ein Sacharzt hinzugezogen werden mußte? — Zeuge: Nein!

Abg. Westler (3.): Warum enthält das Krankheitsblatt keine Bemerkung über die große Veränderung?

Zeuge: Der gesamte Befund war in meinem Gutachten niedergelegt, daher war das nicht mehr nötig.

Abg. Westler (3.): Trotz großer Verschlechterung war also nach Ihrer Ansicht keine Eintragung über grundlegende Aenderungen nötig? Es sei doch ein erheblicher Gewichtsverlust eingetreten. Ueber alles fehle eine Eintragung.

Der Zeuge erwidert, die Gewichtsangabe, die aufgenommen sei, habe seiner Ansicht nach genügt.

Abg. Westler (3.): Hätten die Bewegungen nicht häufiger vorgenommen werden müssen, angesichts des rapiden Gewichtsverlustes? — Der Zeuge erwidert, daß sei Sache der Pfleger. — Abg. Dr. Westler (3.) macht erneut aufmerksam auf den enormen Gewichtsverlust. Der Zeuge erklärt, er sei so oft gewogen worden, wie es nötig gewesen sei. (Bewegung. Zuruf: Unverschämtheit!)

Auf weiteres Befragen sagt der Zeuge aus, das Krankheitsblatt habe sich die größte Zeit nicht grundsätzlich geändert, sondern nur der Grad der Depression.

Abg. Dr. Westler (3.): Um 14 Uhr sind Sie telephonisch aufmerksam auf die schwere Erkrankung gemacht worden. Sie haben eine kombinierte Spritze angeordnet und gesagt, nach 20 Minuten solle wieder angerufen werden.

Warum sind Sie nicht sofort auf den Anruf gekommen? Der Zeuge verlangt, daß der Direktor vernommen werden solle. Er sei jedenfalls sofort gekommen.

Abg. Dr. Westler stellt fest, der Zeuge habe erst nach einem dritten Anruf abgewartet. Der Zeuge habe auch nach Auslagen nicht versucht, den Kranken aufzurichten. Er habe lediglich das Herz untersucht.

Der Zeuge bestreitet das. Die rechte Hand des Dr. Höfle habe eine Luminol-Tablette enthalten; er sei darüber erkrankt gewesen und habe eine Nachsicherung angeordnet. Dr. Höfle sei dann verlegt worden. Eine Revision habe dann stattgefunden.

Abg. Dr. Westler (3.): Tabletten mußten doch sofort genommen werden. Rufen Sie nicht eine illegale Mittel vor?

Zeuge: Ich schlug die erwähnte Nachprüfung des Raumes vor und die geschah. Ich war auf den Gedanken gekommen, daß die Verschlechterung mit dem Fieber zusammenhängen konnte.

Abg. Dr. Westler (3.): Warum haben Sie Ihre ärztlichen Maßnahmen nicht danach eingerichtet; warum haben Sie die Klärung der Angelegenheit nicht abgewartet? Warum haben Sie nicht den Magen ausgepumpt oder haben andere Maßnahmen getroffen?

Zeuge: Ich hatte festgestellt, daß Dr. Höfle bemußlos war und konnte eine Magenpumpung nicht vornehmen; der Gedanke war mir allerdings gekommen.

Abg. Dr. Westler (3.): Das war doch später.

Zeuge: Er war auch damals so benommen, daß eine Magenpumpung nicht vorgenommen werden konnte.

Abg. Dr. Westler (3.): Sie mußten doch bei Verdacht einer Vergiftung eine Klärung als Arzt vornehmen, konnten Sie nicht einen Brechreiz hervorrufen?

Zeuge: Das habe ich versucht, z. B. durch Drücken auf den Magen. Mit Rücksicht auf das Herz habe ich keine weiteren Arzneimittel angewandt. Die Anwendung eines Katheters habe ich, so erklärt der Zeuge weiter, für lebensgefährlich gehalten.

Abg. Dr. Westler (3.): Wie erklären Sie sich, daß die Gutachten der beobachtenden Ärzte den Verdacht einer Vergiftung ausprechen; die Art der Krankheitsercheinungen hätten von Anfang an diese Annahme begründet.

Zeuge: Ich weiß nicht, wie die Ärzte zu dieser Annahme gekommen sind.

Abg. Dr. Westler: Welchen Inhalt hat die Unterredung in der Nacht mit Dr. Störmer gehabt?

Zeuge: Er billigte meine Maßnahmen.

Von Lebensgefahr hat Dr. Störmer mir nichts gesagt.

Abg. Dr. Westler (3.): Ist die Untersuchung des Urins vorgenommen worden, die vom Medizinalrat Dr. Störmer angeordnet war? — Der Zeuge verneint die Frage. Es habe kein Urin mehr entnommen werden können. — Abg. Dr. Westler (3.): Weshalb sind Sie am Sonntag erst so spät in die Klinik gekommen? — Zeuge: Ich war jederzeit zu erreichen und habe das mitgeteilt; ich wurde aber erst gegen 10 Uhr bzw. 11 Uhr angerufen. Es trifft nicht zu, daß ich um ein halb sechs Uhr nicht zu erreichen gewesen sei.

Abg. Dr. Westler (3.): Warum haben Sie in der Nacht, als der Pfleger Pfahl und die Satim anwesend waren, nicht nach dem Sterbenden gesehen?

Der Zeuge beruft sich wiederum auf seine Ausführungen, daß er im Falle der Dringlichkeit sofort angerufen werden sollte.

Abg. Dr. Westler (3.): Sie haben doch selbst geäußert: „Es geht mit Dr. Höfle zu Ende?“ Trotzdem haben Sie nichts Besonderes veranlaßt.

Zeuge: Ich habe wiederholt eine Ueberführung empfohlen.

Abg. Dr. Westler: Haben Sie die plötzliche Veränderung auf Depression zurückgeführt? — Zeuge: Ich führte sie auf die Aenderung des Gesamtorganismus zurück. Eine sichere Diagnose konnte ich ebensovienig wie die anderen Ärzte stellen; da Dr. Höfle bemußlos war. Ich habe mich hauptsächlich bemüht, die Herz-tätigkeit zu erhalten.

Abg. Dr. Westler macht auf die Unterschiede zwischen den Gutachten des Zeugen und den anderen Gutachten aufmerksam. Besonders auffällig sei, daß der Zeuge Dr. Höfle für genügend ernährt erklärt habe, trotz des enormen Gewichtsverlustes.

Der Zeuge hält diese Feststellung auch jetzt noch für richtig. Für die Frage der Haftfähigkeit spielt das keine Rolle. Dr. Höfle sei überernährt gewesen. Ausschlaggebend für die in Frage kommende Beurteilung sei deshalb der Gewichtsverlust nicht.

Abg. Dr. Westler (3.) hält dem Zeugen Dr. Thiele die von ihm erstatteten Gutachten vom 23. März und vom 16. April vor. In letzterem erklärt Dr. Thiele, daß der Zustand Dr. Höfles sich seit dem 23. März nicht verändert habe. Demgegenüber hätten zahlreiche andere Zeugen, auch Ärzte, einwandfrei begründet, daß sich der Zustand Dr. Höfles fortwährend verschlechterte.

Zeuge Dr. Thiele erwidert auf alle Vorhaltungen immer wieder, daß er seine Gutachten ausreicht erhalten müsse. Eine Haftfähigkeit Höfles habe er so lange für vorhanden gehalten, als bei dem Patienten nur eine plötzliche Depression vorlag. Dieser Zustand habe bis etwa Mitte April angehalten. Bezüglich der Haftfähigkeit Höfles erklärt der Zeuge, daß er durch den Erlaß des Wohlfahrtsministeriums vom August vergangenen Jahres und eine dazu ergangene Kammergerichtsentscheidung betret in seiner ärztlichen Auffassung über dieses Thema behindert worden sei, daß er seit dieser Zeit keinen Häftling mehr haftunfähig schreiben konnte, bis zum Eintritt eines gewissen Zustandes, der bei Dr. Höfle erst einen halben Tag vor seinem Tode eintrat. (Bewegung.)

Auf Grund dieses Zustandes habe ich um Enthebung von meinem gerichtlichen Dienst gebeten. Schon vor dem Erlaß des Wohlfahrtsministeriums, als erst die Kammergerichtsentscheidung vorlag, habe ich mich in Zeugengegenwart über die Unmöglichkeit dieser Entscheidung ausgesprochen.

Abg. Dr. West (3.): Warum hat der Zeuge denn Dr. Höfle am Sonnabend vor seinem Tode, als er ihn bemußlos mit Vergiftungserscheinungen vorfand, nicht den Magen ausgepumpt?

Zeuge Dr. Thiele: Ich habe daran wohl gedacht, aber diese Prozedur nicht vornehmen wollen, weil ich das für das Herz des Patienten, dessen Funktion mir das wichtigste war, für zu schädlich hielt.

Abg. Dr. West: Warum haben Sie denn dann nicht wenigstens eine Kochsalzinfusion vorgenommen?

Zeuge Dr. Thiele: Dafür ist in dem Gefängnislazarett in Moabit gar keine Einrichtung vorhanden. (Bewegung.)

Abg. Dr. West (3.): Dann müssen Sie doch zugeben, daß die Einrichtungen in dem Moabiter Lazarett nicht ausreichend für die Behandlung von Schwerkranken sind.

Zeuge Dr. Thiele: Das habe ich nie bestritten. (Bewegung.)

Abg. Dr. West (3.): Hat Ihr ärztliches Gewissen sich nicht gegen die Zumutung gewandt, mit unzureichenden Mitteln 80 Kranke zu behandeln, für deren Unterhaltung Ihnen, wie Sie selbst sagen, täglich insgesamt auch nur 1 1/2 Stunden zur Verfügung standen?

Zeuge Dr. Thiele: Wo Mängel auftraten, habe ich immer sofort bei den zuständigen Stellen reklamiert.

Der Ausschuss setzte seine Beratungen bis in die späten Nachtstunden fort. Der Schluss des Berichts lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

## Der preußische Etat für 1925.

### Rede des Finanzministers im Landtag.

Präsident Bartels eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten. Nach debattelofer Ueberweisung eines Antrages über die Aufbringung der Kosten für die gewerblichen Berufsschulen an den Hauptauschuss tritt das Haus in die erste Beratung des Haushaltsplans für 1925 ein.

### Preussischer Finanzminister Dr. Höpker-Weshoff

bringt den Haushalt ein und weist zunächst darauf hin, daß schwere Zeiten hinter der preussischen Finanzverwaltung liegen. Der Minister führte aus, daß der rechnungsmäßige Ueberschuß des Jahres 1924 insgesamt 217 000 000 Mark betrug.

Der rechnungsmäßige Ueberschuß bedarf nicht mit dem am 1. April 1925 vorhandene Kassenbestand, weil der Kasse außerordentliche Einnahmen zugeflossen sind, andererseits Ausgaben zu leisten waren, die nicht dem Rechnungsjahre 1924 zur Last fallen. Diese außerordentlichen Einnahmen betragen 170 000 000 M. Auf der anderen Seite betragen die Ausgaben 192 900 000 M.

Der Kassenbestand ergibt sich, wenn diese Ausgaben, von der Gesamtsumme von 387 Millionen, die sich aus dem rechnungsmäßigen Ueberschuß von 217 Millionen und den außerordentlichen Einnahmen von 170 Millionen ergibt, abgezogen werden. Er beträgt also dann 194 Millionen.

Der Minister wies dann den Vorwurf der Thesaurierungspolitik als unberechtigt zurück. Denn 15 Millionen Reichenschildigung für Kriegsfolgen müssen alsbald verausgabt werden, 50 Millionen Reichenschildigung für verlorenes Staatseigentum müssen als Staatsoermögens wieder angelegt werden, 25 Millionen Gemeindeanteile müssen den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Außerdem ist ein Betriebsmittelfonds notwendig. Der heute als Betriebsmittelfonds ausgewiesene Betrag von 50 Millionen ist zu gering; im Frieden betrug er 140 Millionen, außerdem standen dem Staate damals die verfügbaren Gelder der Eisenbahn zur Verfügung, und der Staat konnte jederzeit Schatzanweisungen ausgeben. Ohne die erhöhten Steuereinnahmen wäre es jedenfalls unmöglich gewesen, die Kreditation zugunsten der Landwirtschaft und die jetzt in die Wege geleitete Kreditation zugunsten des gewerblichen Mittelstandes durchzuführen. Der

### Haushaltsplan für 1925.

ist im Gleichgewicht mit 2830 Millionen. Dieses Gleichgewicht ist künstlich hergestellt, da ein Einnahmeposten von 417 Millionen erhöhte Ueberweisungen und erhöhte Steuereinnahmen eingestellt ist. In Wahrheit ist also ein Fehlbetrag in dieser Höhe vorhanden. Dieser Fehlbetrag erklärt sich wie folgt:

Staatserhaltungsausgaben, mehr . . . . . 148,5 Millionen  
Ueberschüsse der Betriebsverwaltungen, weniger 80,8  
Ueberschüsse der Steuern und Abgaben, weniger 188,1

Die Erhöhung der Staatsverwaltungs-ausgaben ist auf erhöhte Personalausgaben im Betrage von 170 Millionen zurückzuführen. Die Erhöhung würde sogar diesen Betrag ausmachen, wenn es nicht auf der anderen Seite gesungen wäre, 20 Millionen einzusparen. Die erhöhten Personalausgaben werden bedingt durch die von Reich wegen vorgeschriebene Erhöhung der Besoldung und Wohnungsgeldzuschüsse. Der Rückgang der Ueberschüsse der Betriebsverwaltungen ist im wesentlichen auf verminderte Einnahmen der Forstverwaltung und der Bergwerksverwaltung zurückzuführen. Der Fehlbetrag von

417 Millionen wird auf 248,6 Millionen zurückgehen, wenn als Reichsteuereinnahmen die Beträge eingestellt werden, die der Staatssekretär Popph jüngst im Ausschuss des Reichstages als voraussichtliches Aufkommen des Jahres 1925 bezeichnet hat. Bei den preussischen Einnahmen kann mit gewissen Reserven gerechnet werden, allerhöchstens aber mit 50 Millionen.

Es bleibt somit ein Fehlbetrag von 200 Millionen, der nur durch eine bessere Gestaltung des Finanzausgleichs beseitigt werden kann.

Länder und Gemeinden werden durch den vom Reich geplanten Finanzausgleich deshalb besonders hart getroffen, weil einmal eine Verkürzung ihrer Beteiligungsziffer geplant wird und andererseits das Aufkommen der Reichsteuern hinter dem tatsächlichen Aufkommen des Jahres 1924 erheblich zurückbleiben wird.

Der Minister stellte dann weiter fest, daß das Reich die Ueberschüsse der preussischen Betriebsverwaltungen um etwa 80 Millionen, die Erträge der Gewerbesteuer um 70 Millionen und die Erträge der Hauszinssteuer um 210 Millionen überschätze. Aus allem ergibt sich, daß das Reich von solchen Voraussetzungen ausgeht, und daß der Finanzausgleich anders gestaltet werden muß, insbesondere das Reich auf 10 Proz. der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer beschränkt werden muß.

Wenn Vertreter der Wirtschaft sich für die Herabsetzung der Beteiligungsziffern der Länder und Gemeinden einsetzen, so vergessen sie dabei, daß die Herabsetzung mit Notwendigkeit zu einer schärferen Anspannung der Realsteuern führen muß.

Wenn Preußen im Jahre 1925 857 Millionen mehr verbraucht als im Jahre 1913, so erklärt sich dies daraus, daß

1. die Ueberschüsse der Eisenbahnen fehlen = 234 Millionen
2. der Staat den Gemeinden Volksschulkosten in Höhe von . . . . . 258,4 abgenommen hat,
3. der Besoldungsbedarf um . . . . . 415,9 und 4. die Zuschußleistungen an die Kirche um . . . . . 42,4 gestiegen sind.

Die Steigerung des Besoldungsbedarfs ist im wesentlichen auf die Vermehrung der Kopfzahl zurückzuführen. Diese erklärt sich aber im wesentlichen wieder durch die Einrichtung einer Staats-polizei. Aus der

### Beratung der Reichsteuergesetze im Reichsthal

ist folgendes hervorzuheben:

1. Die preussische Staatsregierung hat sich für eine Veranlagung des Einkommens des Jahres 1924 ausgesprochen, weil diese Veranlagung in der Zweiten Steuerordnung versprochen ist, weil sie alsbald ein klares Bild des wirklichen Aufkommens geben und damit erst wieder die Grundlage für eine richtige Finanzabrechnung schaffen würde und, weil sie die Wirtschaft um drei Viertel Jahre früher von den unechten nach rohen Kapiteln berechneten Vorauszahlungen befreien würde.

2. Das Zuschlagsrecht der Länder und Gemeinden ist von großer Bedeutung. Es wird eine wahre Selbstverwaltung und damit Verantwortungsgefühl und Sparsamkeit in den Gemeinden aber nur dann zur Folge haben, wenn es nicht auf eine absolute Höchstgrenze gebunden wird, und wenn eine Veranlagung der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach dem preussischen System, d. h. für das Rechnungsjahr nach dem Ergebnis des vorangegangenen Kalender- oder Wirtschaftsjahres durchgeführt werden würde. Eine solche Veranlagung ist von Preußen im Reichsthal vergeblich beantragt worden. Sie erscheint deshalb besonders bedeutsam, weil nur bei solcher Veranlagung die Gemeinden am Anfang des Rechnungsjahres wissen, mit welchem Aufkommen sie zu rechnen haben, weil nur dann die Einnahmen der Gemeinden gleichmäßig fließen und weil nur dann die schwierige Abrechnung der Vorauszahlungen, Abschlagszahlungen und Erstattungen vermieden werden können.

Die Aussprache über das Erposé des Finanzministers wird erst am Dienstag beginnen.

Das Haus nimmt hierauf die Wiederholung der namentlichen Abstimmung über den Termin für die Wahlen der Provinziallandtage und Kreistage vor. Der Gemeindevorschuss hatte die Verlängerung bis zum 1. November vorgeschlagen. Die namentliche Abstimmung hatte bereits früher zur Beschlußfähigkeit des Hauses geführt. Bei der heutigen Wiederholung werden nur 181 Stimmen abgegeben. Das Haus ist also wiederum beschlußunfähig.

### Die neue Sitzung.

In der sofort anberaumten neuen Sitzung steht zur ersten Beratung der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Aufhebung des Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken vom 10. Februar 1923.

Abg. Labendorff (Wirtsch. Bgg.) weist in der Begründung dieses Antrages darauf hin, daß das Gesetz völlig wirkungslos geblieben sei.

Abg. Sonnenschein (Dnat.) spricht sich für Ausschlußberatung aus. Ein Skandal sei die unerhört hohe Gebühr.

Abg. Hirsch (Soz.) hat nichts gegen Ausschlußberatung, kann aber zureichende Gründe für die Aufhebung nicht erkennen. Dem Minister sollte man für die Festsetzung der hohen Gebühr dankbar sein. (Lachen rechts.) Das Gesetz habe doch segensreich gewirkt, auch heute noch finde vielfach der Verkauf von Ausländern an Ausländer statt. Tatsächlich hätten sich auch zahlreiche Hausbesitzer durch die Millionen und Milliarden blenden lassen. Die Zwangswirtschaft habe hier gar nicht mitspielt. Die Sozialdemokratie werde weiter den Mierischschuß energisch verteidigen. Das Gesetz gebe den Gemeindebehörden wichtige Rechte, die auch durchaus im Interesse der Hausbesitzer gelegen seien. (Widerpruch des Abg. Labendorff.) Herr Labendorff sei unbeeindruckt und eines objektiven Urteils gar nicht fähig, wolle auch keine positive Arbeit leisten. Jedenfalls sollte man diejenigen Bestimmungen, die segensreich gewirkt hätten, eventl. in einem neuen Gesetz weiter in Geltung erhalten, da das vorhandene Gesetz ja in einem Jahre erlösch.

Abg. v. Eggen (D. Bp.): Der Ausnahmezustand der Wirtschaft, der das Gesetz verleihe, hat aufgehört. Wir werden im Ausschuss prüfen, ob noch Gründe zum Fortbestehen vorliegen. Auch im Verkehr mit dem Auslande muß Treu und Glauben herrschen. Nach weiterer Erörterung geht der Antrag an den Gemeindevorschuss; dem Ausschuss wird auch der Antrag Labendorff, betr. die Gebührenfrage, überwiesen.

Das Haus geht über zur Beratung des Ausschussantrages, den kommunikativen Antrag auf Nachprüfung der Mißstände in der Strafanstalt Solznow und Bereitstellung von Mitteln für ihrer Beseitigung abzulehnen.

Abg. Plek (Komm.) widerspricht der Ablehnung und äußert sich eingehend zu den Mißständen. Besonders mangelhaft sei die ärztliche Behandlung der Gefangenen. Die Entlassungen des Höfle-Ausschusses hätten ja neuerdings auch hier wünschenswerte Aufklärung gebracht. Die Gefangenen würden körperlich zugrunde gerichtet.

Der Antrag wird abgelehnt. — Einstimmige Annahme findet der Ausschussantrag, durch Eröffnung der beiden Seiten den Wiederaufbau des staatlichen Kaiser-Wilhelm- und Realgymnasiums zu veranlassen. Auch der Antrag auf Erhöhung der Zahl der Studien-assessorinnen in der Anwärterliste wird vom Hause dem Ausschussantrag entsprechend angenommen.

Gegen die Fortsetzung der Beratung über die Hinausschiebung der Provinzial- und Kreistagswahlen, die erneut auf die Tagesordnung gesetzt war, nachdem sich zuvor bei der namentlichen Abstimmung zur zweiten Beratung die Beschlußunfähigkeit des Hauses herausgestellt hatte, erhebt Abg. Weisker (Dnat.) Einspruch, da ein solches Verfahren nicht üblich sei. Der Einspruch erledigt sich dadurch, daß das Haus auf sozialdemokratischen Antrag die Beratung beschließt.

Dienstag 2 Uhr: Aussprache zum Etat.

Schluß 4 Uhr 5 Minuten.

# Politik und Verkehr.

## Zur Lage der Reichsbahn.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

Die planmäßig verbreiteten und nicht ausreichend widerlegten Gerüchte über die schlechte Finanzlage der Reichsbahn sowie die 10prozentige Erhöhung der Personentaxen haben die Geschäftsführung des größten deutschen Verkehrsunternehmens in die öffentliche Kritik gestellt. Als Grund für die Erhöhung der Personentaxen werden die letzten durch den Schiedspruch notwendig gewordenen Lohnzulagen angeführt und darauf hingewiesen, daß gegenüber dem Frieden die Ausgaben für Löhne um 52 Proz. höher seien. Weil kein Arbeiter etwas von diesen 52 Proz. merkt, muß dem Rechenexempel nachgegangen werden.

Die Personalpolitik der Reichsbahn war in den letzten Jahren das Produkt eines dauernden Kampfes der wirtschaftlichen Vernunft mit den Kräften, die sie und ihr Personal zu einem Instrument der Politik machen wollten; so wurde der größte Teil des Ruhrkampfes auf dem wirtschaftlichen Fundament der eben in Gefundung befindlichen Reichsbahn ausgetragen. Der Kampf der wirtschaftlichen Vernunft mit den politischen Absichten einzelner Gruppen brachte die Entwicklung der Reichsbahn in einen verhängnisvollen Sackgasse.

Die Reichsbahn übernahm als Folgewirkung des Zivildienstpflichtgesetzes ein im Verhältnis zum Frieden überaltertes Personal. Die Abbauperordnung ließ aber gerade das ältere Personal mechanisch ab und zwang es zu einer Zwangspensionierung. Weil die Reichsbahn eigene Pensionsklassen und Sozialversicherungen besitzt und die Ausgaben dafür aus dem Lohnfonds bestreitet, ist aus dem Zusammenströmen dieser beiden Momente ein Anschwellen der Sozialausgaben entstanden. Dazu tritt noch die Tatsache, daß eine Verknüpfung von moderner amerikanischer Betriebsführung mit deutschreaktionärer Arbeitszeit den Gesundheitszustand des Personals untergräbt und die Krankenziffer anschwellen läßt. Auch die hohen Krankengeldsätze äußern sich im Lohnnetto nachteilig. Am besten ist wohl ein zahlenmäßiger Vergleich:

1913 kamen auf 100 Mt. Besoldung 17 Mt. für Pensionen usw., 1925 kommen auf 100 Mt. Besoldung 37 Mt. für Pensionen, Wartegelder usw.

Die Abbauperordnung hat das Personal durch die Unsicherheit, die sie mit sich brachte, in seiner Arbeitskraft gesenkt und sich überdies finanziell als ein Versager schimmender Wirkung erwiesen. Besonders sind stellenweise die Arbeiter derart stark abgebaut, daß Arbeitermangel herrscht und Privatunternehmer herangezogen werden. Die Ausgaben der Reichsbahn für Personal treten also nicht beim Lohn des Arbeiters in Erscheinung. Auch begründet die 3/4-4prozentige Erhöhung noch keine 10prozentige Erhöhung der Personentaxen. Die Ursachen sind anderswo zu suchen. Weil die Hauptbelastung der Reichsbahn aus den Dawes-Besetzen entsteht, müssen diese einmal nachgeprüft werden.

Das Sachverständigengutachten geht von Vergleichen mit der Vorkriegszeit aus. Es setzt voraus, daß die alten, aus Obligationen, Hypotheken und Eisenbahnpapieren bestehenden Verpflichtungen durch die Inflation abgestoßen sind. Der Betriebsüberschuss der Vorkriegszeit wird darum als Gewinn bezeichnet. Der im Frieden nicht unerhebliche Schuldendienst fehlt.

Die ehemaligen Ländereisenbahnen, aus deren Zusammenlegung die Deutsche Reichsbahn entstand, hatten in den Vorkriegsjahren in Goldmark folgende Betriebsüberschüsse:

1908 . . . . .	688 731 814 M.	1911 . . . . .	1 101 349 178 M.
1909 . . . . .	820 385 830 . . . . .	1912 . . . . .	1 113 008 304 . . . . .
1910 . . . . .	956 198 190 . . . . .	1913 . . . . .	1 048 465 119 . . . . .

Diese Zahlen ergeben bis 1911 ein gewaltiges Ansteigen, 1912 ein Stagnieren und 1913 trotz der damaligen wirtschaftlichen Hochkonjunktur ein Nachlassen des Betriebsüberschusses um 100 Millionen. Damals war ein Sinken der Ziffer nicht tragisch zu nehmen, weil nach der kameralistischen Buchführung viele Neu- und Umbauten aus den laufenden Betriebseinnahmen gedeckt wurden. Eine nach kaufmännischen Grundsätzen durchgeführte Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz war nicht möglich. Der 1911 bis 1913 erreichte Spitzenüberschuss gab dem Angebot der Regierung Cuno, der Denkschrift der Deutschen Industrie und dem Sachverständigengutachten die Grundlage. Für Verzinsung und Amortisation der verpfändeten Obligationen hat die Reichsbahn folgende Zahlungen zu leisten:

im ersten Jahr . . . . .	200 Millionen,
im zweiten Jahr . . . . .	595 . . . . .
im dritten Jahr . . . . .	550 . . . . .
im vierten Jahr und die folgenden Jahre . . . . .	660 . . . . .

Außerdem muß die Verkehrssteuer, welche während des Krieges als verschleierte Tarifierhöhung eingeführt wurde, mit 290 Millionen abgeliefert werden.

In erstellenden zwingenden Forderungen sind somit vorhanden:

- a) 660 Millionen für Verzinsung und Amortisation der Obligationen,
  - b) 290 Millionen für Verkehrssteuern,
- insgesamt 950 Millionen.

Innerhalb der ersten zwei Jahre kann von der Reichsbahn verlangt werden, für 500 Millionen Vorzugsaktien

auszugeben. Nach § 5<sup>a</sup> der Gesellschaftsordnung fällt der Erlös dafür der Reichsregierung zu. Der Kapitalbedarf der Gesellschaft zur Durchführung der technischen Verbesserungen und Beseitigung der Ruhrschäden kann mit 500 Millionen und der Zinsfuß mit 6 Proz. angelegt werden. Die jährliche Belastung ist also:

660 Millionen für Verzinsung und Amortisation der Obligationen,
290 Millionen Verkehrssteuern,
33 Millionen für Verzinsung der dem Reich ausgehändigten Aktien (politische Belastung),
35 Millionen für Verzinsung des eigenen Bedarfs,
= 1020 Millionen Goldmark.

Das ist soviel wie der Betriebsüberschuss in den Jahren 1911 bis 1913. Reichseisenbahn und ehemalige Länderbahnen sind aber nicht ohne weiteres vergleichbare Größen. Sie müssen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Von den ehemaligen Länderbahnen müssen die abgetretenen Gebiete, Elb-Lothringen usw. abgesetzt werden. Die meisten dieser Gebiete waren eisenbahnlos oder überaus spärlich. Durch die Abtrennung wurde die auf eine wirtschaftliche Einheit eingestellte Linienführung gestört. Doch auch die Goldmark von 1913 ist nicht mit der von 1925 vergleichbar. Die allgemeine Entwertung des Geldes hat ein Ansteigen der Preise und diese wieder das der Frachten mit sich gebracht. Die Gebietsverluste werden dadurch nicht wettgemacht.

Ein jeder Betrieb hat nur seinen Fonds an Unkosten, der nicht gedrückt werden kann. Er besteht in seiner Hauptsache aus:

1. Verwaltung,
2. Unterhaltung der Gebäude und Maschinen,
3. einem auch bei dem geringsten Betrieb nicht zu drückenden Betrag an Betriebsmaterialien,
4. dem auch bei dem schwächsten Betrieb notwendigen Personal,
5. Steuern und Zinsen.

Es ist für die Unterhaltung, Bewachung und Betriebsführung gleichgültig, ob 100 oder 75 Züge die Strecke fahren und ob dieselben „ausgelastet“ sind oder nicht. Die Industriefreie haben bei der Begründung von Zöllen und höheren Inlandpreisen mehr als einmal das Problem der „letzten Elle“ erläutert. Sie wiesen nach, daß die Unkosten ja doch vorhanden wären und die Auslandsaufträge, die noch so „nebenbei“ gemacht würden, diese nicht steigern und dadurch Gewinn bringen. Die Arbeiterschaft hat sich immer dagegen gewehrt, für die Auslandsprofite der Unternehmer die Unkosten in Form einer verteuerten Lebenshaltung zu zahlen, aber rein privatwirtschaftlich kalkulativ trifft auf die Reichsbahn folgendes zu: die gesunkene Frachtmenge gegenüber dem Frieden begründet die gesunkenen Betriebsüberschüsse. Steigt die Frachtmenge, so werden die Betriebsüberschüsse nach dem Grundgesetz der Privatwirtschaft in einer steilen Kurve ansteigen.

Warum ist die Frachtmenge gesunken und wie ist sie zu heben? Die Gründe für den Verkehrsrückgang sind:

1. Sinken der Frachtmenge im deutschen Wirtschaftsleben überhaupt,
2. Abwandern der Frachten auf andere Beförderungsmittel.

Die steigende Frachtmenge in den Jahren 1908 bis 1912 war ein Beweis für die damals ansteigende Konjunktur. Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege brachte auch den Frachtenausfall.

Die Wirtschaftskraft Deutschlands stützt sich auf der Menge der in den Lohn- und Gehaltsempfängern ruhenden Produktions- und Konsumtionskräfte. Durch niedrige Löhne und Gehälter dieser Klasse sinkt die Kaufkraft, die Produktion und der damit verbundene Frachtenmarkt. Man kann ganz geringe graduelle Änderungen vorbehalten, die Formel aufstellen, daß die Veränderungen in der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gleich den Veränderungen im Frachtenanfall gegenüber dem Frieden sind.

Der Reichsbahngesellschaft wird ferner eine immer mehr wachsende Konkurrenz durch die Automobile und die Binnenwasserstraßen (Kanäle) usw. bereitet. Der Übergang der Frachten auf die Wasserstraßen wird durch den notwendigen Umschlag und die längere Beförderungsdauer gehemmt. Die Wasserfracht kommt nur für Massengüter in Frage, die wegen ihres geringen Wertes und der darum nicht drückenden Zinslast eine längere Beförderungsdauer vertragen können.

Der zweite Mitbewerber ist der Frachtautomobilverkehr. In der Keilzange werden der Reichsbahngesellschaft zu teure Preise, Schwerfälligkeit usw. vorgeworfen. Daß eine technische Verbesserung die veralteten Methoden hinwürgt, gilt auch der Eisenbahn gegenüber. Das ist um des Fortschritts willen gut. Doch ist Gleichheit der Bedingungen, unter denen sich der Wettkampf abspielt, Grundbedingung für eine normale Entwicklung. Dieser Gerechtigkeitsstandpunkt ist nicht gewahrt.

Der Betrachter hat bei der Eisenbahn zu den Frachten noch eine Verkehrssteuer von 7 Proz. zu tragen, die die Eisenbahn dem Reparationsstreuhändler abführen muß. Weil die Automobillinien dieser Steuer nicht unterliegen, betrachten sie den Unterschied als einen angenehmen Zwischen Gewinn. Die Eigenart ihres Betriebs zwingt weiter die Eisenbahn, eigene Verkehrsstraßen selbst anzu-

legen und zu unterhalten. Das Publikum und den privaten Verkehr muß sie an den Kreuzungspunkten von Eisenbahnlinien und dem übrigen Verkehr vor Unfällen behüten. Sie hat Schranken- und Bahnwärter zu stellen. Die Frachtautomobile fahren die für die überladenen und schnell fahrenden Wagen nicht eingerichteten Straßen zu Schanden und überlassen die Reparatur sowie die Sicherung und Regelung des Verkehrs durch eine Verkehrspolizei den Provinzen und Gemeinden, also dem Steuerzahler. Sie sind also in der Lage, auch diese Ausgaben — genau wie die Verkehrssteuern — als Zwischengewinne in die Tasche zu stecken.

Die Öffentlichkeit wirft der Leitung der Reichsbahn Unfähigkeit, zum Teil sogar Böswilligkeit aus politischen Gründen vor. Sie vergißt, daß man der Reichsbahngesellschaft hohe Verpflichtungen auferlegt und sie ihren Konkurrenten gegenüber folgende Nachteile hat:

1. Verkehrssteuer,
2. Ankauf, Unterhaltung und Verzinsung der eigenen Verkehrswege, Brückenbauten usw.,
3. Verkehrsicherung,
4. die auf Grund der Ruhrbesetzung entstandenen Kosten,
5. die Pensionen und Wartegelder, die aus der aus politischen Gründen gemachten Abbauperordnung entstehen.

Von der Reichsbahn muß man verlangen, daß sie zu ihrem eigenen Vorteil ihre kurzfristige Lohn- und Personalpolitik verläßt. Umgekehrt kann sie folgende Forderungen stellen:

1. die 290 Millionen Verkehrssteuern sind auf alle Verkehrsbetriebe zu verteilen,
2. der Frachtautomobilverkehr muß zur Unterhaltung der Bewachung der Straßen in gerechtem Maße herangezogen werden.

Mit der Durchführung dieser Forderungen wird der richtige Boden für den Kampf um die technisch und wirtschaftlich beste Lösung des Verkehrsproblems geschaffen. Das Personal der Reichsbahn braucht ihn dann nicht mit schlechten Lebensbedingungen zu bezahlen, und dem deutschen Volk wird der Zugriff des Entente-Kommissars auf seinen wertvollsten Besitz erspart.

## Die Syndikaterneuerungen im Bergbau.

Die Syndikate im Kohlenbergbau sind nicht mit anderen, von den Unternehmern zur Wahrung gemeinsamer Interessen errichteten Kartellen und Vereinigungen in Vergleich zu bringen, denn ihre Bildung vollzieht sich auf Grund eines von der Nationalversammlung gegebenen Reichsgesetzes und der hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen. Die von den Bergwerken eines jeden Bezirkes gebildeten Kohlen-Syndikate haben sich dann zum Reichskohlenverband zu vereinigen. Gesteht wird die Kohlenwirtschaft unter Oberaufsicht des Reiches vom Reichskohlenrat, der sich aus Bergarbeitern, Bergbauunternehmern, Kohlenverarbeitern und Kohlenhändlern zusammensetzt.

Die Bildung der Kohlen-Syndikate und des Reichskohlenverbandes werden vom Gesetz zum Zwecke der gemeinwirtschaftlichen Kontrolle gefordert. Auf dem Gebiete der Preispolitik haben die durch das Kohlenwirtschaftsgesetz geschaffenen Einrichtungen, besonders in den vergangenen Jahren des Kohlenmangels und der Inflation außerordentlich segensreich gewirkt. Ohne die durch das Gesetz gegebene Preisfestsetzung während der Zeit der Kohlenknappheit ganz andere Kohlenpreise gezahlt werden müssen, wie in der Tat gezahlt wurden. Den Kohlenverarbeitern wären bei selbständiger Preisfestsetzung der Bergbauunternehmer die Zugen übergegangen. Diese Tatsache soll nicht verkannt werden.

Auf anderen Gebieten hat die Förderung der Gemeinwirtschaft allerdings verlagert. Im wesentlichen durch die Geschäftsführung des Reichskohlenrates. Sie entwickelt nicht die geringste gemeinwirtschaftliche Initiative. Hingegen aber erweist sie den Eindruck, als habe sie die gesetzliche Aufgabe, eine Entwicklung zur wahren Kohlegemeinwirtschaft zu verhindern und die privatkapitalistische Bergbauwirtschaft zu schützen. Das sollte sich der Reichskohlenrat nicht länger gefallen lassen. Der Bergbau hat in erster Linie dem Gemeinwohl zu dienen und darum sollte auch die Gemeinwirtschaft weiter gefördert werden. Das Kohlenwirtschaftsgesetz bietet hierzu durchaus die Möglichkeit. Aber es gehört dazu auch einige Initiative in der Geschäftsführung des Reichskohlenrates, woran es leider fehlt.

Die Dauer der Syndikatsverträge in Westfalen, Obersachsen und Mitteldeutschland war abgelaufen. Sie mußten deshalb erneuert werden. Hierzu hat es monatelange Verhandlungen bedurft. In der Hauptsache ging der Streit um die Beteiligungsziffern am Absatz. In Westfalen wurden die Differenzen noch verschärft durch das Selbstverbrauchsrecht der mit Hütten verbundenen Zechen, wodurch der Absatz der reinen Zechenunternehmungen eingeschränkt wird. Hier galt es, einen Ausweg zu finden. Er scheint aber nur unvollkommen gefunden zu sein. Bei Absatzbeschränkungen soll die Verkaufsbeteiligung der Hüttenzechen schärfer eingeschränkt werden wie die der reinen Zechen. Das ist durchaus ungenügend. Es ist nur verwunderlich, daß die reinen Zechengesellschaften sich mit diesem geringen Entgegenkommen abgefunden und den Vertrag unterzeichnet haben. Richtig wäre es, wenn der Reichskohlenrat den Selbstverbrauchsverträgen ein Ende machte und verfügte, daß alle Verbraucher, also auch jene, die ganz oder teilweise im Besitz von Zechen sind, ihre Brennstoffe nur durch die Vermittlung des jeweiligen Syndikats zu den vom Syndikat unter Oberaufsicht des Reichskohlenrates und des Reiches festgesetzten Bedingungen beziehen könnten. Dabei müßte die Qualitäts- und Sortenfrage berücksichtigt werden, soweit dies ohne Benachteiligung anderer Verbraucher möglich ist. Dann wäre eine Gleichheit im Kohlenbezug hergestellt. Das ist aber auch einer der Zwecke, der von einer wahren Gemeinwirtschaft erfüllt werden soll. Es soll jeder Verbraucher möglichst jene Brennstoffarten bekommen, die er benötigt, dann aber zu gleichen Bedingungen. Werden Vorrechte gestattet, dann ist das nur eine Karikatur einer Gemeinwirtschaft. Das sollte sich der Reichskohlenrat, wenn ihm die Verträge zur Genehmigung vorgelegt werden, zur Richtlinie seiner Entscheidung machen.

Wenn man infolge Ueberarbeitung, Krankheit, Nervosität u. das Bedürfnis nach einer gründlichen Kräftigung und Auffrischung verspürt, dann versuche man das wohlgeschmeckende Biomalz. Es gibt wohl kein einfacheres, bequemeres und angenehmeres Mittel; keines erstreut sich einer gleich großen und uneingeschränkten Beliebtheit wie Biomalz. Neben der Hebung des Kräftegefühls tritt fast immer eine auffallende Besserung des Aussehens ein. Man fühlt sich geradezu wie verjüngt. Man verlange nur das echte Biomalz, nichts anderes angeblich „Ebenjogutes“. Achte genau auf das Etikett.



Neu: Biomalz-Bonbons, bestes Linderungsmittel bei Husten und Heiserkeit, vorzüglicher Geschmack, je Beutel 30 Pf., und Biomalz-Schokolade, je 100-Gramm-Tafel 60 Pf. Erhältlich in Apotheken, Drogerhandlungen und einschlägigen Geschäften. Preis einer Dose Biomalz 1.90 M., mit Lecithin 5 M., mit Eisen (für Blutarme und Bleichsüchtige) 2.20 M., mit Kalk extra (für Lungenleidende) 2.50 M. Druckschriften auf Wunsch umsonst und postfrei.

Gebr. Paternmann, Teltow-Berlin 10.



## Berliner Einzugsmarsch.

Im Westen war's ein großer Tag:  
Das sprühte vor Verlangen,  
Mit Trommelruf und Paukenschlag  
Alt-Deutschland zu empfangen.  
Urpreußische Erziehung  
War trippelnd auf den Beinen,  
Selbst Urgroßmütter wuhnten jung  
An solchem Tag erscheinen.

Bei Blumenstrauß und Festgedicht  
Gab's lächliches Erröten  
Pariser Einzugsmarsch kam nicht  
Zu vorbestelltem Flöten.  
Man puht die Leutnantsgarnitur  
Und schabt Novemberrosten,  
Man kauft sich Stern und Gardeschnur,  
Das Volk bezahlt die Kosten.

Der Wiking und der Werwolf sind  
Die neuen Reichsbewahrer,  
Sie haben guten Fahnenwind  
Und sehen Zukunft klarer.  
Bastoren wittern Erntefest  
Und läuten mit den Glocken.  
Drei Tage tanzt Wilhelma-West  
Auf zarten Seiden-Soden.

Die Republik bleibt ernst zu Haus  
Und hält ein strenges Wachen.  
Ein Mann der Freiheit schlägt es aus,  
Honneurs dem Spott zu machen.  
Doch sollt' aus Deutschlands Winternacht  
Der Spul noch ärger rasen,  
Wird schwarzrotgold'ne Fahnenwacht  
Zum Sturm der Geister blasen.

Franz Rothenfelder.

## Handel mit Untertanen.

Aus der Geschichte deutscher Fürstentümer.  
Von Elli Radtke-Warmuth.

Unsere Monarchisten werden nicht müde, dem deutschen Volk immer wieder die Segnungen der glorreichen Zeit vor Augen zu führen, da noch ein treusorgender fürstlicher Landesvater mit Liebe und persönlicher Aufopferung die Geschicke des Volkes leitete und es herrlichen Zeiten entgegenführte. Es lohnt sich schon, von Zeit zu Zeit einmal einen kurzen Blick auf die Geschicke der deutschen Fürstentümer zurück zu werfen. Wenn erinnert man sich dabei so mancher Dinge, die sehr wohl geeignet sind, die Liebe und Verehrung für unsere angefallenen fürstlichen Landesväter und zum monarchistischen System überhaupt wieder etwas aufzufrischen.

Da ist z. B. ein sehr interessantes Kapitel in der deutschen Kulturgeschichte über den Handel mit Menschenfleisch, den viele dieser fürstlichen Landesväter getrieben haben. Es ist das Verdienst des früheren liberalen Reichstagsabgeordneten Friedrich Kapp, über dieses traurige Stück deutscher Geschichte umfangreiches Material gesammelt und unter dem Titel „Der Soldatenhandel deutscher Fürsten nach Amerika“ im Jahre 1874 bei Julius Springer herausgegeben zu haben. Das Material stammte aus den Dokumenten des englischen Staatsarchivs, aus seinerzeitigen englischen Parlamentsberichten, den Korrespondenzakten der betreffenden fürstlichen Personen und sonstigen amtlichen Quellen und muß daher wohl als durchaus glaubwürdig angesehen werden. Aus diesen Dokumenten erfährt die Nachwelt, daß die Landesväter einer ganzen Anzahl deutscher Kleinstaaten ihre geliebten Untertanen für bares klingendes Geld an fremde kriegsführende Mächte als Kanonensutter verkauft haben, daß sie sich für die gelieferte Ware pro Kopf nach damaliger Rechnung 30 Kronen Bantow-Berbegeld und dazu 37½ Kronen sogenannte Subsidien, letztere auf Jahre hinaus zahlbar, und bei dem unvermeidlichen Abgang pro Seele nochmals 30 Kronen bezahlen ließen, wobei drei Verwundete gleich einem Toten gerechnet wurden. Außerdem steckten sie noch manchmal die Differenz zwischen der eigenen landesüblichen Soldatenlöhnung und derjenigen des die Truppen mietenden, kriegsführenden Landes in ihre eigene Tasche.

Dieser Menschenhandel war im 17. und 18. Jahrhundert in Deutschland durchaus nichts Seltenes. Die vielen kleinen Fürsten der vielen deutschen Kleinstaaten brauchten nämlich viel Geld. Sie liebten alle ein möglichst glänzendes Hofleben nach großem Muster, und da ihre sonstigen Einkünfte aus ihren kleinen Ländchen in gar keinem Verhältnis zu den riesigen Ausgaben für Aufwand und Vergnügen standen, so verschafften sie sich gute Einnahmequellen durch Anwerbung von Soldatenheeren, die sie im Kriegsfall an fremde Mächte wie Kaufleute ihre Waren zur Vermietung anboten. Die gewissenlosen Methoden des Anwerbens, die grausamen Bestrafungen der unglücklichen Soldaten bei etwaiger Desertion sind zur Genüge bekannt. Deutschland galt zur der Zeit als Truppenlieferungsland für die ganze Welt. Von Rußland bis Spanien, von den Niederlanden bis zur Türkei gab es kaum einen Krieg ohne deutsche Hilfstruppen. Die ältesten bekannten auswärtigen Truppenlieferungsverträge sind die vom Landgrafen Karl von Hessen mit König Christian V. von Dänemark vom Jahre 1676 und zwischen dem Kurfürsten Johann Georg III. von Sachsen und der Republik Venedig von 1685. Auf Grund letzteren Vertrages wurden 3000 sächsische Soldaten nach Venedig vertriebt, die gegen die Türken ins Feld geschickt wurden und von denen nur 761 Mann in die Heimat zurückkehrten. Während des ganzen 17. und 18. Jahrhunderts standen in Holland deutsche Truppen in Dienst, und im österreichischen sowohl wie im spanischen Erbfolgekriege kämpften deutsche Hilfstruppen sogar auf beiden Seiten.

Eine glänzenden Aufschwung nahm das Menschenhandelsgeschäft für die deutschen Fürsten anlässlich der nordamerikanischen Freiheitskriege (1775-1782). England hatte damals großen Bedarf an ausländischen Hilfstruppen, denn seine eigenen Landesväter wollten es nicht gern zur Niederwerfung des amerikanischen Aufstandes verwenden, vielleicht aus Angst vor einer Sympathisierung mit den Nordamerikanern. So lag das Geschäft für die geldhungrigen deutschen Fürsten sehr günstig, und sie überboten sich auch gegenseitig in schönem Eifer, ihre Ware auf den Markt zu werfen. Im ganzen waren es die Fürsten sechs deutscher Kleinstaaten, die auf Grund offizieller Verträge mit England Soldaten nach Nordamerika bezahlte lieferten, und zwar Braunschweig, Hessen, Hanau, Waldeck, Ansbach und Anhalt-Zerbst. Auch Bayern und Württemberg hatten England ihre Soldaten angeboten und sich sehr um Berücksichtigung bemüht, doch lehnte die englische Regierung die Truppen dieser beiden Länder wegen ihres schlechten Zustandes ab. Die obengenannten sechs Länder und Ländchen lieferten während der ganzen Dauer dieses Krieges nach Kapps Zusammenstellung 29 875 Mann, von denen nur 17 313 Mann wieder zurückkehrten. Es haben demnach also 12 562 deutsche Männer im besten Lebensalter fern der Heimat für eine Sache, die sie nicht das Geringste anging, ihr Leben lassen müssen, nur weil ihre fürstlichen Landesväter zur Bestreitung ihrer noblen Passionen dringend Geld ge-

## Der Golem.



Zum „Amtsantritt“.

brauchten. Die aus diesem feinen Geschäft vereinnahmten Summen waren für jeden der beteiligten Fürsten enorm, besonders da England einzelne Subsidien noch zwei Jahre nach Rückkehr der Truppen zahlen mußte.

Das doch verhältnismäßig kleine Hessen-Kassel lieferte allein fast 17 000 Mann nach Nordamerika, und dies noch dazu kurze Zeit nach dem menschenmörderischen siebenjährigen Kriege. Es war nur möglich durch ein ganz raffiniertes System der Soldatenaushebung und Anwerbung. Das lächerlich kleine Fürstentum Waldeck, das über ganze 20 Quadratmeilen Territorium und 30 000 Einwohner verfügte, war mit 1225 Mann an der Lieferung nach Nordamerika beteiligt, trotzdem es schon zwei Regimenter in Holland dauernd stehen hatte. Dafür wurden die Landesväter aber auch von der Kanzel herab aufgefordert, sich anwerben zu lassen. Noch kleiner als Waldeck war Anhalt-Zerbst mit 20 000 Einwohnern und 15 Quadratmeilen Umfang, dessen „Herrscher“ Friedrich August sich erst mehrere Male umsonst um einen Lieferungsvertrag mit England bemühen mußte, ehe es ihm gelang, ins Geschäft zu kommen. Er hat noch insgesamt 1160 Mann nach Amerika geliefert.

Die treuen Landesväter standen alle große Angst aus, daß ihre schönen Lieferungsverträge etwa durch die Unvernunft der dummen Soldaten gefährdet werden könnten. Als bei der Abtransportierung der Ansbacher Soldaten nach Amerika einmal die Gefahr einer größeren Empörung nahe lag, reiste der Markgraf Karl Alexander schleunigst seinen Truppen nach und begleitete sie der Sicherheit halber persönlich den Main und Rhein hinunter bis zur Einmündung in Holland. Und der Herzog von Braunschweig richtete die ausdrückliche Bitte an den zuständigen englischen Minister, er möge seine in Gefangenschaft geratenen Truppen ja nicht nach der Heimat auswechseln lassen, damit ihm durch ihre Schilderungen das weitere Rekrutierungsgeschäft nicht verderben würde. Infolgedessen mußten die gefangenen Braunschweiger mehr als fünf Jahre unter großen Entbehrungen in der Internierung verbleiben, ehe ihr Landesvater, der so schön an ihrem Elend verdient hatte, sie wiederhaben wollte.

Dabei hatten diese Seelenverläufer noch die Stirn, in hochtrabenden Worten von deutscher Treue und Redlichkeit zu sprechen. Den Ansbacher und Hanauer Soldaten wurde beispielsweise folgende Rede bei ihrer Bereidigung zur Bekämpfung der nordamerikanischen Freiheitsbewegung gehalten: „Ich bin überzeugt, daß Sie das allergnädigste und gnädigste Jutrouen erfüllen werden, welches Seine Königliche Majestät und beide Durchlauchtigste Fürsten in Ihre Redlichkeit und Tapferkeit setzen, und daß Sie bei allen Kriegsvorfällen zeigen werden, daß Sie Deutsche sind, welche jederzeit den großen Ruhm der Treue und Tapferkeit behauptet haben. Sie streiten für die gerechte Sache eines der erhabensten und gütigsten Monarchen. Sie können sich nicht weniger der höchsten Gnade Ihrer teuersten Landesfürsten versichern, von deren Liebe und Zuneigung Sie schon soviel Beweise haben. Machen Sie sich ihrer würdig.“

Brutale Geld- und Rachgier, niedrigster Egoismus, und dazu noch ignischer Hohn! Haben wir irgendwelche Veranlassung, mit Sehnsucht an unsere entschwendeten gekrönten Häupter zurückzudenken!

Eine Verbindung des Heliums entdeckt. Das neuerdings viel genannte Helium, das zur Füllung des J. N. 3 in Amerika verwendet wurde, gehört der Klasse der sogenannten „Edelgase“ an, die ihren Namen davon erhalten haben, daß sie sich mit keinem der bekannten anderen Elemente noch miteinander verbinden. Dadurch erhält das Helium seine große Ueberlegenheit über den Wasserstoff, indem es nicht explodiert. Nunmehr berichtet aber der Oxford-Gelehrte J. S. Rankley, daß es ihm gelungen sei, unter gewissen Bedingungen durch elektrische Blinimentladungen eine regelrechte Verbindung zwischen Quecksilber und Helium zu erhalten. In der „Anschauung“ wird hervorgehoben, daß, wenn sich diese aufsehenerregenden Befunde bestätigen sollten, „sie unsere gesamten theoretischen Vorstellungen über den Atombau abermals über den Haufen werfen würden“.

Jugendveranstaltungen.

Unter Mitwirkung der... Jugendveranstaltungen...

Heute, Dienstag, den 12. Mai, abends 7 1/2 Uhr:

Reinhold: Schule... Jugendveranstaltungen...

Veranstaltung... Jugendveranstaltungen...

Sonabend... Jugendveranstaltungen...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Der Arbeiter-Sportverein... Jugendveranstaltungen...

Theater Lichtspiele etc.

Staats-Theater... Jugendveranstaltungen...

Gr. Volksoper

Martha... Jugendveranstaltungen...

Kammerspiele

Die Wollweber... Jugendveranstaltungen...

Variete-Revue

Residenz-Th. ... Jugendveranstaltungen...

Werwolf

Deutsch. Revue... Jugendveranstaltungen...

Circus Busch

Letzter Spielmann... Jugendveranstaltungen...

Auto- und Motorrad-Kleidung advertisement featuring an illustration of a man on a bicycle and a list of clothing items with prices.

Advertisement for 'Komische Oper' and 'Metropol-Theater' featuring 'Tausend süße Beinchen' and 'Die Novität'.

Geschäftliche Mitteilungen.

Des Senes... Geschäftliche Mitteilungen...

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 12. Mai. Außer dem üblichen Tagesprogramm...

Aus der Partei.

Ein neues Arbeiterheim in Prag. In Prag, wo die tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei...

DUNLOP CORD advertisement with the slogan 'Die Weltmarke bürgt für Qualität!' and an illustration of a tire.

Verkäufe advertisement listing various goods for sale.

Musikinstrumente advertisement listing various musical instruments.

Fahrräder advertisement listing various bicycles.

Garten :: Laube :: Balkon advertisement listing garden furniture.

Kaufgesuche advertisement listing items for sale.

Unterricht advertisement listing educational services.

Geldverkehr advertisement listing financial services.

Arbeitsmarkt advertisement listing job opportunities.

Stellenangebote advertisement listing job openings.

Advertisement for 'LUNAPARK' and 'Volksstagen' featuring 'Heute, Dienstag' and '60 Pfennig Eintritt'.

Advertisement for 'Metropol-Theater' featuring 'Tausend süße Beinchen' and 'Die Novität'.

Advertisement for 'Herr oder Dame' featuring 'Remington-Rechenmaschine' and 'Vorwärts Buchdruckerei'.